

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Einführung einer Plattform „Digitaler Gemeinderat Graz“ (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer im Livestream. Die digitale Stadt Graz soll ein weiteres Türchen öffnen und noch digitalisierter, ressourcenschonender und umweltfreundlicher gestaltet werden, nämlich im Gemeinderat mit einer Einführung einer neuen Plattform „Digitaler Gemeinderat“. Der Landtag Steiermark hat 2005 die Plattform PALLAST („Papierloser Landtag Steiermark“) eingeführt. Eine Software PALLAST ermöglicht einen durchgehenden digitalen Workflow von Landtagsbeschlussstücken von der Einbringung der Anträge bis zu deren Behandlung und Veröffentlichung im Internet. Eine solche Software für das Sitzungsmanagement bringt zahlreiche Vorteile. Der Grazer Gemeinderat arbeitet aktuell seit vielen Jahren mit einer SharePoint Lösung, die uns bekannt ist. Diese birgt jedoch den Nachteil, dass es nur ein Dokumentationssystem für letzten Endes teilweise manuell signierte und mit analogen Beschlussvermerken versehene Word- bzw. PDF-Dokumente darstellt. Bei der Erstellung einer Tagesordnung, Behandlung in Ausschüssen und im Plenum, bei der Protokollierung der Beschlussquoren bzw. bei der Veröffentlichung des Ablaufs im Internet durch die Webredaktion erfolgen aktuell mehrfach Medienbrüche. Dadurch entstehen in der Verwaltung Arbeitsschritte, die durch Einsatz von effizienten digitalen Workflows vermeidbar sind.

Bei Systemausfall ist selbstverständlich auch die analoge Einbringung von Initiativen bzw. Beschlussstücken möglich. Die juristische Umsetzung beim Landtag Steiermark erfolgte durch eine Geschäftsordnungsregelung. Ziel sollte es somit sein, dass alle Webbeiträge zum Gemeinderat – nach dem Muster von PALLAST Publik – in Zukunft im Responsive Webdesign auch einfach und gut lesbar zur Verfügung stehen. Ein weiterer spezieller Vorteil von PALLAST Publik ist es unter anderem auch, dass damit barrierefreie Webbeiträge im Internet bereitgestellt werden können. Vorgespräche der

Präsidialabteilung mit den zuständigen Stellen der IT-Abteilung des Landes Steiermark und der LT-Direktion haben ergeben, dass das Land grundsätzlich bereit wäre, die Stadt Graz bei der Umsetzung dieses Projekts zu unterstützen und die PALLAST-Software dafür bereitzustellen. Ziel sollte es sein, dieses System zeitnahe, idealerweise mit Beginn der kommenden Gemeinderatsperiode, umzusetzen. Dazu bedarf es einer zeitnahen internen fachlichen Prüfung durch die zuständigen Dienststellen des Magistrats unter Einbindung der ITG, welches System für das Digitale Sitzungsmanagement am besten geeignet ist und inwieweit verfügbare Systeme die Anforderungen des Gemeinderats erfüllen.

Von daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Präsidialabteilung wird beauftragt,

1. im Sinn des Antrags durch Kontaktaufnahme mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark bzw. der Landtagsdirektion sowie unter Einbindung der Magistratsdirektion und der ITG die Umsetzungsmöglichkeiten für eine Plattform Digitaler Gemeinderat Graz zu prüfen, und
2. dem Gemeinderat ist im Juli einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen.

Ich bitte um breite Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Landtag Steiermark hat 2005 die Plattform PALLAST („Papierloser Landtag Steiermark“) eingeführt. Die Software PALLAST ermöglicht einen durchgehenden digitalen Workflow von Landtagsbeschlussstücken von der Einbringung der Anträge bis zu deren Behandlung und Veröffentlichung im Internet. Eine solche Software für das Sitzungsmanagement bringt zahlreiche Vorteile: Die Plattform ermöglicht zu

jeder Zeitphase, von der Vorbereitung der Sitzung bis zu deren Abwicklung und Nachbearbeitung, einen transparenten, validen und medienbruchfreien Ablauf innerhalb eines Systems. Der Grazer Gemeinderat arbeitet aktuell seit vielen Jahren mit einer SharePoint-Lösung. Diese birgt jedoch den Nachteil, dass es nur ein Dokumentationssystem für letzten Endes teilweise manuell signierte und mit analogen Beschlussvermerken versehene Word- bzw. PDF-Dokumente darstellt. SharePoint ist somit eine Out-of-the-Box-Lösung, die den spezifischen Abläufen des Gemeinderats und vor allem auch den heutigen Anforderungen an Effizienz und Transparenz nicht (mehr) vollinhaltlich entspricht. Bei der Erstellung einer Tagesordnung, Behandlung in Ausschüssen und im Plenum, bei der Protokollierung der Beschlussquoren bzw. bei der Veröffentlichung des Ablaufs im Internet durch die Webredaktion erfolgen aktuell mehrfach Medienbrüche. Dadurch entstehen in der Verwaltung Arbeitsschritte, die durch Einsatz von effizienten digitalen Workflows vermeidbar sind. Vor allem bietet ein System wie PALLAST den Vorteil einer effizienteren Suchfunktion. Dies kommt den Mandataren, der Verwaltung, wie auch der Öffentlichkeit zu Gute. Das System PALLAST kann als Best-Practice-Lösung und Benchmark für den Digitalen Gemeinderat Graz herangezogen werden. Die PALLAST-Software ist als Eigenentwicklung der IT-Abteilung des Landes Steiermark in Kooperation mit der Landtagsdirektion entstanden. Das System besteht aus den Modulen (1) PALLAST Intern und (2) PALLAST Publik. Das Modul 1 ist eine Intranet-Lösung, auf welche nur Mandatare und berechtigte Stellen der Verwaltung Zugriff haben. Das Modul 2 bildet definierte Inhalte im Internet ab. Auf Grund einer IT-Mandantentrennung ist im Modul 1 Informationssicherheit und Datenschutz gewährleistet. Der Einstieg der Mandatare in das Modul 1 erfolgt via benutzergesichertem Passwort bzw. Handysignatur. Um die Funktionalität des Systems für alle Beteiligten 24/7 aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, gibt es für die Landtagsabgeordneten für das PALLAST einen adäquaten IT-Support durch die Landtagsdirektion. Bei Systemausfall ist selbstverständlich auch die analoge Einbringung von Initiativen bzw. Beschlussstücken möglich. Die juristische Umsetzung beim Landtag Steiermark erfolgte durch eine Geschäftsordnungsregelung in den §§ 77-

78 GeOLT. Ziel sollte es somit sein, dass alle Webbeiträge zum Gemeinderat – nach dem Muster von PALLAST Publik – in Zukunft im Responsive Webdesign auch einfach und gut lesbar zur Verfügung stehen. Eine Plattform „Digitaler Gemeinderat Graz“ soll künftig die Anforderungen der EU-Web-AccessibilityRichtlinie (EU) 2016/2102 bzw. des Stmk. Web-Zugangs-Gesetzes – StWZG erfüllen. Ein weiterer spezieller Vorteil von PALLAST Publik (Modul 2) ist es unter anderem auch, dass damit barrierefreie Webbeiträge im Internet bereitgestellt werden. Vorgespräche der Präsidialabteilung mit den zuständigen Stellen der IT-Abteilung des Landes Steiermark und der LT-Direktion haben ergeben, dass das Land grundsätzlich bereit wäre, die Stadt Graz bei der Umsetzung dieses Projekts zu unterstützen und die PALLAST-Software dafür bereitzustellen. Ziel sollte es sein, dieses System zeitnahe, idealerweise mit Beginn der kommenden Gemeinderatsperiode, umzusetzen. Dazu bedarf es einer zeitnahen internen fachlichen Prüfung durch die zuständigen Dienststellen des Magistrats unter Einbindung der ITG, welches System für das Digitale Sitzungsmanagement am besten geeignet ist und inwieweit verfügbare Systeme die Anforderungen des Gemeinderats erfüllen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die Präsidialabteilung wird beauftragt,

1. im Sinn des Antrags durch Kontaktaufnahme mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark bzw. der Landtagsdirektion sowie unter Einbindung der Magistratsdirektion und der ITG die Umsetzungsmöglichkeiten für eine Plattform Digitaler Gemeinderat Graz zu prüfen und
2. dem Gemeinderat im Juli einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen.

GRⁱⁿ **Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren auch zuhause, sehr geehrte Daniela. Am 15.12.2020 schrieb die Kleine Zeitung eine durchaus ausführliche Spalte, für mich sehr erfreulich, mit dem Titel „Transparenzoffensive für den Gemeinderat, KPÖ fordert übersichtliche Datenbank.“ Zwei Tage später, am 17.12.2020, habe ich nämlich meinen diesbezüglichen Antrag mit dem Titel Transparenzdatenbank für Gemeinderatsbeschlüsse eingebracht, da ja nicht nur für gelegentliche BenutzerInnen, sondern auch für geübte Mitarbeiter des Hauses mit dienstlichem Grazbezug, also die aktuelle Form des digitalen Angebotes schwer zu durchschauen und somit in Konsequenz intransparent ist. Gewesen ist, wird es nun bald heißen, denn ich erhielt sehr erfreulicherweise bereits am 11. Februar 2021 die Antwort des Herrn Bürgermeisters, wie folgt:

„Es ist geplant, im Rahmen des von der Präsidialabteilung bereits begonnen Projektes „Digitaler Gemeinderat“ eine Datenbank zum Grazer Gemeinderat, ähnlich jener des Landtages Steiermarks zu schaffen.“ Daher werden wir der Initiative von Kollegin Daniela Gmeinbauer, der bereits in die Wege geleiteten, natürlich zustimmen. Ist vielleicht nicht ganz dringlich, aber die Initiative verleiht dem Ganzen Nachdruck und es bleibt noch die wichtige Frage offen, ob nämlich auch die historischen Daten erfasst werden oder ob die Eintragung der Daten erst mit Jetzt starten wird. Weil ich gerade beim Historischen bin, darf ich an unseren ehemaligen stets smarten und sehr sympathischen Gemeinderatskollegen Philip Pacanda erinnern, dessen großes Thema ja die Transparenz gewesen ist. Philip, welcher kritisiert hatte, dass so mancher einstimmig gefasste Gemeinderatsbeschluss ja jahrelang in Arbeit ist, fragte am 17.12.2015, also auf den Tag genau ein halbes Jahrzehnt vor dem 17.12.2020, als ich meinen besagten Antrag eingebracht hatte, nachdem dem aktuellen Status des dringlichen Antrages Änderung des Volksrechtegesetzes, mehr direkte Demokratie. Herr Bürgermeister Nagl antwortete damals:

„Vielen Dank, die wichtigste Eigenschaft in der Politik ist, Geduld zu haben.“

Und weiter zu Philip, ich verstehe aber auch deine Ungeduld in dieser Frage. Die direkte Demokratie ist ja mittlerweile abgesagt, kein Thema mehr, wie wir dem heute

aktuellen Stück 29 Neufassung der Geschäftsordnung des Beirates für Bürgerbeteiligung entnehmen konnten, nur so nebenbei gesagt. Wir alle gedulden uns noch derweil, was die digitale Plattform angeht, aber bald wird das topaktualisierte Digitale vollbracht sein und daher nochmals Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werte Herr Vorsitzender, werte Antragstellerin. Die Kollegin Heinrichs hat ja schon gesagt, dass wir den Antrag seinerzeit schon positiv gestellt haben, da haben wir schon eine positive Rückantwort bekommen, dass es an und für sich schon auf Schiene ist. An und für sich ist jetzt nicht unbedingt dringlich der Antrag. Wir haben jetzt dem Antrag trotzdem zugestimmt, der Dringlichkeit, wir werden auch logischerweise dem Antrag positiv zustimmen, weil es meiner Meinung nach auch übernotwenig ist, hier endlich einmal Digitalisierung hineinzubringen und vor allem um eine Erleichterung für Mandatarinnen und Mandatare hereinzubringen. Ganz kurz, das steht ja im Stück drinnen, dieses PALLAST besteht aus zwei Modulen, und zwar einem internen, wo die Klubs und die Mandatarinnen und Mandatare Zugriff haben werden, also das ist jetzt auch vom Land Steiermark so schon praktiziert. Das ist ein recht einfacher Zugang, das ist alles sehr benutzerfreundlich für die Mandatarinnen und Mandatare, wahrscheinlich auch so wie ich einer bin, einer, der den Computer gerade ein- und ausschalten kann. Dieses System ist aber wirklich sehr benutzerfreundlich und erleichtert die Arbeit der Mandatarinnen und Mandatare im Landtag enorm und nicht nur der Mandatare, sondern auch logischerweise der Klubmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Und das zweite Modul ist das PALLAST Publik, das ist für die Öffentlichkeit, das ist so ähnlich wie das, was wir in Graz haben, dass man historische Gemeinderatssitzungen nachlesen kann, also wo dann die Öffentlichkeit Zugriff hat,

was ja positiv ist, wenn das dann erleichtert stattfindet. Wichtig jedoch, was im Stück nicht besonders herauskommt für uns, ist, wenn man das PALLAST auf Grazer Ebene einführt, dann muss es auch kompatibel mit historischen EDV-Daten sein, das heißt, ganz kurz, wir haben jetzt das Land Steiermark und auch bei der Justiz z.B., wo ich auch tätig bin, mehrere Systeme. Beim Land Steiermark ist es das SAP alt, SAP neu, und dann haben sie noch das PALLAST logischerweise und das geht hinunter sogar, habe ich mir sagen lassen, bis zu handschriftlichen Aufzeichnung noch, weil es dort auch Personen gibt, die EVD-mäßig noch nicht so versiert sind, wie es sein sollte. Und dieses System würde das aber so vereinfachen, dass dann wirklich ein jeder leicht und bedienungsfreundlich damit arbeiten könnte, deshalb bitte ich unbedingt, dass das mithineinreklamiert wird, die historischen Daten, sofern sie natürlich EDV-mäßig erfasst sind, dass die mithineinreklamiert werden und dass dann in Zukunft auch dieser Zugang stattfindet. Es ist so, dass, wenn wir historische Daten jedoch aufnehmen, es unbedingt eine Zusatzsoftware erfordert, weil das jetzige PALLAST-System das noch nicht beinhaltet, dass gewisse andere alte historische Daten aufgenommen werden, was natürlich das ganze System etwas teurer werden lässt. Ganz kurz noch, beim Land Steiermark ist es so, wenn es dort eine Änderung gibt, macht das ja zurzeit eine externe Firma, die relativ teuer hinüberkommt, den Steuerzahler auch sehr viel Geld kostet. Da wäre auch mein Vorschlag, dass das bei uns die IT der Stadt Graz übernimmt, was auch kostengünstiger wäre im ganzen Prozess. Ganz kurz zum Abschluss jetzt noch, weil meine Redezeit schon aus ist, das PALLAST-System könnte ja dann in Graz PAGEGRA heißen, und zwar papierloser Gemeinderat Graz. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, und ich bitte in Zukunft auch wieder um Einhaltung der Sprechdisziplin. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Antrag selbst? Herr Klubobmann Dreisiebner, er schreitet schon zügig heraus, und wir werden jetzt gleich die Position der grünen Fraktion nähergebracht bekommen.

KO GR Dreisiebner:

So ist es, werter Stadtrat Günter Riegler. Die Position der Grünen zur Prüfung und Einführung eines solchen Systems, das für uns, für das gesamte Haus Graz, für die Öffentlichkeit in weiterer Folge Erleichterungen und Barrierefreiheit bzw. die Möglichkeit bietet, das besser und zeitnäher nachverfolgen zu können und mitverfolgen zu können, ist natürlich sehr positiv. Ich höre auch von unseren Kolleginnen und Kollegen im Landtag, dass es gegen das PALLAS System nur das einzuwenden gibt, wenn es nicht funktioniert, ist es ganz blöd. Was mich ein bisschen verwundert, wenn ich jetzt die VorrednerInnen, vor allem die Kollegin Heinrichs, höre, dann ist da ja anscheinend schon ein Projekt in Ausarbeitung, und natürlich kann man sich seitens der ÖVP die Blumen dafür abholen wollen, dass etwas, das sowieso bald kommen wird, jetzt auch noch mit einem dringlichen Antrag hier thematisiert wird, so bekommt es zumindest eine gewisse Öffentlichkeit über den Livestream und vielleicht auch über die Medien. Was uns wichtig ist, ob man das jetzt auch für die historischen Unterlagen anwendet, es sollte natürlich auch im Sinne der Zweckmäßigkeit und in einem gewissen Sinne auch der Sparsamkeit abgewogen werden, weil es wird nicht ohne Personal gehen. Die beste digitale Plattform braucht entsprechende Wartung, Service und Aufbereitung, aber das wäre abzuwägen, ich freue mich darauf, wenn das relativ bald auch für die Landeshauptstadt Graz und für uns als Gemeinderat eingeführt wird. Vielen Dank (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Dankeschön, ich freue mich, dass sich eine breite Zustimmung abzeichnet und möchte nur noch einmal aufgreifen bezüglich dem Verweis, ob auch historische Daten Niederschlag zukünftig finden werden. Dahingehend, nachdem die Magistratsdirektion aufgefordert ist, das mit der ITG zu prüfen, ob jetzt dieses digitale System vom Land Steiermark eins zu eins bei uns überhaupt integriert werden kann und ja eh protokolliert wird, was wir hier zum Besten geben, gehe ich davon aus, dass bei den zukünftigen Gesprächen von Seiten der Stadt Graz im Land, im Einbezug mit der ITG

auch dieser Hinweis mitabgeklärt wird, und in den Gesprächen auch eingebunden wird. Liebe Frau Kollegin Heinrichs, ja, der Herr Bürgermeister hat dir schon positiv geantwortet, wie wir alle wissen. Gerade im digitalisierten Bereich braucht es Anlaufzeit, eine Zeit der Verbesserung der Evaluierung, von daher können wir uns glücklich schätzen, dass das Land Steiermark quasi ein Jahrzehnt jetzt hinter sich hat und der Stadt Graz in Vorgesprächen eben angeboten hat, diese Software unentgeltlich übernehmen zu dürfen. Natürlich wird sie bei uns adaptiert werden müssen, auch was die Anforderungen und Ansprüche betrifft, und es wird wahrscheinlich weiterführend auch noch einmal zur Sprache kommen, was man dahingehend investiert. Ich sehe es nicht so wie du, lieber Karl Dreisiebner, dass wir etwas, das eh schon in die Gänge gebracht worden ist, jetzt noch einmal durch einen Dringlichen hier zur Show stellen wollen, sondern es geht einfach darum, dass der Gemeinderat hinsichtlich Digitalisierung ressourcenschonend und, was dir ja auch sehr wichtig ist, umweltschonend, und damit ziemlich papierlos, in die Zukunft geht, gearbeitet wird, und von daher haben wir es als Pflicht gesehen, das als dringlichen Antrag einzubringen. Ich bedanke mich, dass er Platz gefunden hat. Dankeschön (Appl.).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.2 Sicherstellung der Förderung für den Fernwärmeausbau in Graz (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Damen und Herren im Livestream. Es geht bei unserem dringlichen Antrag um die Sicherstellung der Förderung für den Fernwärmeausbau in Graz, und ich möchte zu Beginn ganz herzlich danke sagen an alle, die hier bei dieser Formulierung, bei diesem

Antrag mitgewirkt haben, insbesondere auch an alle Institutionen und Einrichtungen, die für die Energieversorgung allgemein gesehen für Graz und für die Steiermark zuständig sind. Die Vorlage zum EAG, ich tue es abkürzen, das dem Ökostromgesetz 2012 nachfolgen und noch vor dem Sommer dieses Jahres in Kraft treten soll, wurde im März 2021 im Ministerrat abgesegnet. Mit diesem Gesetzespaket sollen gleichzeitig neun bestehende Gesetzeswerke abgeändert werden, unter anderem auch das die Förderung von Fernwärme(ausbau)projekten regelnde Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz – WKLG genannt. Aufgrund des seit 2008 bestehenden WKLG sind der Energie Graz Investitionszuschüsse von rund 13 Mio. Euro gewährt worden, wodurch der forcierte und im Sinne der Umweltziele notwendige Ausbau der Fernwärmeversorgung in Graz gut gelungen ist. Es konnten damit zahlreiche Fernwärme(ausbau)projekte mit einem Investitionsvolumen von über 42 Mio. Euro finanziert und umgesetzt werden. Nunmehr, und das ist entscheidend, ist eine Änderung des WKLG geplant, wonach die Förderung nur mehr bei Vorlage eines Umstellungsplanes (Dekarbonisierungspfad) gewährt wird. Demnach soll verpflichtend Fernwärme oder Fernkälte bis 2030 mit 60 % erneuerbarer Energie und bis 2035 mit 80 % erneuerbarer Energie aufgebracht werden. Ein solcher Umstellungsplan ist für das komplexe Grazer Fernwärmesystem unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen unrealistisch und de facto nicht darstellbar, da Wärme aus hocheffizienter und umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplung sowie aus industrieller Abwärme nach der Gesetzesvorlage nicht angerechnet wird. Weiters beinhaltet die Ministerratsvorlage, dass die Fördermöglichkeiten auf Projekte, deren bauliche Verwirklichung zum Zeitpunkt der Förderzusage noch nicht abgeschlossen ist, eingeschränkt werden soll. Die Konzerne Holding Graz und Energie Steiermark verantworten seit knapp zwei Jahrzehnten erfolgreich die gemeinsame Beteiligung Energie Graz mit dem wichtigen umweltpolitischen Ziel, sowohl eine optimale und effiziente Energieversorgung der Landeshauptstadt Graz zu gewährleisten als auch über die alternative Energieaufbringung mit Photovoltaik, industrieller Abwärme, hocheffizienter Kraft-Wärme-Koppelung und vielem mehr vorbildhafte umweltorientierte Maßstäbe zu setzen. Ich habe dann weiter in meinem

Motivenbericht auch eine Energiebilanz, was die CO₂-Emission-Reduktion bedingt dargestellt. Diesen Absatz überspringe ich jetzt, weil er im Detail eben die Reduktion, die wesentliche Reduktion, der CO₂-Emissionen hier, was die Fernwärmeaufbringung betrifft, darstellt. Um diese äußerst positive umweltpolitische Entwicklung nicht zu gefährden, ist der Fernwärmeausbau in Graz mit Nachdruck fortzusetzen. Vor allem sind dafür die bewährten Förderinstrumentarien für den weiteren Ausbau des Fernwärmeangebots in Graz unbedingt notwendig.

Die geplanten Änderungen, und das ist jetzt der entscheidende Punkt, des WKLG im Zuge des Beschlusses des EAG-Paketes sind mit folgenden wesentlichen negativen Auswirkungen verbunden:

1. Die Änderungen bewirken entgegen der bisherigen Vorgangsweise, dass eine erwartete und berechtigte Förderung von 20 Mio. Euro für bereits eingereichte und zwischenzeitig zum Teil umgesetzte Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 60 Mio. Euro nicht gewährt werden würde.
2. Weiters würden die bis zum Jahr 2030 geplanten Förderungen für die Fernwärmeinvestitionen in Graz im Ausmaß von 20 Mio. Euro wegfallen.

In Summe würde der Beschluss der Regierungsvorlage im Nationalrat, für den eine parlamentarische 2/3-Mehrheit erforderlich ist, einen Förderausfall von 40 Mio. Euro für die Stadt Graz nach sich ziehen. Demzufolge ist die Änderung des WKLG in der geplanten Form aufgrund der nachteiligen und weitreichenden Auswirkungen für die BürgerInnen der Stadt Graz, der Umwelt- und Klimaentwicklung im Großraum Graz und letztlich für die Energie Graz als gemeinsame Beteiligung der Holding Graz und Energie Steiermark abzulehnen.

Die von Umweltministerin Leonore Gewessler zur Beschlussfassung eingebrachte Regierungsvorlage würde somit diesen erfolgreichen und auch für die Entlastung der Umwelt richtigen Weg in Frage stellen bzw. sogar beenden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

den ich dann im Punkt zwei noch ergänzen möchte.

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

1. Der für die Beteiligungsagenden zuständige Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler, sowie die für Umwelt und damit klimarelevante Inhalte zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner werden aufgefordert, unter Beiziehung der Holding Graz mit der Energie Graz beziehungsweise des Amtes für Umwelt A23, Lösungswege aufzuzeigen, wie man den Erfolgsweg des geförderten Fernwärmeausbaus auch in Zukunft beschreiten kann

Zu Punkt 2 darf ich dankenswerterweise auf Anregung von der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner einen Satz dazufügen, und ich werde jetzt den Punkt 2 in seiner jetzt beantragten Formulierung vorlesen:

2. Die Stadt Graz tritt am Petitionswege an die zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler, BA, sowie an alle, und das ist der Zusatz, sowie an alle im Nationalrat vertretenen Parteien heran (2/3-Merheit), die im derzeitigen Entwurf formulierten Änderungen im Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz dahingehend abzuändern, dass die gemeinsam erarbeiteten Lösungswege (siehe Punkt 1) für den Fortbestand des geförderten Fernwärmeausbaus in eine

entsprechende Regierungsvorlage eingearbeitet bzw. auch so beschlossen werden.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages und danke noch einmal für die Anregung zu Punkt 2.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Vorlage zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), das dem Ökostromgesetz 2012 nachfolgen und noch vor dem Sommer dieses Jahres in Kraft treten soll, wurde im März 2021 im Ministerrat abgesegnet. Mit diesem Gesetzespaket sollen gleichzeitig neun bestehende Gesetzeswerke abgeändert werden, unter anderem auch das die Förderung von Fernwärme(ausbau)projekten regelnde Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz – WKLG.

Aufgrund des seit 2008 bestehenden WKLG sind der Energie Graz Investitionszuschüsse von rund 13 Mio. Euro gewährt worden, wodurch der forcierte und im Sinne der Umweltziele notwendige Ausbau der Fernwärmeversorgung in Graz gut gelungen ist. Es konnten damit zahlreiche Fernwärme(ausbau)projekte mit einem Investitionsvolumen von über 42 Mio. Euro finanziert und umgesetzt werden.

Nunmehr ist eine Änderung des WKLG geplant, wonach die Förderung nur mehr bei Vorlage eines Umstellungsplanes (Dekarbonisierungspfad) gewährt wird. Demnach soll verpflichtend Fernwärme oder Fernkälte bis 2030 mit 60 % erneuerbarer Energie und bis 2035 mit 80 % erneuerbarer Energie aufgebracht werden.

Ein solcher Umstellungsplan (Dekarbonisierungspfad) ist für das komplexe Grazer Fernwärmesystem unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen unrealistisch und de facto nicht darstellbar, da Wärme aus hocheffizienter und umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplung sowie aus industrieller Abwärme nach der Gesetzesvorlage nicht

angerechnet wird. Weiters beinhaltet die Ministerratsvorlage, dass die Fördermöglichkeiten auf Projekte, deren bauliche Verwirklichung zum Zeitpunkt der Förderzusage noch nicht abgeschlossen ist, eingeschränkt werden soll.

Die Konzerne Holding Graz und Energie Steiermark verantworten seit knapp zwei Jahrzehnten erfolgreich die gemeinsame Beteiligung Energie Graz mit dem wichtigen umweltpolitischen Ziel, sowohl eine optimale und effiziente Energieversorgung der Landeshauptstadt Graz zu gewährleisten als auch über die alternative Energieaufbringung mit Photovoltaik, industrieller Abwärme, hocheffizienter Kraft-Wärme-Koppelung und vielem mehr vorbildhafte umweltorientierte Maßstäbe zu setzen.

Nicht zuletzt aufgrund der Ausweisung des Grazer Stadtgebietes als Vorranggebiet zur lufthygienischen Sanierung wurden die Entwicklungsmöglichkeiten der Fernwärmeversorgung in einem Kommunalen Energiekonzept 2017 festgelegt. Durch die in den letzten Jahren verstärkte Nutzung der Fernwärme konnte für die Stadt Graz ein maßgeblicher Beitrag zur Verbesserung der Luftgüte geleistet werden. So werden jährlich rund 35 Tonnen an Feinstaub, rund 170 Tonnen Stickstoffoxide eingespart und jährliche CO₂-Emissionsreduktionen im Ausmaß von rund 60.000 Tonnen verwirklicht. Weiters ist es gelungen, den Anteil der Aufbringung aus erneuerbarer Energie und Abwärme (ohne KWK) von rund 70 GWh auf rund 280 GWh zu vervierfachen bzw. von weniger als 5 % auf derzeit rd. 22 % zu erhöhen.

Um diese äußerst positive umweltpolitische Entwicklung nicht zu gefährden, ist der Fernwärmeausbaus in Graz mit Nachdruck fortzusetzen. Vor allem sind dafür die bewährten Förderinstrumentarien für den weiteren Ausbau des Fernwärmeangebots in Graz unbedingt notwendig.

Die geplanten Änderungen des WKLG im Zuge des Beschlusses des EAG-Paketes sind mit folgenden wesentlichen negativen Auswirkungen verbunden:

1. *Die Änderungen bewirken entgegen der bisherigen Vorgangsweise, dass eine erwartete und berechtigte Förderung von 20 Mio. Euro für bereits eingereichte und zwischenzeitig zum Teil umgesetzte Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 60 Mio. Euro nicht gewährt werden würde.*
2. *Weiters würden die bis zum Jahr 2030 geplanten Förderungen für die Fernwärmeinvestitionen in Graz im Ausmaß von 20 Mio. Euro wegfallen.*

In Summe würde der Beschluss der Regierungsvorlage im Nationalrat, für den eine parlamentarische 2/3-Mehrheit erforderlich ist, einen Förderausfall von 40 Mio. Euro nach sich ziehen. Demzufolge ist die Änderung des WKLG in der geplanten Form aufgrund der nachteiligen und weitreichenden Auswirkungen für die BürgerInnen der Stadt Graz, der Umwelt- und Klimaentwicklung im Großraum Graz und letztlich für die Energie Graz als gemeinsame Beteiligung der Holding Graz und Energie Steiermark abzulehnen.

Die von Umweltministerin Leonore Gewessler zur Beschlussfassung eingebrachte Regierungsvorlage würde somit diesen erfolgreichen und auch für die Entlastung der Umwelt richtigen Weg in Frage stellen bzw. beenden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

1. *Der für die Beteiligungsagenden zuständige Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler sowie die für Umwelt und damit klimarelevante Inhalte zuständige Stadträtin Mag.^a Judith Schwentner werden aufgefordert, unter Beiziehung der Holding Graz mit der Energie Graz beziehungsweise des Amtes für Umwelt A23*

Lösungswege aufzuzeigen, wie man den Erfolgsweg des geförderten Fernwärmeausbaus auch in Zukunft beschreiten kann

- 2. Die Stadt Graz tritt am Petitionswege an die zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler, BA, sowie an alle im Nationalrat vertretenen Parteien heran, die im derzeitigen Entwurf formulierten Änderungen im Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz dahingehend abzuändern, dass die gemeinsam erarbeiteten Lösungswege (siehe Punkt 1) für den Fortbestand des geförderten Fernwärmeausbaus in eine entsprechende Regierungsvorlage eingearbeitet bzw. auch so beschlossen werden.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Herr Kollege Topf, die Fernwärme und die Fernwärmeaufbringung, die Fernwärmeversorgung, die Fernwärmeverträge, die Fernwärmepreise, die Fernwärmeezusammensetzung ist ein Thema, das uns regelmäßig im Gemeinderat beschäftigt, weil es nicht so glatt geht, wie man das Ganze gerne hätte. Zum einen ist es kompliziert, zum zweiten meistens teuer und zum dritten zahlen dann am Ende des Tages die Konsumentinnen und Konsumenten alles das, was davor gut oder schlecht gelaufen ist. Wir haben uns schon öfters auseinandergesetzt mit dem, wie schaut es aus mit der Einigung? Jetzt haben wir erst dieses Jahr, im März, glaube ich, die Einigung erhalten und die Meldung, dass wir die Wärmemenge zusammenbringen. Das, woran es seit langem krankt, und das Thema ist: Wie setzt sich die Wärme zusammen? Ist sie ausreichend grün? Da hängt nicht nur die Förderung dran, die du ansprichst, sondern es hängt auch die Wohnbauförderung dran. Im Endeffekt kann man sagen, wenn wir das nicht erfüllen, dann sind wir auch dort außen vor und können das nicht mehr mitbedienen. Ich habe im März dieses Jahrs eine Anfrage eingebracht an den Bürgermeister: Wie schaut es mit der Preisstabilität aus? Das hat Herr Bürgermeister

Nagl angekündigt vor einigen Jahren, und er hat auch zugesichert, dass die ausreichende ökologische Produktion gewährleistet sein wird. Und jetzt haben wir es doch wieder nicht so, das ist das eine, und das Zweite ist, manchmal muss ich mich schon ein bisschen wundern: Ich glaube, vor einem guten Jahr ist das Steirische Klimakabinett an die Frau Ministerin heran, genau nämlich in dieser Frage, das Gesetz wird kommen. Und es wurde auch begutachtet, ich würde jetzt eigentlich ganz gerne auch wissen, was hat man in die Begutachtung hineingeschrieben? War das ein Gespräch, das vorab stattgefunden hat, aber nicht den ausreichenden Erfolg gebracht hat, dass man sagt, gut, jetzt muss man politisch aus der Stadt Graz noch einmal draufdrücken, dass man zumindest die Förderung bekommen, und wir bauen die Fernwärme aus, aber wir kümmern uns noch nicht im ausreichenden Maß um die Zusammensetzung, damit wir auch den Klimaschutzpfad einhalten können. Und ich glaube, jetzt sind wir bei dem wirklich großen Problem, und das Problem ist im Großen wie im Kleinen: Wie schaffen wir die Umstellung, damit wir den Klimaschutzpfad zusammenbringen? Und das trifft die große Fernwärme genauso wie in Zukunft auch den kleinen Häuslbauer. Was machen wir? Welche Technologie wenden wir an? Und vor allem: Ist das am Ende des Tages leistbar? Da sind so viele offene Baustellen, und ich denke, das hätte man eigentlich schon längst angehen können, nur jetzt treten sie noch mit zusätzlicher Schärfe zu Tage. Und ich würde hier schon ersuchen, nämlich die Mehrheitsfraktionen hier im Haus, dass man eine entsprechende Vorsorge trifft, dass man nicht alle halben Jahre ein neues Thema rund um die Fernwärme haben. Die Fernwärmeerfolgsgeschichte ist schon da, wenn wir das ersetzen und die Luftgüte verbessern, aber viele Probleme, Zusammensetzung, Verträge, Preise, Versorgungssicherheit, Ausbau, das Stückwerk, und von dem her müssen wir auch im Grunde wegkommen. Wir unterstützen diese Vorgehensweise, weil wir die Notwendigkeit erkennen, aber wir fordern auch ein konsequentes weiteres Verbessern des Systems bei den angesprochenen Punkten. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren. Danke, Georg Topf, für deinen Antrag, dem wir gerne die Zustimmung erteilen werden. Und ja, er beleuchtet einen Teil, und das ist auch für uns die Möglichkeit zu zeigen, wie gefährlich die grüne Regierungsbeteiligung im Bund ist. Die Frau Minister Gewessler, die grünen Mandatäre bitte gut aufgepasst, eure Ministerin, die Frau Minister Gewessler hat ja erst unlängst die Regionalflughäfen im Fokus gehabt, da sollen ja die Inlandsflüge in Zukunft gestrichen werden, das wird natürlich ein wirtschaftliches Desaster auslösen und natürlich keine Umweltprobleme lösen. Im Ökostromgesetz, das sie jetzt in den Fokus nimmt, auch hier sollen wieder realitätsferne Ziele festgeschrieben werden, und die Förderung der Fernwärmeausbauprojekte ist schon einmal ein Teil. Wenn das so kommt, dann verlieren wir an Förderungen 40 Mio. Euro alleine in der Stadt Graz, und darum auch dieser Antrag heute. Aber es geht weiter. In diesem Ökostromgesetz sollen ja dann weitere Ziele, und die Grünen fordern ja weitere Dinge, die so nicht machbar sind und die gefährlich sein können. Ich nenne hier auch das Beispiel Photovoltaik, wo wir uns von erneuerbarer Energie abhängig machen, und das kann natürlich zu Dingen führen, die wir jetzt noch gar nicht absehen können. Was passiert dann bei Schlechtwetter? Kaufen wir dann Atomstrom wieder ein, oder im Sommer, wenn zu viel Sonnenenergie erzeugt wird, wo bringen wir den Strom hin, wo sind die Stromabnehmer, könnte zu Leitungsüberlastungen, zu Blackouts führen. Also das muss man den Grünen dann auch schon vorwerfen, hier wird oft kurz gedacht und die langfristigen Ziele außer Acht gelassen. Es werden Dinge festgeschrieben, die unrealistisch sind, und seitens der Freiheitlichen werden wir zukünftig natürlich auf die Folgen hinweisen, was hier auf die Bürger zukommt und wie die Folgen der grünen Politik hier ausschauen. Der Zusatzantrag, den dann die grüne Fraktion einbringen wird, konterkariert aus unserer Sicht den Ursprungsantrag und daher lehnen wir diesen ab (*Appl.*).

GR Dr. **Meister:**

Werte Kollegen und Kolleginnen, liebe Mitglieder des Stadtsenates. Also ich habe mich, wie ich diesen dringlichen Antrag vom lieben Herrn Hofrat Topf zur Kenntnis genommen haben, zuerst einmal gewundert, warum hat die Stadtregierung in Graz, wo die ÖVP ja den Bundeskanzler stellt, es notwendig, dass sie den Gemeinderat auffordert, sich hinter etwas zu stellen, was wir unterstützen. Also ich bin nicht der Meinung, dass diese Idee von der Frau Umweltministerin gekommen ist, diese Förderungen zu kürzen, da steht vielleicht etwas anderes dahinter. Ich möchte gleich sagen, dass die KPÖ den Antrag unterstützt, die Dringlichkeit unterstützt und dass sie auch den Zusatzantrag von der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner unterstützen wird. Wir möchten aber nur ein bisschen zu bedenken geben, das auch in die Richtung geht, was die Frau Kollegin Bauer gesagt hat. Es ist so, wir müssen, wenn man ein bisschen denkt und nicht weiter mit einem Schnellzug in Richtung Abgrund fahren will, dann muss man von der indirekten Nutzung der solaren Energie zur direkten übergehen. Die indirekte, da tun wir eh die ganze Zeit, da gibt es keine andere Energieform, außer Geothermie, die uns das möglich macht. Dazu brauchen wir aber relativ viele verschiedene Ansätze, und ich frage mich hier immer, wenn solche großtechnischen Anlagen propagiert werden wie das BIG Solar, wo bleiben die Ansätze zur kleinräumigen Solarenergienutzung? Wo es große Flächen gibt in Graz, an Dächern usw., die einer thermische Nutzung von Solarenergie auch im Winter nutzbar machen würde, die zum Heizen durchaus reicht, ich spreche aus eigener Erfahrung, wir haben sowas. Wenn es verbunden wird, was heutzutage vollkommen aus der Diskussion ist, kommt mir vor, mit einer Großoffensive im Bau, die Dämmung von alten Gebäuden und die verpflichtende Errichtung von Null-Energiehäusern im Bau, da gibt es ja einige Schritte dahin, aber sie scheinen mir nicht energisch und umfassend genug zu sein. Wenn man jetzt sagt, dass das von der Leistbarkeit abhängt diese neuen Formen der Energienutzung, dann muss man dazu sagen, Atomkraft wäre, wenn Firmen sie selber tragen müssten, überhaupt nie leistbar gewesen, das wurde in einem Ausmaß subventioniert, den man sich anschauen kann, also es gibt keine Energieform, die so subventioniert worden ist von der öffentlichen Hand wie die Atomenergie. Also warum

wird solare Energie und die Umstellung auf diese nicht ebenso subventioniert? Ein weiteres Problem sehe ich darin, dass es Vorgaben für die teilweise im öffentlichen Besitz befindlichen Energieunternehmen gibt, denen verboten wird, dass sie investieren in Vorhaben, die nicht unmittelbar kostengünstig sind, das ist gesetzlich geregelt und man sollte sich darüber Gedanken machen, ob das so sein muss. Damit wäre ich eigentlich am Ende. Wir wollten das Ganze nicht mit einem weiteren Zusatzantrag belasten, sondern nur, man sollte, was mir sehr viel wert wäre, dass der Umwelt- und Gesundheitsausschuss wieder zusammentrifft analog, und dass man diese Dinge analog diskutieren kann und nicht über Umlaufbeschlüsse und dringliche Anträge über dieses wirklich komplexe und schwierige Problem spricht. Dankesehr (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Danke zuerst einmal, Georg, für diesen Antrag zum Thema Fernwärme. Ein Thema, das uns ja seit vielen Jahren bereits gemeinsam beschäftigt, und danke auch für die Aufnahme unseres Änderungsvorschlages. Ich möchte zuerst vielleicht auf das eingehen, was meine VorrednerInnen zum eigentlichen Antrag gesagt haben, nämlich zu der Kritik von dir, Susi, dass die Aufbringung seitens der Stadt längst hätte angegangen werden können. Also da muss ich ehrlich sagen, und du weißt, dass ich mich sehr lange mit dem Thema beschäftige, dass es viele Bemühungen gab seitens der Stadt Graz, seitens des Umweltamtes. Und ich sage das auch ganz offen, dass das doch auch an einem bestimmten Energieversorgungsunternehmen gescheitert ist, das sehr wenig bereit ist, in Richtung einer zukunftsweisenden Fernwärmeaufbringung zu gehen. Wenn du, Kollege Lohr, sagst, wie gefährlich die grüne Regierungsbeteiligung ist mit ihren Ideen, dann muss ich schon ehrlich sagen, das ist eine ziemlich kühne Aussage und das würde ich mich als FPÖ-Mandatar nicht sagen trauen (*Appl.*). Das würde ich mich wirklich nicht sagen trauen, und wenn ihr findet, dass mein Zusatzantrag den eigentlichen Antrag konterkariert, dann würde ich sagen, ihr denkt

nicht über Strategie nach, weil genau dieser Zusatzantrag zeigt nämlich den guten Willen der Stadt Graz, verstärkt in Richtung erneuerbare Energie zu gehen, und das ist etwas, und das wissen wir alle, was für Verhandlungen immer sehr günstig ist. Zum Kollegen Meister, ja, natürlich, das wünschen wir uns alle, und es gibt ja immer wieder Initiativen, auch zur Änderung des Baugesetzes, zu mehr Verpflichtungen für mehr Energieeffizienz im Neubau und zu mehr Verpflichtungen, erneuerbare Energieträger zu nutzen, deshalb ist es ja erfreulich, dass es jetzt noch viel mehr Förderungen gibt für PV-Anlagen, für thermische Solarenergie sowohl vom Klima- und Energiefonds als auch aus unserem Klimabudget. Grundsätzlich würde ich sagen, so gut wie wir beim Ausbau der Fernwärme in Graz sind, also sprich bei den Anschlüssen, bei der Anzahl der Anschlüsse in unseren Gebäuden und in unseren Wohnungen in Graz, so ein Auf und Ab ist es bei der Aufbringung der Fernwärme. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir bis vor kurzem die Fernwärme aus einem Steinkohlekraftwerk bekommen haben, den Hauptteil, aber zumindest in Form einer Kraft-Wärme-Kopplung. Das heißt, wir konnten die Wärme beziehen, die sonst ja in die Mur oder in die Luft gekühlt worden wäre. Ich möchte auch daran erinnern, dass im Jahr 2009 war das, glaube ich, wie die Gas- und Dampfblöcke in Mellach genehmigt wurden, da wurden sie im UVP-Verfahren damit genehmigt, dass Graz als Wärmesenke in der Nähe ist. Das heißt, es wurde argumentiert, dieses Gas- und Dampfkraftwerk mit seinen zwei Blöcken, ein hochmodernes Gas- und Dampfkraftwerk, ist deshalb genehmigungsfähig, weil die Wärme nach Graz geliefert wird und nicht von einem Block in die Mur und vom anderen in die Luft. Also das ist wirklich ziemlich danebengegangen, und das muss man offen sagen, und das liegt eben auch an den Energieversorgern, die nicht im Sinne des Gemeinwohls agieren, sondern sehr stark nach ihren betriebswirtschaftlichen Bedingungen. Das heißt, in dem Punkt, glaube ich, und das kann man ganz offen sagen, können wir mit uns und der aktuellen Zusammensetzung der Grazer Fernwärme nicht zufrieden sein, auch wenn es uns gelungen ist, immer mehr Abwärme als grüne Fernwärme ins Fernwärmenetz einzuspeisen, z.B. durch die Leitung von der Firma Sappi, die uns ja auch einen erklecklichen Anteil im Norden von Graz an Fernwärme liefert. Aber, und das ist auch der Grund für meinen Zusatzantrag, ich glaube, wir

müssen da wirklich ein Zeichen setzen, dass wir verstärkt in Richtung erneuerbare Energie gehen, verstärkt, indem wir das nutzen, was vom Klimafonds angeboten wird, 45 Mio. Euro, dieser neueste Call „Solarthermie – große Solaranlagen“. Wir haben da ein praktisch fertiges Projekt, dessen Feasibility bereits bestätigt ist und das über Solarthermie 20 % und mit Stützenergie Biomasse 40 % an der derzeit benötigten Grazer Fernwärme bereitstellen könnte. Und ich glaube, das wäre wirklich auch eine strategisch sehr gute Idee, da als Stadt Graz zu sagen, ja, wir möchten dieses Projekt haben, wir unterstützen das einerseits in Richtung Förderung, aber auch für den Gegenstand, den wir im dringlichen Antrag vom Georg Topf behandeln, nämlich den, dass wir keine Förderungen für den eigentlichen Ausbau in der Stadt verlieren. Und daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen folgenden

Zusatzantrag:

Die Stadt Graz bekennt sich zum weiteren Ausbau der Fernwärmeaufbringung aus erneuerbarer Energie insbesondere aus thermischen Großsolaranlagen wie dem Projekt BIG Solar, dessen Machbarkeit bereits durch eine Feasibility-Studie belegt ist. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

BIG SOLAR könnte bis zu 40 % der für die Fernwärme benötigten Energie aus erneuerbarer Wärme bereitstellen und ist damit die bis heute bekannte Einzelmaßnahme mit dem größten Potential. Von den 40 % wären mehr als 20 % aus der Sonne und etwas unter 20 % aus Biomasse als Stützenergie. Derzeit läuft beim Klima- und Energiefonds ein mit 45 Mio. Euro dotierter Call „Solarthermie – große Solaranlagen“. Ein Bekenntnis der Stadt Graz zu diesem Projekt wäre sicherlich sehr unterstützend für den Zuschlag. Daher stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen – ALG folgenden

Zusatzantrag:

Die Stadt Graz bekennt sich zum weiteren Ausbau der Fernwärmeaufbringung aus erneuerbarer Energie insbesondere aus thermischen Großsolaranlagen wie dem Projekt BIG Solar, dessen Machbarkeit bereits durch eine Feasibility-Studie belegt ist.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.46 Uhr).

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Dankeschön, vielleicht noch ein paar ergänzenden Worte zur Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner und zum vorliegenden Antrag insgesamt. Um es nur in Erinnerung zu rufen, ist der Fernwärmeausbau wahrscheinlich das effektivste Mittel, das wir haben und das wir seit Jahren betreiben, schon seit vielen Jahren, gegen Luftschadstoffe, gegen Hausbrand, aber auch wird dadurch wirklich zur Feinstaubreduktion beigetragen. Es ist also eine, wir sagen es immer wieder, wahrscheinlich die größte Klimaschutzmaßnahme, die Graz bisher umsetzt und noch weiter umsetzt. Und jetzt zum spezifischen Antrag. Uns ist die Situation sehr bewusst, man kann daher, wie der Herr Kollege Meister über das Mittel reden, nämlich den dringlichen Antrag, grundsätzlich teile ich aber die Dringlichkeit des Anliegens und insofern sind wir uns hier offensichtlich eh alle einig. Wir müssen tatsächlich Bewusstsein schaffen über die spezifische Situation in Graz im Bund und in Bezug auf das Erneuerbare Energie-Ausbaugesetz bzw. die Folgesetze, die damit einhergehen. Im Unterschied zu Wien haben wir eben die KWK, die wir brauchen, die Ableitung und andere Situationen, und um das umzustellen, diesbezüglich sehe ich genauso dringlich. Wir haben das auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung am Rande vereinbart und wollen das auch im Ausschuss diskutieren, aber umso besser, dass es jetzt auch Lösungsvorschläge gibt. Wir haben die Arbeitsgruppe, die Wärmegruppe, die beschäftigt sich ja intensiv mit dem Thema, und es gäbe zwei Lösungsmöglichkeiten,

die wir dann intensiver diskutieren müssen. Das ist die eine, dass man quasi einen Umstellungsplan, also abseits von den Zielgrößen 60 % und 80 %, die wir jetzt haben, dass man möglicherweise sich von den absoluten Zielgrößen entfernt und sowas wie einen Stufenplan erstellt, einen Dekarbonisierungspfad quasi. Das wäre eine Möglichkeit und eine Empfehlung in Richtung Parlament. Ich bin froh, dass wir jetzt sozusagen alle Parlamentsparteien ansprechen und die Ministerin. Eine zweite Möglichkeit wäre, dass man natürlich die KWK-Abwärme da miteinbezieht und sozusagen die spezifische Graz-Situation berücksichtigt. Das wird zu diskutieren sein, auch ich und wir als Grüne sehen die Dringlichkeit auch in Bezug auf quasi den Umstieg auf erneuerbare Energie, so wie im Zusatzantrag eingebracht, und auch da freue ich mich, dass es offensichtlich durchgehend, bis auf die blaue Fraktion, Zustimmung gibt. Im Bewusstsein, dass wir den Energiesektor insgesamt umstellen müssen, um zukunftsfähig zu sein. Also gemeinsam werden wir das schaffen und hoffentlich auch Bewusstsein im Bund erzeugen, damit es da eine Änderung gibt. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich möchte vielleicht auch anmerken, dass mir auch ein Schreiben der Vorstände der Graz Holding, der Energie Steiermark und der Energie Graz vorliegt. Die Energie Steiermark ist ja auch an der Energie Graz beteiligt. Und ich möchte anmerken, dass, wenn es nicht zu Änderungen kommt und es bei der derzeitigen Gesetzeslage bleibt, wir alleine bis zum Jahr 2030 ein Fördervolumen für den Fernwärmeausbau von Graz von 40 Mio. Euro verlieren würden. Das bedeutet einen herben Rückschlag für uns alle. Und ich möchte auch noch anmerken, dass wir letzten Endes, wenn wir einen Dekarbonisierungspfad in der Stadt wirklich auch durchziehen wollen, auch eines Tages über die vielen angeschlossenen, es sind im Summe 15.000, Haushalte im Gasbereich wahrscheinlich auch einmal reden werden müssen. Und da stellt sich dann auch die Frage, wenn es zu Umstellungen kommt, wo geht die Reise hin? Wenn dann das Fernwärmeausbauprogramm keine Alternative sein kann oder wir die Gelder dafür nicht haben, glaube ich, muss die Frau Bundesministerin ihre Gesetzesvorlage uns

wirklich helfen, weil sonst sehe ich da große Probleme auf die Bevölkerung und viel Familien und Haushalte zukommen. Es muss ja letzten Endes auch finanziert werden, und wir haben ja auch relativ viel in Infrastruktur dieser Stadt vergraben, auch darüber müssen wir dann mit dem Bund reden, wie es da zu Abgeltungen kommt, Abschreibungen und vieles mehr. Zu Wort gemeldet hat sich aber auch noch einmal der Antragsteller, dann bitte ich dich auch gleich um dein Schlusswort.

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden dem Zusatzantrag der Grünen zustimmen. Ich möchte nur vielleicht zwei bis drei Punkte noch beleuchten, weil das Thema oder das Stichwort Dekarbonisierungsgrad gefallen ist. Wenn man sich jetzt die Energiesituation in Österreich ein wenig anschaut, und das werden wir vielleicht im Umweltausschuss, so wie angeregt wurde, Kollege Meister und Frau Stadträtin, doch noch einmal anschauen müssen, heruntergebrochen auf die Stadt Graz, aber es ist ja geplant, dass in etwa elf Terawattstunden aus Photovoltaikanlagen aufgebracht werden sollten, zehn Terawattstunden aus Windkraft, fünf Terawattstunden aus Wasserkraft und eine Terawattstunde aus Bioenergie, das heißt, es ist eine unglaubliche Menge an Energie, die alternativ aufgebracht werden müsste, um einen weiteren Schritt in Richtung Dekarbonisierung zu gehen. Das ist ein sehr wichtiges, aber sehr schwieriges Unterfangen. Ich möchte das nur jetzt schon einmal sozusagen in den Raum stellen, was das für Österreich und heruntergebrochen für die Steiermark und für Graz insbesondere bedeuten wird, und das, glaube ich, wäre sinnvoll, wenn man in einem Umweltausschuss, z.B. aber auch unter Einbindung natürlich aller Energieträger darüber diskutieren sollte. Dem Zusatzantrag werden wir zustimmen. Ich bitte aber auch, dieses Thema weiterführend im Umweltausschuss zu diskutieren. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

**8.3 Maßnahmen für leistbares, menschenwürdiges und bedürfnisgerechtes Wohnen in Graz
(KO GR Manfred Eber, KPÖ, unterstützt von Neos)**

KO GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Der Bürgermeister hat schon gesagt, worum es geht. Ich möchte sagen, es gibt gerade in der letzten Zeit, natürlich haben nicht nur Menschen mit einem Durchschnittseinkommen oder einem gar nicht so schlechten Einkommen auch zusehends Probleme, dass Wohnen, das immer teurer wird, zu finanzieren. Und vor allem Menschen, die arbeitslos sind oder sich in anderen prekären Lebenssituationen aus welchen Gründen auch immer befinden, sehen sich nicht erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie mit großen Problemen im Zusammenhang mit Wohnen konfrontiert. Dabei geht es um hohe Mieten, um Kauttionen und Ablösen, Themen, die wir hier ja immer auch diskutiert haben hier im Gemeinderat, im Ausschuss und anderswo, sondern es geht auch um einen Mangel an barrierefreien Wohnungen, es geht um Probleme, die aufgrund von Krankheiten oder auch anderen persönlichen Umständen geschuldet sind, um überhaupt eine Wohnung angeboten zu bekommen. Viele Menschen sind auch auf prekäre Wohnungen, auf prekäre Wohnformen, auf Beherbergungsbetriebe angewiesen, weil ihnen Alternativen fehlen, und dort leben sie dann oft einmal auch in desolaten Verhältnissen und das zu einem hohen Preis. Andere wiederum haben beispielsweise mit einer Räumungsklage zu kämpfen, die Anwaltskosten sind dort oft einmal so hoch, dass sie gar nicht mehr weiter nachdenken müssen, wie sie den entstandenen Mietrückstand tilgen können, sondern sind dann eben tatsächlich gezwungen auszuziehen. Und auch für Menschen mit einem nur vorübergehenden Wohnbedarf gibt es oft einmal zu wenig Angebote, viele sogenannte Notschlafstellen sind zum Teil nicht nur ausgelastet, sondern vor allem auch durch ihre Aufnahmevoraussetzungen eben nicht für alle Notfälle geeignet. Diese Probleme und viele andere mehr wurden von InterACT – Werkstatt für Theater und Soziokultur aufgegriffen. Es hat einen mehrstufigen Prozess im Zusammenarbeit mit Einrichtungen gegeben, wie etwa mit der Caritas Wohnungssicherungsstelle, mit der

Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe, der Wohnplattform Steiermark, dem Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie und vielen anderen Organisationen. Dabei wurden Lösungsvorschläge erarbeitet und diese wurden am 27. April auch vorgestellt und auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Grazer Stadtpolitik vorgestellt, es waren eben auch von allen Gemeinderatsparteien Vertreter und Vertreterinnen anwesend, und im Wesentlichen, würde ich sagen, hat man zumindest ein sehr offenes Ohr gehabt für die Anliegen und Problemlösungsvorschläge und war durchaus geneigt, diese und jene Anliegen auch versuchen, zur Umsetzung zu bringen. Und auch wir als KPÖ sehen natürlich diesen dringenden Bedarf, um die genannten Probleme zu diskutieren und eben als Stadt Graz Lösungsmöglichkeiten im Sinne dieser Ergebnisse von InterACT zu erarbeiten. Und wenn ich jetzt zum Antrag selbst komme, also es richtet sich ja nicht nur an den Herrn Wohnungsstadtrat Eustacchio, sondern auch an den Sozialstadtrat Hohensinner, weil da natürlich viele Themenbereiche eben auch in dieses Sozialressort hineinspielen. Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Unter Federführung von Wohnungsstadtrat Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ein Gremium, bestehend aus den Wohnungs- und SozialsprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien, einberufen. Dieses Gremium prüft unter allfälliger Beiziehung von städtischen und externen ExpertInnen die Lösungsvorschläge der genannten Dialogveranstaltung vom 27.4.2021.

Wenn ich vielleicht noch einmal darauf hinweisen darf, es geht also hier noch nicht um ganz konkrete Forderungen oder Lösungsvorschläge, die hier beschlossen werden sollen, sondern es geht einmal darum, dass man sich überhaupt zusammensetzt und

gemeinsam an diesen Vorschlägen, die hier vorliegen, arbeitet. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Nicht nur Menschen mit einem Durchschnittseinkommen haben zusehends Probleme, das immer teurer werdende Wohnen zu finanzieren. Erst recht Menschen, die arbeitslos sind oder sich in anderen prekären Lebenssituationen befinden, sehen sich nicht erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Zusammenhang mit dem Wohnen mit großen Problemen konfrontiert.

Dabei geht es nicht nur um zu hohe Mieten, Kautionen oder Ablösen, sondern beispielsweise auch um den Mangel an barrierefreien Wohnungen, Probleme aufgrund von Krankheiten oder anderen persönlichen Umständen überhaupt eine Wohnung angeboten zu bekommen. Viele Menschen sind aufgrund fehlender Alternativen auf prekäre Wohnungen und Beherbergungsbetriebe angewiesen und leben dort in zum Teil desolaten Verhältnissen. Dafür müssen sie auch viel zu viel bezahlen. Für andere wiederum bedeuten die Anwaltskosten einer Räumungsklage das Aus ihrer Bemühungen, den entstandenen Mietrückstand zu tilgen. Auch für Menschen mit einem nur vorübergehenden Wohnbedarf gibt es zu wenig Angebote. Viele sogenannte Notschlafstellen sind zum Teil nicht nur überfüllt, sondern durch ihre Aufnahmevoraussetzungen nicht für alle Notfälle geeignet.

Das und vieles mehr wurde von InterACT-Werkstatt für Theater und Soziokultur aufgegriffen. Im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses in Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie etwa der Caritas Wohnungssicherung, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe, der Wohnplattform Steiermark, des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie und vielen anderen wurden Lösungsvorschläge erarbeitet und diese am 27. April 2021 im Rahmen einer Dialogveranstaltung mit VertreterInnen der Grazer

Stadtpolitik vorgestellt. Dabei waren erfreulicherweise VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen anwesend und stimmten den aufgezeigten Problemen und Lösungen weitestgehend zu.

Selbstverständlich sehen wir als KPÖ ebenfalls den dringenden Bedarf, die genannten Probleme zu diskutieren und als Stadt Graz Lösungsmöglichkeiten im Sinne der vorgestellten Ergebnisse von InterACT zu erarbeiten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Unter Federführung von Wohnungsstadtrat Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ein Gremium, bestehend aus den Wohnungs- und SozialsprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien, einberufen. Dieses Gremium prüft unter allfälliger Beziehung von städtischen und externen ExpertInnen die Lösungsvorschläge der genannten Dialogveranstaltung vom 27.4.2021.

GR Mogel:

Liebe Zuseher an den Bildschirmen, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Manfred. Das Thema Wohnen ist immer ein wichtiges in der Stadt Graz. Ihr selbst habt ja auch eine Zeit lang das Wohnressort innegehabt, da kann ich mich dunkel erinnern. Also bitte bleiben wir am Boden der Tatsachen, es bedarf doch keiner Theatergruppe oder irgendeiner Theateraufführung, damit man plötzlich das Thema Wohnen als dringlich erachtet (*Appl.*).

Seitdem Mario Eustacchio das Wohnungsressort überhaupt bekommen hat, sind fast alle Punkte, auf die du dich hier beziehst, von diesen 16 Punkten, so sie die Stadt zum Thema Wohnen auch wirklich beeinflussen kann, ja angegangen worden. Ich will nur einige herausnehmen: Also es werden so viele Gemeindewohnungen gebaut wie noch

nie, Studenten haben Zugang zu Gemeindewohnungen, es gibt ein eigenes Programm für Senioren, der Kautionsfonds für alle ist erhöht worden, die Barrierefreiheit wird ständig ausgebaut, jede neuerrichtete Wohnung ist anpassbar gebaut, sprich, man kann dann für spezielle Anforderungen sehr schnell Adaptierungen herstellen; jeder Grazer, der eine Gemeindewohnung braucht, bekommt diese auch ohne Wartezeit und ohne Parteibuch. Selbst die geforderte unabhängige, überparteiliche Anlaufstelle gibt es schon, das ist das „Wo ist?“. Und wenn ihr nicht immer eine falsche Telefonnummer, also nicht die der Wohnungsinformationsstelle, plakatieren würdet, dann müsste wahrscheinlich euer armer Kollege Strutzenberger in seiner Dienstzeit gar nicht so viel telefonieren. Natürlich haben wir alle, die dieser 16-Punkte-Präsentation hier beigewohnt haben, fast allen Punkten zugestimmt, ja natürlich, weil ja wir in der Stadt Graz auch allesamt ja schon seit langem an genau diesen Punkten arbeiten. Wir brauchen keinen weiteren Runden Tisch, nutzen wir unsere Ausschüsse, die wir haben, unsere Experten, die wir haben, dazu sind wir auch angetreten, die Lebensqualität und die Lebensumstände der Grazer zu verbessern. Danke (*Appl.*).

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, lieber Manfred. Wie du weißt, war ich auch bei der Veranstaltung von InterACT und habe mir das wirklich interessiert angehört und Dr. Wrentschur und sein Team von InterACT haben sicher einige Meriten im Bereich der Armutsprävention und es wird auch sicher vieles aus diesem Bereich in die Ämter einfließen. Wir werden die Anregungen von Dr. Wrentschur und seinem Team sicher auch in vielen Bereichen annehmen und einfließen lassen, aber wie gesagt, das wird auch sicher in diesen Ressorts besprochen werden, also deswegen brauchen wir in diese Richtung, glaube ich, nicht weiterzudenken. Ich möchte aber doch in einigen Teilen deines Motivenberichtes, und ich möchte gar nicht darauf eingehen, dass du InterACT da jetzt irgendwie politisch etwas unmotiviert einbezogen hast, möchte doch darauf eingehen, was da nicht ganz korrekt ist. Bitte, bevor ich

konkret werde, möchte ich eines noch einmal vorwegschicken: Bitte findet euch damit ab, dass ihr nicht mehr ressortverantwortlich seid im Bereich Wohnungswesen und auch nicht im Sozialbereich. Es gibt jetzt zwei andere Verantwortliche, die das sehr gut machen, und die werden dann auch zeigen, wie sie das machen, und bitte versuche nicht, einen Notstand herbeizureden oder hineinzuschreiben in den Antrag, der so nicht stimmt (*Appl.*).

Du hast in deinem Antrag nämlich sehr viel Allgemeines hineingeschrieben und bist dann aber doch einigermaßen konkret geworden und hast dann auch stehen, für Menschen mit vorübergehendem Wohnbedarf gibt es zu wenige Angebote, zu wenige Notschlafstellen und so weiter und so fort. Ich möchte jetzt einmal kurz zusammenfassen, was Stadtrat Hohensinner seit 2017 hier in diesem Bereich weitergebracht hat: Es gibt das Kältetelefon, es gibt die neue Winterschlafstelle St. Lukas, es gibt Erweiterung des Ressorfes mit einem Container für pflegebedürftige Obdachlose, es gibt die Erweiterung der Arche 38 mit einem Container für Mensch und Tier und es gibt insgesamt jetzt in der Zwischenzeit 229 Notbetten in Graz, das ist eine Aufstockung. Und des Weiteren, und das halte ich für besonders wichtig, gibt es die Einführung der zentralen Datenbank, die Kurt Hohensinner auf den Weg gebracht hat. Und diese Datenbank hat uns geholfen, genau das zu widerlegen, was du hier einfach so behauptest. Ich bleibe in der Überzeugung, dass du weißt, dass das falsch ist, was du sagst, aber du behauptest es halt einmal. Die Notschlafstellen waren nie überfüllt, selbst in den Spitzenzeiten, das waren wenige Tage und Wochen, waren immer noch Kapazitäten im Ausmaß von 10 % und mehr zur Verfügung, und die Ampel wurde nie auf orange geschaltet, es war immer grün, wenn die Ampel orange oder gelb geschaltet hätte, hätte Kurt Hohensinner und sein Team vom Sozialamt sofort reagiert. Es ist auch mittwochs jederzeit von 15.00 bis 17.00 Uhr die Gesprächsstelle offen, Kurt Hohensinner und nicht nur sein Team, sondern auch die Mitarbeiter der Ämter stehen jederzeit zur Verfügung. Und nachdem dein Antrag so allgemein gehalten war, habe ich mir auch die anderen Zahlen noch angesehen, nicht nur im Bereich Wohnungslosenhilfe, sondern auch in den anderen Bereichen: Angebote für Menschen in Notsituationen, nicht nur die gesetzlichen Leistungen, die vorgeschrieben sind in der

Mindestsicherung, Sozialhilfe usw. Da habe ich mir auch die Zahlen angesehen, ob irgendwelche Warnsignale sowohl in der Mindestsicherung oder in der Sozialhilfe entstanden sind, es ist annähernd gleich, es sind in der Mindestsicherung seit 2021 April weniger als 2020. Auch in den Bezirksgerichten gibt es nicht mehr Räumungs- und Delogierungsverfahren, das muss ich auch einmal darauf hinweisen, also es ist zurzeit keine dringliche Situation. Ein letzter Punkt noch, bevor ich zum Ende komme, was ganz wichtig war von der blau-schwarzen Koalition in der letzten Periode; was die freiwilligen Leistungen betrifft, haben Kurt Hohensinner und sein Team den Sozialfonds „Graz hilft“ eingerichtet. Seit Juli 2020 konnte hier 140 Menschen geholfen werden, alleine 50 heuer, im Gesamtausmaß von 65.000 Euro. Menschen, die Hilfe benötigen, denen wird geholfen, und deswegen ist für uns dieser Antrag leider nicht dringlich. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, lieber Manfred. Also die Elke, einige andere und ich waren ja gemeinsam bei der Dialogveranstaltung am 27.4., und als erstes möchte ich mich deswegen für die unglaubliche Arbeit, die der Michael Wrentschur und das InterACT-Team da geleistet haben, bedanken, weil das ist wirklich ein jahrelanger Prozess, wo sie großartige und extrem wichtige Empfehlungen, die wir auch in der Stadt ganz konkret umsetzen können, ausgearbeitet haben. Weil vielleicht nicht alle wissen, wie die Methode des Forumtheaters funktioniert, möchte ich das auch noch kurz einmal klären. Beim Forumtheater ist es ja so, dass Szenen erarbeitet werden, oft mit einem gesellschaftspolitischen Hintergrund, und dass die ZuschauerInnen aber auch eingeladen sind, aktiv in diese Szenen einzusteigen und über diesen Einstieg in die Szene auch Lösungsvorschläge zu erarbeiten und aus diesem partizipativen Theaterprozess sind dann eben etliche Empfehlungen entstanden. Und das Erstaunliche war, dass eben bei dieser Abschlussveranstaltung, wo VertreterInnen aller Grazer Parteien im Gemeinderat dabei waren, es bei ganz vielen Themen

Einstimmigkeit gab und ganz viele Themen da waren, wo auch der Peter Stöckler von der ÖVP und der Berno Mogel von der FPÖ gesagt haben: Ja, das sind drängende Themen, derer wir uns in der Politik annehmen müssen, sei es das Thema Diskriminierung bei der Wohnungssuche, seien es mehr barrierefreie Wohnungen, sei es das Thema eben Beherbergungsbetriebe, prekäre Wohnformen, sei es, dass wir insgesamt mehr leistbaren Wohnraum in der Stadt schaffen müssen durch eine Gemeindewohnbauoffensive. Und ich glaube, es liegt nicht zuletzt an dieser ganz speziellen Methode des Forumtheaters, dass sich hier ein Fenster für Dialog, für tatsächlichen inhaltlichen Austausch, geöffnet hat, weil diese Szenen haben wirklich viel Verzweiflung, Existenzangst und Ungerechtigkeit transportiert, und ich glaube, die waren damals für uns alle sehr berührend. Umso enttäuschender finde ich es, dass die ÖVP und die FPÖ hier und heute von ihren damaligen Zusagen und ihrer Bereitschaft, hier weiterzuarbeiten, scheinbar nichts mehr wissen wollen (*Appl.*).

Wir werden diesem dringlichen Antrag zustimmen, weil wir es zentral und wichtig finden, dass wir an den Themen weiterarbeiten, aber ich möchte abschließend auch eine Frage an die KPÖ richten: Mir ist diese Abschlussveranstaltung von InterACT so im Gedächtnis, dass die tatsächlich ein Fenster geöffnet hat, ein Fenster, dass man abseits der politischen Show in einen Austausch miteinander kommen und ernsthaft an ganz, ganz drängenden Themen in der Stadt arbeitet. Ihr habt einen dringlichen Antrag für heute vorbereitet, ohne mit den anderen Rücksprache zu halten, ihr habt den gestern sehr, sehr kurzfristig ausgeschickt und nicht in irgendeiner Form mit den anderen abgesprochen. Das Ergebnis ist, dass der dringliche Antrag jetzt abgelehnt wird und die mühsame Arbeit, die InterACT hier wirklich über Monate und Jahre betrieben hat, ein Stück weit politisch zu Grabe getragen wird. Und ich habe heute im Laufe des Tages euch mehrfach ersucht, den dringlichen Antrag zurückziehen, weil ich der Überzeugung bin, dass wir vielleicht einen Ort gefunden hätten, nämlich einen Ort abseits dieser großen Show hier, wo wir uns zusammensetzen hätten können und ernsthaft an diesen Vorschlägen hätten weiterarbeiten können, und diese Chance habt ihr ein Stück weit verspielt und deswegen bleibt für mich am Ende die Frage: Habt ihr das Fenster für den Dialog, das InterACT mit dieser speziellen Methode geöffnet hat,

genutzt oder habt ihr die Fronten mit diesem abgelehnten dringlichen Antrag wieder verhärtet? Und habt ihn am Ende der Sache genutzt, dem Anliegen, das ganz viele Menschen in Graz haben, nämlich, dass wir mehr leistbaren und menschenwürdigen Wohnraum schaffen, oder habt ihr nur euch selbst genutzt (*Appl.*)?

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Sehr geehrter Herr Antragsteller, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste im Livestream. Ich war gestern, wie ich den Antrag gelesen habe und erhalten habe, ehrlich einmal sauer, weil ich mir gedacht habe, das ist jetzt ein ganz, ganz wichtiges Thema und die KPÖ nimmt das jetzt her, bringt einen dringlichen Antrag ein, das ist ein Instrument, das wir zur Verfügung haben, das ist nämlich das schärfste Instrument, das wir haben, hier wird dann zugestimmt oder abgelehnt und wir verbauen uns mit diesem Schritt gleich die weitere Diskussionsmöglichkeit in anderen Gremien oder wir erschweren sie. Ich war wirklich einmal emotionalisiert, im wahrsten Sinne des Wortes sauer, nämlich weil InterACT, und ich habe Herrn Wrentschur auch angerufen nach dieser letzten Diskussion und ihm gratuliert zu dieser Arbeit und großen Respekt gezollt, dass sie sich so viel Arbeit angetan haben, aber auch hinsichtlich der Ergebnisse. Die Ergebnisse sind nämlich wohnungspolitisch wertvoll. Und diese wohnungspolitisch wertvollen Ergebnisse würden eine entsprechende Wertschätzung in diesem Gremium, nämlich hier im Gremium des Gemeinderates der Stadt Graz, verdienen. Ich habe demzufolge, ich habe auch an einem dringlichen Antrag ursprünglich gedacht, dann habe ich mir gedacht: Naja, vielleicht schaffen wir parteiübergreifend einen gemeinsamen Antrag und bringen das ein. Das habe ich dann in meinen persönlichen Überlegungen verworfen, weil auch einige Vorschläge da drinnen sind, wo ich meine, dass wir keine politische Mehrheit erhalten werden. Deswegen bin ich an den Ausschussvorsitzenden, an den Kollegen Sippel, herangetreten unmittelbar nach der Veranstaltung und habe ihn gebeten: Können wir diese Ergebnisse im Rahmen des Wohnungsausschusses diskutieren? Ich glaube, dass ein paar Punkte dabei sind, wo wir sehr einfach und sehr rasch eine Mehrheit erhalten

können, und meine Idee und Vision wäre gewesen, dass man einen gemeinsamen Antrag aus dem Wohnungsausschuss herausträgt und sagt, ja, das ist möglich, das nehmen wir gerne an. Das ist ein anderes Instrument, wo ich gemeint habe, dass man diesen respektvollen Umgang zum Wohnungsthema und zu allen Problematiken, die nicht wegzuleugnen sind, es gibt prekäre Wohnsituationen, es gibt Nöte, weil nicht genug Geld da ist, und ich habe mir gedacht, diesen nötigen Respekt werden wir auch in den Gremien hier im Hause zustande bringen. Und, lieber Kollege Eber, es tut mir sehr leid, dass du das so gemacht hast, ohne mit uns zu reden. Ich wurde auch heute noch informiert von InterACT, dass du auch nicht mit ihnen gesprochen hast, das ist nicht gut. Du hast der Sache einen wahren Bärendienst erweisen. Ich möchte das heute hier so festhalten. Das Wohnungsthema ist ein dringliches, ihr wisst es, ich mache nahezu in jeder Gemeinderatssitzung etwas zur Verbesserung, entweder einen Antrag, eine Anfrage, aber diese Vorgehensweise, lieber Herr Kollege Eber, das kann ich nicht verstehen, auch wenn ich die Dringlichkeit, oder meine Fraktion die Dringlichkeit hier mitunterstützt. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR Eber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Zunächst möchte ich mich noch bedanken, nämlich bei der Sabine Reininghaus, hat sich jetzt nicht zu Wort gemeldet, von den Neos, aber hat ihre Unterstützung für diesen Antrag auch kundgetan, vielen Dank dafür, und danke auch für die Unterstützung bei der Dringlichkeit. Ich möchte nur ein paar Sachen vielleicht doch dazusagen, weil ich zum Teil schon ein bisschen überrascht bin, wie hier auch argumentiert worden ist. Also vor allem, was die Kollegen Stöckler und Mogel anbelangt. Also ich möchte eines schon auch klar festhalten, erstens wir sehen natürlich, dass es da und dort Bemühungen und auch Fortschritte gibt im Sozialbereich, im Wohnungsbereich, Kautionsfonds hast du angesprochen, möchte ich nur unterstreichen, natürlich ist das erfreulich, wenn wir dort jetzt die doppelte Summe haben. Und du sagst auch, es ist alles so super bei den Gemeindewohnungen, es werden immer mehr gebaut. Ja natürlich, jetzt leben wir ja

sozusagen noch von denen, die in vergangenen Perioden angekauft und auf Schiene gebracht worden sind, ich hoffe, das geht dann auch so weiter. Und vor allem aber möchte ich etwas zum einen sagen, weil du gesagt hast, jeder Grazer, jede Grazerin, die eine Gemeindewohnung braucht, bekommt auch eine. Nein, so ist es nicht, denn unter Schwarz-blau wurden eben die Zugangsbestimmungen deutlich erschwert, es sind ganze Gruppen ausgeschlossen worden, Konventionsflüchtlinge können gar nicht mehr ansuchen um eine Gemeindewohnung, man braucht fünf Jahre durchgehenden Aufenthalt in Graz, also eine Meldebestätigung für fünf Jahre bzw. natürlich 15 Jahre, bekommt nicht jeder zusammen, und da haben wir dann das Problem, dass es dann immer wieder auch nur kurzfristige Meldelücken gibt und schon ist man draußen. Das Problem ist, die Wohnungsnot in Graz hat sich überhaupt nicht wesentlich verbessert in den letzten Jahren, will ich auch jetzt niemandem zur Last jetzt irgendwie legen, ist ja klar, aber Tatsache ist eben auch, die Gemeindewohnungen, da muss eben froh sein, wenn wir sie anbekommen sozusagen, eben weil man den Zugang so sehr beschränkt hat, dass so viele Leute herausfallen, dass das kaum mehr möglich ist, dass genau jene sie bekommen, die sie auch brauchen würden. Ich möchte dann vielleicht noch zu InterACT auch noch was sagen, die Kollegin Wutte hat dazu ja schon ein bisschen was gesagt, es ist ja nicht einfach so, dass hier einmal ein bisschen Theater gespielt wird und dann macht man eine Diskussionsveranstaltung und dann aus dem heraus einen dringlichen Antrag. Es ist eben tatsächlich so, dass die über einen sehr langen Zeitraum mit unterschiedlichsten Gruppen, Organisationen, Personen ...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Bitte zum Ende kommen.

KO GR **Eber:**

... jawohl.

... die hier natürlich auch Fachleute und Experten und Expertinnen sind, diskutiert haben und das wirklich auf außerordentlich gute Weise aufgearbeitet und präsentiert

haben. Und zuletzt möchte ich natürlich sagen, es ist jedem natürlich frei, zuzustimmen oder nicht zuzustimmen, aber dann die Antragsteller davor verantwortlich zu machen, dass die ÖVP und die FPÖ vielleicht nicht zustimmen, also das ist ein starkes Stück. Dankschön (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Herr Gemeinderat, ich bin ja jetzt schon länger mit dabei. Ich habe es eher umgekehrt wahrgenommen, dass es eher ein starkes Stück war von Ihnen, den Antrag so einzubringen und letzten Endes das Prinzip wieder zu wählen, das in der Politik ja schon seit Jahrzehnten immer wieder auch funktioniert, aber heute schon ein bisschen aufgedeckt worden ist: Nämlich, zuerst zünde ich an und dann lösche ich gleich. Also Feuerwehr und Brandleger zugleich, und ich glaube, wir können ganz, ganz deutlich nachweisen, dass im Wohnungsbereich so vieles zum Guten geändert wurde, dass auch viele, viele Gemeindemieterinnen und Gemeindemieter, die wir im Stadtgebiet haben, nicht mehr monatlich zu mir kommen und sich darüber beschweren, welche Zustände in Gemeindebauten eigentlich herrschen. Das hatten wir in den letzten Jahren sehr massiv, und hat massiv abgenommen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.4 Petition: Arbeitslosengeld erhöhen (GR Kurt Luttenberger, KPÖ)

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste im Stream. Ich schleiche mich mit einer Petition an, also schauen wir, wie weit hier der Erfolg gegeben ist. Da zu sagen wäre, das Thema Arbeitslosigkeit war ein Problem, ist ein Problem, bleibt ein Problem in der

Zukunft und beginnen möchte ich kurz, weil das ist dann auch gleich die inhaltliche Diskussion bei mir, dass auch die Bundesregierung sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt hat. Das Ziel, die Armut zu halbieren, das ist wirklich ambitioniert und natürlich zu unterstützen, da gibt es ja nichts zu sagen, dann ist Corona dazwischengekommen, jetzt scheint es so zu sein, dass die Pandemie abebbt und nun senkt sich oder nähert sich der Blick wieder anderen Themen. Und bevor ich weiterrede, das hätte ich bald vergessen zu sagen, ich bin ja ein leidenschaftlicher Ö1-Radiohörer, und da gibt es zwischen 18.55 Uhr und 19.00 Uhr die Sendung „Religion aktuell“. Ihr werdet euch wundern, aber mich interessiert natürlich schon, was so die Ökumene sagt zu manchen Fragen, und da hat der Katholische Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenbund vor ein paar Tagen gesagt, also so wie es jetzt diskutiert wird, so kann man das schwer machen, indem man hier die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bestraft. Mein Text ist in Wirklichkeit ja abgeschrieben. In den letzten Tagen gibt es ja viel in den Medien zu lesen, vor allem habe ich mich ja auf die Kleine Zeitung gestürzt und vor ein paar Tagen eine Pro- und eine Contra-Debatte zu dieser Frage gegeben und die Vorsitzende der Bundesarbeiterkammer, Renate Anderl, die war hier mein Ideengeber und ich habe einfach ein paar Sachen dazugeschrieben, wobei ich dazusagen muss, dass die Vorschläge von der Wirtschaft, die ja in diesem Beitrag in der Kleinen Zeitung versachlicht worden sind, da sind sie vorgeprescht, und der der voprescht, der kann natürlich manchmal auch ganz schön die Watschen einstecken. Aber trotz alledem, ich meine, zwischen Vorpreschen und Wahrheit ist ja nicht viel dazwischen, denn wenn ich meine, nach einer kurzen Erhöhung auf 70 % die Arbeitslose auf 40 % abgleiten zu lassen, wenn ich die Zumutbarkeitsbestimmungen sozusagen ausheble und wenn ich de facto sage, die Leute sollen gefälligst dort hinfahren, wo die Arbeit ist, ohne Punkt ohne irgendetwas anderes, dann ist das natürlich eine schwere Kost. Es gibt in der Zwischenzeit ein paar Dinge, die sich möglicherweise versachlichen, aber trotzdem, was mich stört bei dieser Diskussion, ist der unterschwellige Vorwurf, dass alle Arbeitslosen Tachinierer und Sozialschmarotzer sind. Das tut mir sehr weh, denn mit 55 % der Arbeitslosenunterstützung netto kann ich als Familie nicht weit kommen, und dann kommt noch der Notstand, da kann ich noch weniger weit kommen. Also wer

glaubt, dass ich mir hier eine frohe Zukunft aufbaue mit dem Geld, der irrt, glaube ich, gewaltig; wer das kann, ist ein Lebenskünstler, aber ich rede nicht für die Lebenskünstler, ich rede für alle, die das nicht können und die da betroffen sind. Ich würde ja meinen, dass die Wirtschaft ein Feuerwerk von Ideen loslassen müsste, z.B. freiwillige Angebote machen an Menschen, die in eine Region ziehen wollen, aber nicht einfach zu sagen, ihr müsst dort hin, sondern einfach sagen, wir laden euch ein, das und das gibt es, diese Goodies geben wir euch, gutes Gehalt, billiges Wohnen, möglicherweise mit Familiennachzug, Kinderbetreuung und so weiter und so fort. Also das sind eben Dinge, die meiner Meinung nach wichtig sind. Und eines möchte ich abschließend noch sagen: Wir haben 81.000 freie Arbeitsplätze und über 430.000 Arbeitssuchende und mir kann keiner weismachen, dass es bei diesen über 430.000 Menschen keine Facharbeiterinnen und Facharbeiter gibt, die man hier und dort einladen könnte, dass sie in Berufe gehen können, wo es einen Facharbeiterinnen- und Facharbeitermangel gibt. Es kommt also darauf an, wie man das handhabt und da liegt der Schlüssel bei der Bundesregierung, und deswegen habe ich mich entschlossen, da haben wir uns entschlossen, einmal eine Petition aufzulegen. Ich weiß, dass die ÖVP das ja schon gebremst sieht, bei den anderen Parteien weiß ich es nicht, und der Petitionstext, übrigens den Text kann man dann ja noch genau nachlesen, ich habe ja nicht alles gesagt, lautet dann:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesminister Martin Kocher dazu auf, von den Plänen, die Rechte von arbeitssuchenden Menschen zu beschneiden, Abstand zu nehmen und hingegen den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes auf 70 % des zur Berechnung herangezogenen Netto-Einkommens zu erhöhen.

Wir könnten über das jetzt viel diskutieren und ich hoffe, dass wir künftig viel diskutieren, weil selbst wenn jetzt die Dringlichkeit abgelehnt werden sollte, heißt ja dies nicht, dass das Thema aus der Welt ist, da werden wir uns noch wundern. Und das war es schon, was ich euch sagen wollte. Danke für das Zuhören (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Covid-Zahlen in Österreich und der Steiermark gehen erfreulicherweise zurück. Gleichzeitig werden soziale Verwerfungen in der Bevölkerung sichtbar und gipfeln letztlich in der Frage, wer und wie die immensen Kosten trägt bzw. getragen werden. Die vielgepriesene Sozialpartnerschaft in Zeiten nach der Corona-Pandemie bekommt wieder Risse.

Die Bundeswirtschaftskammer reitet in letzter Zeit Attacken gegen arbeitslose KollegInnen, die unter dem Generalverdacht von „TachiniererInnen“ oder „SozialschmarotzerInnen“ gestellt werden. Etliche Wirtschaftskammer-SpitzenvertreterInnen meinen ernsthaft, nur mit harter Hand den Wünschen ihres Klientels nachkommen zu müssen:

Senkung der Arbeitslosenunterstützung auf 40 %, weg mit Zumutbarkeitsbestimmungen und dann Zwangsverschickung betroffener Menschen in Regionen, wo Arbeitskräftemangel herrscht (Stichwort: Tourismus). So wie dies jetzt in der Öffentlichkeit überkommt, wirken diese Vorschläge oder „Ideen“ des Wirtschaftsbundes wie Strafaktionen für Menschen, denen man unterstellt, sich nicht genug um Arbeit zu kümmern. Das ist unrichtig und unverschämt. Arbeitslosigkeit ist kein selbst gewähltes, individuelles Verschulden. Wer sie senken will, muss für Jobs sorgen und Anreize schaffen. Hinter jeder arbeitslosen Person steckt ein Schicksal. Drastisch niedrigeres Arbeitslosentgelt vergrößert die Armut im Land. Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Was soll also finanzieller Druck bewirken?

Fakt ist, dass mit 55 % (Höhe der Arbeitslosenunterstützung) nicht 100 % der laufenden Lebenshaltungskosten zu bestreiten sind. Miete, Strom, Essen, Bildung, Kleidung usw. müssen auch arbeitslose Menschen bezahlen. Ökonomen sagen in naher Zukunft empfindliche Teuerungswellen voraus. Das Ziel der Bundesregierung, in ihrer Funktionsperiode die Armut zu halbieren, bleibt da mehr als ambitioniert. Derzeit – dies weiß auch die Wirtschaftskammer sehr gut – sind beim AMS rund 81.000 offene Stellen in Gegensatz zu 430.000 Arbeitssuchenden. Das es da nicht ausreichend

FacharbeiterInnen gibt, ist bei diesen Zahlen von Arbeitssuchenden schwer vorstellbar. Wenn dem so ist, muss die Wirtschaftskammer an die Betriebe appellieren, beispielsweise mehr Lehrlinge auszubilden und die heurigen LAPs in der Steiermark in vielen Berufssparten wie ähnlich der Matura handzuhaben – und große Aktionen zu starten, um freiwillig Menschen in Regionen einzuladen, wo echter Arbeitskräftemangel herrscht. Dies mit „Goodies“ (gutes Gehalt, Kost und Logis, Familiennachzug, Kinderbetreuung...) und nicht in einer Art und Weise von ErntehelferInnen-Mentalität. Weil sonst könnte man ja auch umgekehrt einfordern, dass sich Firmen dort anzusiedeln haben, wo die Arbeitslosenquote entsprechend hoch ist.

Es bleibt notwendig, auch den ÖGB und die Arbeiterkammer miteinzuladen, um das Absacken in Massenarmut zu verhindern. Dies gilt auch für die politischen Verantwortungsträger der Stadt Graz.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesminister Martin Kocher dazu auf, von den Plänen, die Rechte von arbeitssuchenden Menschen zu beschneiden, Abstand zu nehmen und hingegen den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes auf 70 % des zur Berechnung herangezogenen Netto-Einkommens zu erhöhen.

GR Mag. (FH) **Egger:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen und Zuhörer im Livestream. Ich hätte alle Wetten gewonnen, dass es heute diesen Antrag geben wird. Ich bin sehr froh, dass es diesen Antrag gibt, weil es mir auch noch einmal

die Möglichkeit gibt, unsere Sichtweise darzustellen, und ich finde es ja wirklich spannend, und Kurt, du weißt, ich schätze dich, dass du aufrufst hier zu einer Versachlichung der Diskussion und dann lese ich im Motivenbericht die Wörter „Zwangsverschickung“, „Strafaktionen“, „Rechte beschneiden“. Also ich weiß nicht, wo hier die Sachlichkeit ist, die habe ich ein wenig vermisst. Und du hast auch ein paar Zahlen ausgeführt jetzt, nämlich, dass 80.000 Jobangebote zur Verfügung stehen und wir in einer Situation von 420.000 Arbeitssuchenden sind. Mittlerweile ist es so, dass viele Unternehmer ihre Jobangebote nicht mehr beim AMS melden. Diese 80.000 sind nämlich genau jene, die beim AMS ausgeschrieben sind, und wir können ganz locker die 80.000 mit dem Faktor 2,5 multiplizieren, damit sind wir schon bei 200.000 Jobangeboten, und wer mit offenen Augen durch das Leben geht und ab und zu, auch wenn es ganz gaga ist, mit einem Unternehmer spricht, mit vielen Unternehmen spricht, wird hören: Wir suchen Mitarbeiter, wir suchen nicht nur Fachkräfte, sondern wir suchen Arbeitskräfte insgesamt. Da ist oft die Voraussetzung nur: Ich will arbeiten. Und deine Unterstellung, dass wir alle Arbeitslosen als Tachinierer bezeichnen, ich weiß nicht, ob jemand meinen Zeitungsartikel am Sonntag gelesen hat, ich habe hier nirgendwo von einem Tachinierer gesprochen. Das wird nur von euch die ganze Zeit unterstellt, um dort einen Spin hineinzubekommen, der eigentlich dort nicht hingehört. Und bei all dem, was wir vorschlagen, gibt ein einziges Ziel, wir wollen Menschen in Beschäftigung bringen und nicht, dass sie von der Arbeitslosigkeit leben müssen. Wir wollen Menschen in Beschäftigung haben (*Appl.*).

Und dass man darüber nachdenken darf, wie wir das zustande bringen können, in einer guten Diskussion, das wird ja wohl noch erlaubt sein. Außerdem hat sich niemand mit dieser Idee beschäftigt. Wir wenden aktuell 6,1 Mrd. Euro dafür auf, das Arbeitslosengeld auszuzahlen, 6,1 Mrd. Euro. Unser Modell, das wir vorgeschlagen haben, kostet wahrscheinlich 6,3 bis 6,4 Mrd., also es wird mehr ausbezahlt, 80 % der Arbeitslosen sind spätestens nach sechs Monaten wieder in Beschäftigung, 80 %. Diese 80 %, oder zumindest ein großer Teil davon, ist nach zwei Monaten wieder in Beschäftigung, die würden sogar nicht 70 % Nettoersatzrate bekommen, sondern 75 %, weil wir wissen, dass es nicht einfach ist, mit so einer Situation dann umzugehen.

Und nur die Ideen wegzuwischen und zu sagen: „Bah, das kommt aus der Wirtschaft“, das ist kommunistisch (*Appl.*).

Arbeit ist sinnstiftend, ich bin wieder Teil der Gesellschaft, das muss insgesamt das Ziel sein. Und unter dem Aspekt sehen wir uns, und die geilste Formulierung, Entschuldigung für den Ausdruck, im Motivenbericht: „Weil sonst könnte man fordern, Firmen dort anzusiedeln, wo die Arbeitslosenquote hoch ist“. Ich weiß nicht, wer die großartige Idee gehabt hat, ich stelle mir das nur gerade vor, wie man das Hotel vom Wörthersee, Hotel plus See, nach Wien verpflanzt, weil dort sind Arbeitslosenquoten, und dann das umsetzt. Oder den Tiroler Berg, den man dann auf einmal in Wien aufstellt, weil wir dort Arbeitslose haben. Also so einen Blödsinn habe ich überhaupt noch nie gelesen. Danke (*Gelächter und Appl.*).

KO GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte KollegInnen im Gemeinderat, lieber Antragsteller, lieber Kurt, liebe ZuhörerInnen im Livestream. Manchmal muss man zahlen für Auftritte, hier bekommt man manchmal bezahlt für Auftritte (*Gelächter und Appl.*).

Bei aller Wertschätzung, aber ich hoffe, Kollege Kurt Egger, ich schätze dich auch, aber ich hoffe, dass ein paar Sachen von dir vielleicht ein bisschen mit Augenzwinkern zu sehen sind und nicht ganz ernst gemeint sind, obwohl es sehr schade ist, weil das Thema sehr ernst ist, weil Menschen in Arbeitslosigkeit zu haben, ist das Schlechteste und Schlimmste, das man haben kann als Gesellschaft. Und da bin ich beim Punkt Gesellschaft. Ich glaube, man ist immer Teil der Gesellschaft; dass Arbeit sinnstiftend ist und dass Arbeit wichtig ist und für die Selbstverwirklichung und, und, und, das ist alles ok, und das stimmt absolut, teile ich zu 100 %, aber Teil der Gesellschaft ist man hoffentlich immer (*Appl.*).

Und genau aus diesem Grund ist es, glaube ich, wichtig, dass wir eben Menschen, die eben kurzfristig oder das eine oder andere Mal leider längerfristig eben in keine Beschäftigung kommen können, welche Gründe auch immer dahinterliegen, weil da

bin ich auch beim Kurt, wie er es ausgeführt hat, du hast es selbst eigentlich auch so angesprochen, dass sehr viele Menschen oder so gut wie alle sich sehr bemühen, wieder in Arbeit zu kommen, weil es wird manchen halt nicht sehr leicht gemacht. Weil ich denke nur, wenn man im Alterssegment ab 50 aufwärts denkt, was eigentlich noch kein Alter ist, nachdem wir glücklicherweise alle älter werden zurzeit und die Alterspyramide eher in die andere Richtung deutet, dass wir eine hohe Lebenserwartung haben, da muss ich sagen, dann ist es schlimm, eigentlich ab dem Alter dann irgendwie abgestempelt zu sein oder schwer wieder in einen Job zu kommen, obwohl man gut ausgebildet ist, obwohl man langjährige Berufserfahrung hat und, und, und. Also das ist wirklich, wirklich ein Problem, um das wir uns kümmern müssen, und ich bin sehr froh, dass der Kurt das aufgenommen hat, heute das hier auch zur Dringlichkeit zu erheben. Wir in der Sozialdemokratie kümmern uns ja schon sehr lange um das Thema auf allen Ebenen, vor allem auch auf der Bundesebene, wo wir aber momentan leider mit diesen Forderungen abblitzen, mit der Erhöhung auf 70 % von 55 %, weil wir glauben auch, dass es eher nicht der Motivation förderlich ist und schon gar nicht dem Lebenserhalt, wenn man Arbeitslosengeld degressiv behandelt, auch wenn es zuerst mehr wäre. Aber durch die Abnahme wird dann die eigentliche persönliche Situation immer noch mehr verschärft und das wird dann nicht leichter, und man dann nicht den Kopf freier hat, um wieder eine Beschäftigung zu finden, sondern man hat noch mehr Probleme als vorher, und wenn Menschen heute mit einem „normalen Durchschnittseinkommen“ sich schon ganz schwer tun, so wie wir heute schon gehört haben, vor allem jetzt durch die Pandemiesituation auch, dann frage ich mich, wie das besser werden soll, wenn ich den Leuten noch mehr Druck gebe und das noch mehr entziehe und das Geld noch mehr kürze, dann ist das schon eine Art Bestrafung für mich. So quasi, du hast es nicht geschafft und jetzt wird dir dafür das Geld gekürzt, also das sehe ich auch nicht, dass das ein gutes und probates Mittel ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen in dem Sinn, daher werden wir natürlich der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, zu dem wird es leider nicht kommen, aber natürlich auch inhaltlich zustimmen.

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream und lieber Antragsteller, gut, dass du den Antrag einbringst, denn es sind in letzter Zeit tatsächlich Vorstöße in die Richtung gekommen, das Arbeitslosengeld zu senken. Ich kann dich da aber jetzt im Namen unserer Bundespartei beruhigen, solange die Grünen in der Bundesregierung sind, wird das nicht passieren. Wir haben das in den Koalitionsverhandlungen der ÖVP sehr klar gesagt und der Sozialsprecher, der Markus Koza, hat es auch letztens gerade wieder öffentlich gesagt und ich sage es hier und heute, also mit den Grünen wird es definitiv keine Senkung des Arbeitslosengeldes geben. Wir setzen uns, gleich wie ihr, auch für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ein. Was zumindest gelungen ist, war, dass es die Einmalzahlungen gab. Mir ist klar, das ist zu wenig, weil eben, das ist das Zitat, das du auch heute genannt hast, aber ich finde es einfach sehr, sehr treffend und richtig, von 55 % des Einkommens kann man nicht 100 % der Kosten bezahlen, die ja alle Menschen nach wie vor haben, sei es Wohnen, sei es Kleidung, sei es eben die Kinder, die kosten usw. Zum Kollegen Egger, im Zeitungsartikel in der Kleinen Zeitung, die ich mir vorher auch noch einmal angeschaut habe, beschwerst du dich auch darüber, dass die Zumutbarkeitsgrenzen seit 15 Jahren nicht angepasst wurden, und das irritiert mich doch ein bisschen. Weil das ist ja jetzt nicht wie ein finanzieller Beitrag, den man irgendwie an die Inflation anpassen muss, sondern da geht es letztendlich um das, was Menschen zumutbar ist, und ich glaube nicht, dass sich das jetzt geändert hat in den letzten Jahren, sondern da geht es einfach darum, dass Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen auch Arbeit annehmen sollen können. Und da sind wir ja bei unserem gemeinsamen Anliegen, wir alle wollen natürlich, dass diese offenen Stellen auch von Menschen besetzt werden, die diese Arbeit dann gerne und gut machen, das ist uns allen klar, nur, ich glaube, wir sind da halt grundsätzlich anderer Auffassung, wie man das erreichen soll. Und wir stehen auch ganz klar dafür, bestimmte Arbeiten werden einfach besser entlohnt werden müssen. Die Arbeitsbedingungen werden einfach besser werden müssen, wenn man Menschen für diese Arbeiten finden muss, und man kann jetzt nicht Leute, die es eh schon schwer

haben, schikanieren, also das ist ganz sicher der falsche Weg. Und du hast dich ja vorher dagegen verwehrt, dass du alle Menschen so als Leistungsverweigerer oder Tachinierer oder so abstempeln möchtest, die Arbeit suchen. Aber ich habe schon den Eindruck, dass da immer wieder zwei ganz unterschiedliche Menschenbilder einerseits in der Debatte vorhanden sind und auch zwei unterschiedliche Arbeitsbegriffe. Das eine ist nämlich auch, sogenannte arbeitslose Menschen verrichten tagtäglich wertvolle Arbeiten, es ist halt keine Erwerbsarbeit im engeren Sinn, aber die Menschen kümmern sich um ihre Kinder, pflegen Angehörige, bringen sich ehrenamtlich ein. Es gibt so viele Dinge, die Menschen tagtäglich in unserer Gesellschaft leisten und das muss auch einmal anerkannt und gesehen werden und da nicht so getan werden, als ob die Menschen nichts tun würden, weil das stimmt einfach nicht (*Appl.*).

Und das andere eben mit dem Menschenbild, also ich habe schon das Gefühl, dass das immer wieder vorherrschend ist dieses Bild von den Leistungsverweigerern, die sich ausruhen wollen. Weil anders ist das ja nicht erklärbar, warum ihr Langzeitarbeitslose in eine Situation drängen wollt, wo die halt einfach nicht mehr leben können von dem, was sie an Arbeitslosengeld beziehen und das ist doch keine Situation, die irgendjemand wollen kann. Und ich werde halt den Eindruck nicht los, dass solche Anschauungen ganz oft von Menschen vertreten werden, die halt selber nie in dieser Situation waren, die selber nie von Armut betroffen waren, die nicht von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren oder die nicht im Sozialbereich gearbeitet haben, so wie ich lange, wo ich mit ganz vielen Menschen geredet habe. Und so wie du gerade vorher dem Antragsteller empfohlen hast, vielleicht öfter mit Unternehmen zu reden, möchte ich dir empfehlen, rede vielleicht öfter einmal mit Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, hör dir deren Schicksal an, hör dir deren Lebenssituation an, und ich glaube, dann würdest du das anders sehen und dann würde dir klar werden, dass die Forderungen, die du immer wieder erhebst, hochgradig zynisch sind, gerade nach der Corona-Krise so ganz viele Menschen in Existenzängsten leben und nicht wissen, wie es weitergeht (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Arbeitslos zu sein, ist ganz sicher eine schreckliche Situation, und ich glaube, vor allem in Zeiten wie diesen sind da wesentlich mehr Leute betroffen, als es sonst der Fall ist. Wir haben auch auf Bundesebene so ein Anliegen gefordert, ist leider von den regierenden Parteien, also von Schwarz-grün ja nicht angenommen worden, nichtsdestotrotz werden wir das auch in Graz unterstützen, wir werden nicht nur der Dringlichkeit zustimmen, sondern auch dem Antrag, und ja, es waren einige Redner vor mir schon am Wort und jeder hat einiges Richtige gesagt. Man muss ja auf der einen Seite mit Unternehmen reden, die Unternehmer haben natürlich eine Sicht auf die Dinge, die auch richtig ist, aber es gibt da genug Arbeitslose und Menschen, wo sich die Situation dem schuldet, dass sie keine Arbeit und keine Beschäftigung momentan finden. Und ich glaube, vor allem jetzt ist es einmal an der Zeit, dafür zu sorgen, dass die Menschen jetzt keine Existenzangst haben müssen, dass sie einfach mit dem, was sie an Geldleistungen bekommen, auch auskommen und momentan einmal leben können. Weil eines ist ganz klar, die Wirtschaft, da bin ich mir ganz sicher, wird sich nicht so schnell erholen, wenn wir es jetzt geschafft haben, dass wir sie niederfahren und wir müssen den Wirtschaftstreibenden jetzt noch ein bisschen Zeit geben, und ich bin auch überzeugt, dass die Wirtschaftstreibenden auch bemüht sind und auch wieder Gas geben werden. Aber ich glaube, die betroffenen Bürger brauchen jetzt einfach einmal Zeit und die Sicherheit, dass nächste Zeit für sie jetzt nicht zum Albtraum wird. Danke (*Appl.*).

GR **Luttenberger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin doch erstaunt, weil ich habe ja zwei Varianten meiner Wortmeldung vorbereitet, die Titanic-Wortmeldung, wo ich absaufe, und jetzt sozusagen fährt das Schiff ja doch irgendwie weiter. Ich bedanke mich für alle Wortmeldungen, zum Kurt 2 sei noch repliziert, der Kurt 1 ist der Stadtrat Hohensinner, der Kurt 2 bis du, lieber Kollege Egger, der Kurt 3 bin ich. Ich weiß nicht,

gibt es noch einen Kurt? Der kann sich dann anreihen. Also, dass die Zuspitzung, da habe ich einen Lehrmeister, und dieser Lehrmeister heißt manchmal schon Kurt Egger. Also ich muss sagen, du hast z.B. jetzt gesagt, und das finde ich sehr wichtig, dass du Arbeitslose für keine Arbeitsverweigerer, ich sage es jetzt einmal vorsichtig, hältst, sondern für bedauernswerte Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, das muss ich mir merken. Und das Zweite ist, ich meine, ich hätte ja etwas falsch gemacht, wenn ich nicht zugespitzt hätte und du wärst herausmarschiert und hättest gesagt: Ich bin so begeistert von dir, wir werden das gleich in das Programm von der Wirtschaftskammer aufnehmen, da hätte ich ja irgendwas falsch gemacht, würde ich meinen. Also ich lasse es jetzt gut sein, über den Inhalt habe ich auch einiges gesagt, ihr könnt alles im Motiventext nachlesen, und schreiten wir in unsere Abstimmung. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm. Mag. Nagl:

Ich möchte vielleicht auch noch einen wichtigen Unterschied erklären, den manche wahrscheinlich nicht verstehen wollen, und der kommt, ganz wichtig, aus der christlichen Soziallehre und ist einer der wichtigsten Grundsätze unserer täglichen Arbeit als Volkspartei. Wir versuchen, Menschen in Beschäftigung zu bringen, und Kurt Egger hat etwas ganz Wichtiges gesagt, nicht so abwertend, dann gehört sie zur Gesellschaft oder sonstwie, sondern diese Menschen haben, wenn sie Beschäftigung wieder haben, persönlich das Gefühl, dass sie wieder zur Gesellschaft gehören. Wir schließen niemanden aus, und dieses Missverständnis gehört einmal ganz, ganz schnell ausgeräumt. Die zweite Geschichte ist, dass wir eben davon ausgehen, dass wir alles tun sollten und uns einmal auch die Milliarden anschauen sollten, die für Arbeitslosengeld aufgewendet werden, um vielleicht ein neues Modell zu finden, wo man auch wieder Gemeinschaft mit jenen Menschen, die für Beschäftigung sorgen,

und das sind und bleiben die Unternehmerinnen und Unternehmer dieses Landes, eine Modell entwickeln, wo vielleicht auch der Staat dazuzahlt und der Unternehmer all diese Menschen versucht, auch wieder in Beschäftigung zu bringen. Und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, dass wir das sagen, nur die Erhöhung von Arbeitslosengeld und Menschen dauerhaft unter Umständen zu sagen, bekommst eh ein Geld und das passt schon. Mit dem werden sie nie das Auslangen finden und das ist für mich so ein wichtiger Punkt (*Appl.*).

8.5 Freiheit für die Gastronomie, den Sport, den Tourismus, für Dienstleister und die Kultur – sofortige Abänderung der Öffnungsverordnung (KO GR Mag. Armin Sippel, MPA, FPÖ)

KO GR Mag. **Sippel:**

Danke, Herr Bürgermeister, nach deinem Exkurs in das christliche Soziale, werde ich ganz kurz mit grüß Gott auch alle einmal begrüßen. Zu meinem dringlichen Antrag, der sich um wahrscheinlich das Nummer-Eins-Thema aktuell auch dreht, die Öffnungen, die Öffnungsschritte die gestern auch gesetzt worden sind, ob es jetzt tatsächlich Öffnungen sind, das kann jeder, denke ich, doch für sich selbst auch beurteilen. Überspitzt formuliert: Weit haben wir es gebracht. Mittlerweile ist es einfacher für Migranten, in Österreich einzuwandern als für die heimischen Bürger, ins Wirtshaus zu gehen. Und ich frage schon, was hat das mit der urigen österreichischen Gastlichkeit zu tun, wenn jetzt Gastronomen gezwungen werden, Vorzimmer-Sheriff zu spielen und vor dem Aushändigen der Speisekarte quasi eine kleine Gesundenuntersuchung an ihren Gästen durchführen müssen mit Staberl in der Nase etc. Und mit dieser Öffnungsverordnung des Gesundheitsministers wurde Österreich wieder zur europaweiten Nummer 1 in Sachen Verwaltungsaufwand und Bürokratiewahnsinn gemacht. Übrigens, diesen Titel, den haben wir schon einmal gehabt, das ist ungefähr 150 Jahre her, damals waren wir auch schon Bürokratieweltmeister, in dieser Zeit, und du, lieber Herr Historikerkollege Krotzer, wirst mir Recht geben, diese Zeit hat man

damals Absolutismus im Übrigen genannt. Wie Öffnung nämlich auch funktionieren kann, da gibt es europaweit Beispiele. Italien wäre z.B. so ein Land, das man nennen könnte, neben vielen anderen auch, die zeigen, wie das gehen kann. Dort ist man weit davon entfernt, dass man mit einer Dokumentenmappe auf einen Kaffee gehen muss und ich glaube, Italien ist durchaus nicht bekannt als sonderlich risikoreiches Land, wenn es darum geht, mit dieser Krise umzugehen. Und das ist etwas, wo man den Regierenden in unserem Land schon vorhalten muss, dass es hier an Hausverstand fehlt, weil es hätten einige Sicherheits- und Hygienekonzepte das auch getan. Und besonders absurd, und wir sind ja jetzt im Sportjahr 2021, wird es dann, wenn bei manchen Sportarten, und ich rede jetzt hier vom Außensport, vom Outdoor-Sport, wenn es dort seit gestern notwendig ist, diese 3 Gs auch einzuhalten, nämlich getestet zu sein, geimpft zu sein oder genesen zu sein. Und das hat seit 2. Mai 2020 perfekt funktioniert, ob das jetzt beim Tennissport war, beim Golfsport war, beim Bogensport war, beim Kartsport war. Seit gestern darf ich nicht einmal mehr aus dem Auto aussteigen am Parkplatz, ohne dass ich meine Maske oben haben muss, dann muss ich ins Sekretariat gehen, wenn ich ein paar Bälle abschlagen will oder ein paar Pfeile schießen will und muss mich dort registrieren, ein enormer Registrierungsaufwand, muss mein Attest herzeigen, also das ist ja alles nur mehr absurd, was hier passiert. Im Übrigen das für mich wichtigste G in der ganzen Angelegenheit ist übrigens das G, das für Gesundheit steht (*Appl.*).

Das möchte in der Sache auch einmal sagen, das haben wir hier ein bisschen leider aus den Augen verloren, aber sei es drum, und muss man wahrscheinlich erwarten, dass es bald so sein wird, dass, wenn wir auf den Schöckl hinaufgehen wollen, dann auch bald einen Impfnachweis bringen müssen, und das zeigt doch, wie absurd das Ganze ist und dass das nicht ganz aus der Welt ist, was ich hier auch von mir gebe, ist, die Schauspielerin Eva Herzig hat es heute gesagt, man kann nicht einmal mehr auf das Set gehen, man kann nicht einmal mehr als Schauspieler fungieren und bei einem Film mitmachen, ohne dass jetzt eine Impfung erforderlich ist. Also der Impfzwang in manchen Bereichen ist bereits leider Gottes Realität. Und deshalb hören wir auf mit diesem Wahnsinn, erleichtern wir auch unsere Gastronomen, geben wir ihnen die

Freiheit, geben wir den Menschen, die am öffentlichen Leben teilhaben wollen, die Freiheit zurück. Ich glaube, es gibt genug Beispiele, die das auch zeigen in Europa, wie es gehen könnte, und ich glaube, da sollten wir uns tatsächlich ein Vorbild nehmen, denn sonst müsste man ja fast sagen, der einzige Test, der ja langsam wirklich notwendig ist, ist ein IQ-Test für die gesamte Österreichische Bundesregierung, und bei diesen Maßnahmen weiß ich nicht, ob der sonderlich positiv ausgehen wird (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Eine freie Gesellschaft braucht einen freien Zugang ins öffentliche Leben für alle. Deshalb „Nein“ zu diesem Bürokratie-Wahnsinn, diesem Datenschutz-Supergau, der Beweislastumkehr für Gesunde und zur Spaltung der Gesellschaft.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird am Petitionswege aufgefordert, unverzüglich von den Zugangsbeschränkungen für das öffentliche Leben durch Impf- und Testnachweise, Gesundheitsatteste, Registrierungspflichten sowie einem „Grünen Pass“ abzusehen und die Öffnungsverordnung entsprechend zu adaptieren.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

KO GR **Dreiebner:**

Werter Herr Vorsitzender und Vizebürgermeister bzw. Parteivorsitzender dieser Fraktion, die hier den Antrag einbringt, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Antragsteller, sehr geehrte Damen und Herren, die das hoffentlich verfolgen. Ich bin ganz ehrlich überrascht, dass wir hier, ohne dass der Herr Vorsitzende darauf in irgendeiner Form reagiert, Herr Bürgermeister hat den Saal ja leider verlassen, der Bundesregierung einen IQ-Test mehr oder weniger verordnen oder anordnen will, aber wir sind es schon gewohnt vom Kollegen Sippel, dass er es mit Anstand, und offenbar auch mit Abstand, das eine im zwischenmenschlichen und moralischen Sinn, im Umgang und in der Kommunikation, und das andere, was die Pandemie betrifft, nicht so sehr hat. Ich sage ganz offen, wenn ich den Satz lese, eine freie Gesellschaft braucht einen freien Zugang ins öffentliche Leben für alle, und wenn ich dann das alles mir anhören musste, was Armin Sippel hier von sich gegeben hat, dann sollte man einmal wirklich einen Grundkurs in Sachen Freiheit in Gesellschaften, Freiheiten in Gemeinschaften, und ich sage bewusst Gemeinschaften, besuchen, denn es kann nicht angehen, dass es einige gibt, die meinen, dass ihre Freiheit über das geht, was für andere Menschen schwere Krankheit und manchmal auch den Tod bedeutet. Und ja, wir freuen uns alle darauf, wenn diese Pandemie so weit unter Kontrolle ist, so weit besiegt ist, wenn die Durchimpfung so weit gelungen ist, aber auch das will ja die Fraktion des Herrn Antragsteller offenbar nicht, dass wir das alles nicht mehr brauchen, was Kollege Sippel hier bejammert. Wir können natürlich einen Weg gehen, und das ist wie ohne Seil Bungeejumping zu üben und ab sofort mit allen diesen Dingen aufhören, mit den Eintrittstests, mit den Nachweisen genesen zu sein oder geimpft zu sein. Nur dann wird genau das wieder für alle nicht mehr möglich sein, das seit gestern für alle möglich ist, und die Hoffnung besteht ja darin, dass diese Phase eine kurze ist, wo diese 3 G nachgewiesen werden müssen, wo dann europaweit, EU-weit der Grüne Pass kommen wird, wo das Reisen und alle Aktivitäten wieder möglich sind. Das soll unter Datenschutzgrundlagen und Kriterien natürlich passieren. Das ist die Verantwortung der Regierung und der EU ...

*Zwischenruf GR DI **Sickl**: Ihr wart immer für Datenschutz. Du bist ein Heuchler!*

KO GR Dreisiebner:

... dass ich ein Heuchler bin, lässt der Herr Vorsitzende wieder unkommentiert stehen. Ich rede über einen Grünen Pass, der mit den menschenrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen ...

*Zwischenruf GR DI **Sickl** unverständlich.*

KO GR Dreisiebner:

... du kannst dich eh zu Wort melden.

... der mit diesen vereinbar ist. Und ich rede darüber, dass eine Gesellschaft, eine Gemeinschaft sich um die Schwächeren am meisten und als Erstes kümmern soll, und nicht darum kümmern soll, was ich, in einem gewissen Egoismus, in einem getriebenen Ich-will-das-machen ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Klubobmann, zum Ende kommen.*

KO GR Dreisiebner:

... sich gerade so einbildet. Mir tut es leid, dass das hier diskutiert werden muss, mir tut es leid, dass wir in Graz seit 15 Monaten mit einem sehr guten, hervorragenden Krisenstab arbeiten müssen. Ich danke an dieser Stelle allen Leuten, die in diesem Krisenstab arbeiten. Ich danke auch dem Gesundheitsamt und der Gesundheitsamtsleiterin, und ich muss ganz ehrlich sagen, ich verstehe nicht, dass ihr oder der Regierungskollege eurer Fraktion da auf der einen Seite dabeisitzt und dann

wiederum solche Anträge daherkommen, die eigentlich das Menschenrecht auf Gesundheit und Unversehrtheit mit Füßen treten. Danke (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer im Livestream. In einer Ehe oder Partnerschaft ist man auch nicht immer derselben Meinung, doch wenn man eine glückliche Ehe oder Partnerschaft führen darf, dann kann man sich auch auf Augenhöhe begegnen und kann die unterschiedlichen Meinungen mit weniger Emotion ausdiskutieren, und das versuche ich jetzt. Wir sind mit unserem Regierungspartner dahingehend nicht derselben Meinung und werden dieser Dringlichkeit auch nicht stattgeben. Und jeder hier im Saal, der vor gut über einem Jahr aufgefordert worden wäre, jetzt Maßnahmen zu ergreifen und sich traut zu sagen, was jetzt die richtige Strategie ist, der kann sich heute noch melden und sagen, wie es besser gegangen wäre oder wie es jetzt zukünftig besser gehen wird. Ich kann hier an dieser Stelle nur sagen, man darf mit der Gesundheit, und Gott sei Dank hat mein Klubobmann-Kollege das vierte G auch erwähnt, nämlich die Gesundheit ist das wichtigste Gut in unserem Leben, ob wir jetzt Arbeit haben oder nicht, wichtig ist, dass wir gesund sind, und von daher kann ich nur in Erinnerung rufen, wir zu Beginn, wo keiner wusste, wo uns diese Pandemie hinführt, wir in den Krankhäusern Alarmstufe Rot hatten, weil wir nicht wussten, was auf einen zukommt und über viele Monate nur durch Testen, Lockdowns, Tests, Impfstrategie, diese Situation, und von der wissen wir aufgrund der positiv entwickelten Zahlen, in den Griff zu bekommen war. Dass es einzelne Branchen gibt, die noch immer nicht arbeiten dürfen, und da muss ich mich auch dazuzählen in der Veranstaltungsbranche, viele von meinen Bekannten möchten gerne eine große Hochzeit feiern, ist derzeit auch noch nicht möglich. Es ist uns bewusst, dass noch viele Bereiche eingeschränkt sind, obwohl seit gestern auch viele Bereiche wieder geöffnet sind. Und sind wir uns ehrlich, was ist schlimmer, als wenn ich mit einem Testergebnis halt jetzt in der Gastronomie mich hinsetzen darf und nach vielen Monaten wieder ein Gläschen

genießen darf, ob es jetzt ein Kaffee ist oder ein frisch angezapftes Bier, wie man vom Klubobmann Ehmman vernommen hat, dass auch er das genossen hat. Und von daher möchte ich bitten, dass die Zugänge, die wir haben, teilweise respektiert werden, auch wenn es uns schwer fällt, und wir eben im Hinblick auf die Gesundheit und dass wenn wir weiterhin die Verordnungen achten, die man uns noch auferlegt, einhalten, dass wir im kommenden Jahr wieder einen Alltag verbringen dürfen, wie wir ihn gewohnt waren. Dankeschön für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen im Livestream und lieber Antragsteller Armin. Ich denke mir oder wir denken uns wirklich, Freigesellschaft zeichnet sich, glaube ich, auch vor allem dadurch aus, dass sie sich auch, wenn es notwendig ist, die Freiheit herausnimmt, den Schutz von Menschen zu ihrer obersten Handlungsmaxime zu machen. In dem Fall das erwähnte vierte G, die Gesundheit, und ich glaube, dass wir trefflich über viele Maßnahmen oder Verordnungen und Ordnungswege, wie sie zustande gekommen sind oder wie sie dann in der Ausführung gelebt wurden, dass man hier trefflich debattieren kann, und dass man vieles besser machen kann und dass einiges funktioniert hat und einiges nicht, da gibt es auch unterschiedliche Zugänge und Meinungen. Aber ich glaube, letztendlich geht es tatsächlich darum, die Gesundheit als oberstes Ziel hier zu nennen und auch natürlich rücksichtsvoll mit unseren Bürgerinnen und Bürgern hier umzugehen. Und ich denke mir, wenn wir, oder natürlich wäre es unser Recht als die, die vielleicht schon geimpft sind oder die die momentan negativ getestet sind oder die die Krankheit schon gehabt haben, oder vielleicht auch die Kreativen, die noch immer glauben, dass das vom Soros und vom Obama, und was weiß ich was alles, künstlich erzeugt wurde, also selbst die, die Aluhutträger, wie sie oft benannt werden, also wir alle wünschen uns eigentlich, dass es so ist wie vorher und dass es eigentlich eine Normalität geben sollte. Aber ich fürchte nur, dass wir noch eine Zeit lang so begleitet werden, wie es jetzt

eben momentan ist, und ich glaube, dass das auf Zukunft hin schon durchaus abbaubar ist, nämlich im Sinne dessen, dass über ein Viertel der Bevölkerung, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, schon geimpft ist, über ein Viertel der Bevölkerung schon genesen ist und noch bis Herbst die Durchimpfung steigen wird. Also dann werden wir vielleicht diese ominöse Herdenimmunität, von der oft gesprochen wird, im Bereich von 70 % doch erreichen und dann auf Sicht wird es wahrscheinlich sogar gehen, dass wir zu so einer Normalität wieder kommen und das Virus hier dann quasi in dieser Form abgeschwächt wird oder ist, und dann keine Lockdowns und keine Testungen und was auch immer dann auch notwendig sein werden. Also da sehe ich wirklich optimistisch in die Zukunft, aber ich fürchte, dass das doch noch eine Zeit lang so sein muss, ob das, wie gesagt, alles immer so gut funktioniert, da gebe ich dir Recht, das ist sicher nicht der Fall. Aber ich sehe diese Alternative auch nicht, dass man jetzt sagt, wir tun jetzt gar nichts mehr und kümmern uns nicht mehr, weil da, fürchte ich, wären wir dann wieder genau bei dem Punkt, wo wir in Lockdowns gehen müssten, und das wäre, glaube ich, das Schlimmste für alle Betroffenen, sei es in der Wirtschaft, sei es ArbeitnehmerInnen, sei es PensionistInnen oder auch SeniorInnen, die in den Pflegeheimen oftmals keinen Besuch empfangen konnten und sozial verarmt sind quasi. Also ich glaube, dass das ja auch ein Punkt ist in der Psyche, wo wir noch einiges aufzuarbeiten haben werden und das, was sicher noch nicht überstanden ist, aber daher, glaube ich, wäre das nicht der richtige Weg, der hier vorgeschlagen wird und deshalb werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt nicht zustimmen (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Stadtregierung, werter Herr Antragsteller. Ich wollte mich hier eigentlich gar nicht groß zu Wort melden, aber jetzt muss ich irgendwie doch ein paar Worte auch aus der Perspektive des Gesundheitsamtes sagen und ich kann für mich nicht in Anspruch nehmen, Mediziner zu sein, das bin ich bekanntlich nicht, ich kann für mich auch nicht in Anspruch nehmen, trotz absolvierter Handelsakademie besonders gut in Mathematik zu sein,

allerdings glaube ich, dass die letzten 15 Monate uns allen doch eine sehr gute Nachhilfe gewesen sind im Hinblick auf exponentielles Wachstum und was das bedeutet. Und ich möchte kurz daran erinnern, weil ich glaube, viele von uns das gar nicht so wirklich im Kopf haben, die Relationen 2020 und was wir heuer für eine Situation haben. Wir haben im Mai 2020, wenn ich es ganz richtig im Kopf habe, waren es, glaube ich, im ganzen Monat Mai fünf positive Covid-Fälle, die wir in der Stadt Graz hatten, in einem ganzen Monat. Das verglichen mit der Situation, die wir dann im Herbst 2020 gehabt haben, also wir haben auch in der ersten Welle, in der gesamten ersten Welle, ich glaube, etwa bei den 200 positiven Fällen zwischen März und April oder Mai/Juni, das war die Situation, die wir im Frühjahr 2020 hatten, und wir haben alle den Herbst 2020 erlebt, auch die Tatsache, dass man sehr lange weitgehend unkontrolliert zugeschaut hat, wie die Entwicklung ihren Lauf nimmt und wir haben dann im Oktober/November Tage gehabt, da haben wir 200, 220, 250 Fälle gehabt. Und ich weiß auch natürlich aus der Rücksprache mit sowohl den Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsamt als auch in den Pflegeheimen, in den Krankenhäusern, was das dort bedeutet, eben diese nicht mehr oder fast nicht mehr zu kontrollieren, wie sich das Virus verbreitet in der gesamten Gesellschaft und von daher müssen wir irgendwie schon auch in Betracht ziehen, dass wir uns im Jahr 2021 auf einem ganz anderen Plateau bewegen, als das im Jahr 2020 der Fall gewesen ist. Und vor diesem Hintergrund muss ich ganz einfach sagen, ja, manche Dinge mögen unangenehm sein, das mag lästig sein, dass man, wenn man einen Gastgarten vor sich sieht, nicht einfach Platz nehmen kann. Aber wir werden das noch eine Zeit lang in Kauf nehmen müssen vor dem Hintergrund der Frage, was ist denn die Alternative dazu? Die Alternative, Michi Ehmann hat es auch schon angesprochen, die Alternative ist eine Dauerschleife, die immer wieder dazu führt, dass wieder zugesperrt werden muss, dass es weitere Einschränkungen gibt. Diese Einschränkungen passieren ja nicht grundlos, sondern weil wir eben wieder an die Belastungsgrenze, an die Kapazitätengrenze in den Spitälern und überall dort kommen, und vor diesem Hintergrund ist natürlich, glaube ich, wenig überraschend, dass die KPÖ diesem Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen wird (*Appl.*).

KO GR Mag. **Sippel:**

Ich sage einmal danke für die Wortmeldungen. Alternative ist wahrscheinlich auch das Stichwort. Wir glauben eben nicht, dass es alternativlos, ist was hier als Eröffnungsverordnung verkauft worden ist. Es gibt andere Beispiele, ich habe sie skizziert, wie man es auch machen kann, und es bestreitet ja niemand, dass Corona auch diese Folgen, diese teilweise schrecklichen Folgen, auch gehabt hat, um diese Frage geht es hier ja gar nicht. Also das ist wieder der Versuch, hier sozusagen mit der Angstmache zu arbeiten, sondern wir sagen einfach, es gibt auch andere Wege, die man gehen kann, um wieder zur Normalität zu finden. Und weil du, lieber Karl Dreisiebner, den Grünen Pass erwähnt hast, und genau um das geht es. Vielleicht nur ganz kurz zur Dani: Es wird keiner ein Problem haben, wenn wir sicher sein könnten, dass das ein paar Tage oder ein paar Wochen jetzt anhalten würde, dass man sich halt irgendwo auch mit einem Test versieht oder mit einem Impfnachweis, um in die Gastronomie zu können. Es geht schon auch darum, und davor möchte ich warnen und hier auch dieses Signal ausschicken, was machen wir aus diesen Mechanismen, die hier langsam auch zur Normalität übergeführt werden? Und der Grüne Pass ist ein gutes Stichwort, lieber Karl Dreisiebner. Das ist ein riesiges Datensammelprojekt der Europäischen Union, und es wundert ja nicht, dass eine Institution wie die Europäische Union, die auch das Bargeld abschaffen will, jetzt daran arbeitet, den gläsernen Menschen zu erschaffen. Ja selbstverständlich, wenn euer Gesundheitsminister Mückstein hergeht und sagt: Naja, es geht jetzt nicht nur darum, mit diesem Grünen Pass nachweisen zu können in digitaler Art und Weise, dass der getestet oder geimpft oder genesen ist, sondern es geht auch darum, andere Daten, Sozialdaten, Versicherungsdaten, beispielsweise ob jemand arbeitslos war oder nicht, hineinfließen zu lassen, und das ist etwas, was uns als freiheitlicher Partei Sorge bereitet, wenn hier der gläserne Mensch geschaffen wird. Und vielleicht hast du es und auch die Frau Möchte-Gern-Bürgermeisterin Schwentner nicht ganz verstanden, dass Grüner Pass ein Projekt ist, um dem totalitären Überwachungsstaat quasi Tür und Tor zu öffnen, und dass es eben nicht nur die von oben verordnete Zwangsmitgliedschaft in der Grünen Partei ist, weil das könnte man ja glauben, dass ihr das vielleicht annehmt,

dass es sowas ist. Nein, das ist eine gefährliche Entwicklung, die auch hier Platz greift und vor der gilt es einfach aus freiheitlicher Sicht zu warnen. Und vielleicht auch für die Zuseher, was würde das bedeuten, dass eben in dem Moment, wo ich meinen Grünen Pass auch vorweise, wenn jeder sofort weiß, wie es um mich bestellt ist, wie es gesundheitlich um mich steht, wie es sozial um mich steht, und diese Experimente gibt es ja schon. China, nicht gerade bekannt als freies Land, die haben diesen Sozialpass ja schon, wo man genau ablesen kann, wie jemand auch biografisch, wie jemand in der Lebensstellung aufgestellt ist und der bekommt dann eben nicht mehr Zutritt in alle Bereiche des öffentlichen Lebens, und davor warnen wir, dass hier quasi ein Experiment gestartet wird, das dann sukzessive quasi den gläsernen Menschen erzeugt. Und ich hätte mir halt gewünscht, auch in einer Menschenrechtsstadt Graz, wir feiern jetzt 20 Jahre Menschenrechtsstadt Graz, dass man über diese Themen auch einmal diskutiert, beispielweise auch im Menschenrechtsbeirat, was das bedeutet, wenn in Zukunft sozusagen an der Schwelle in die öffentlichen Räume, wie Sportstätten oder Gastronomie, es dann heißt, du darfst hier nicht hinein, du darfst nicht teilhaben am öffentlichen Leben, weil deine Vita sozusagen nicht in das Konzept passt, das von euch hier auch ausgeheckt wird. Und das sind einfach Punkte, die wir diskutiert haben wollen. Ich freue mich, dass heute schon Ansätze zu so einer Diskussion passiert sind, das hat nichts mehr per se mit Corona und der Schrecklichkeit von Corona zu tun, sondern das sind wirklich die Post-Corona-Entwicklungen, vor denen es einfach zu warnen gilt (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, ein Satz dazu, weil der Herr Klubobmann Dreisiebner sich hier ja wieder generiert hat als Held aller. Es hat der Herr Bürgermeister heute schon in einem anderen Zusammenhang gebracht, nämlich mit quasi Brandstifter und Biedermann. Es waren doch die sehr erfolglosen Gesundheitsminister, es sind ja derer zwei, der Grünen, die dafür gesorgt haben, dass wir in diese Chaos geschlittert sind, das heißt, den Brand gelegt haben und jetzt generieren wir uns als Helden, dass wir

löschen. Also das ist durchschaubar und das ist auch von den Menschen nicht nachvollziehbar, aber durchschaubar, und das wird auch euch nicht guttun und das ist auch gut so. Das als Abschlusssatz dazu (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir kommen zu den nächsten dringlichen Anträgen. Nachdem es thematische Überschneidungen gibt, nämlich beim Antrag der Grünen, sprich vom Klubobmann Karl Dreisiebner, und vom Antrag von Gemeinderat Robosch, wo es um das Skaten geht, ziehen wir diese beiden Anträge zusammen und ich darf die beiden Antragsteller bitten herauszukommen und ihren dringlichen Antrag einzubringen. Es gilt natürlich auch daher die doppelte Redezeit.

8.6 Skaten am Lendplatz und Kaiser-Josef-Platz ermöglichen (KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)

KO GR **Dreisiebner:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender. Skaten ist nicht nur ein Sport, ein sehr beliebtes sich Bewegen von immer mehr Menschen nicht nur in Graz, sondern in vielen, vielen Städten und Orten Österreichs und ich denke, wohl auch darüber hinaus. Skaten ist auch ein Sport, der dieses Jahr, so die Olympischen Spiele stattfinden, das erste Mal als olympische Disziplin durchgeführt werden soll bzw. als Wettbewerb entschieden werden soll. Wir in Graz, wir sehen jetzt gerade am Hauptplatz, dass wir uns auf eine erste große Sportveranstaltung in etwa einer Woche einige Tage lang vorbereiten können. Das sind die positiven Ereignisse einer sich abschwächenden Situation mit Covid-19, das freut uns sehr, und was Skaten,

ähnlich wie andere Outdoor-Sportarten, die jetzt wieder gut möglich sind, auszeichnet, es ist kontaktlos möglich, es ist mit Abstand möglich und es ist an vielen Orten möglich. Es ist auch wichtig, dass es natürlich dementsprechende Anlagen, Rampen und Skaterpools gibt, aber es ist auch ein Sport, der sehr, sehr gerne mitten in der Stadt auf entsprechenden befestigten Flächen und Plätzen ausgeübt wird. Wir haben das Phänomen ja nicht neu und da wurde schon im vorigen Jahr für den Lendplatz eine dementsprechende Übereinkunft mit den SkaterInnen bzw. mit VertreterInnen der Skaterinnen und Skater getroffen. Die Anwohner, die anderen Geschäftsbetreiber, die anderen Personen, die den Lendplatz nutzen, haben sich da, glaube ich, sehr gut gefunden mit der Politik, dafür danke ich auch dem Kurt Hohensinner für seinen Einsatz in der Sache, aber auch den Bezirksvorstehern im Lend und natürlich den Vertreterinnen und Vertretern des Vereins GRÄB, der Grazer Rollbrett-Artisten, die die Skaterinnen und Skater aus meiner Sicht sehr gut vertreten. Auch hier und jetzt am Kaiser-Josef-Platz wurde ein dementsprechender Prozess gestartet, also Dank hoch zwei an den Kurt Hohensinner, an die Leute aus dem Sportamt, aus dem Jugendreferat, die das unterstützt haben und vor allem aus dem Friedensbüro, die einen Mediationsprozess starten wollten, eine Befragung gestartet haben und die versucht haben, diesen Prozess dementsprechend gut voranzubringen; zeitliche Befristung, Wochenendtage, die nicht bespielt werden, und wo nicht geskated wird, dementsprechend festzulegen, und das dann auch so miteinander oder zumindest ihnen nebeneinander möglich zu machen. Klar ist auch, Skaten ist eine gewisse Lärmquelle, aber es gibt viele Lärmquellen in einer Stadt und das ist, ja, eine mehr, und deswegen dementsprechende Regeln und Vereinbarungen, an die man sich gut halten kann und mit denen man hoffentlich auch gut leben kann. Dann geschah Folgendes in diesem Prozess, es gab eine Anzeige. Auf diese Anzeige ist zu reagieren, das wurde von der Stadtregierung dankenswerterweise, wurde auch von der Polizei dementsprechend bearbeitet. Wir stehen jetzt in der Situation, dass die Landespolizeidirektion bzw. die Stadtregierung sich darauf verständigt hat, das Skaten zu verbieten bzw. die diversen Sprünge und Kunststücke zu verbieten. Das ist laut Auskunft und laut Schreiben der Landespolizeidirektion, aber auch aus dem

Bundesministerium eine Möglichkeit. Die Steiermark ist im Moment in einer Situation, und vor allem in Graz, wo das alles verboten ist. In anderen Bundesländern, in Innsbruck, in Wien und so weiter und so fort, in kleinen Orten, in kleinen Städten ist es nicht verboten, das ist nur in der Steiermark so im Moment gehandhabt, das sollten wir alle einmal zur Kenntnis nehmen. Und es gibt entlang der StVO für als Fußgängerzonen ausgewiesene Orte entsprechende Ausnahmemöglichkeiten, das schreibt sowohl das Rechtsgutachten oder die rechtliche Antwort der Landespolizeidirektion als auch das Bundesministerium, und das lautet in etwa so: Städte und Gemeinden haben darüber hinaus auch je nach Erfordernis die Möglichkeit, auf bestimmten Straßen und Plätzen das Fahren mit Skateboards oder Rollschuhen gezielt zu erlauben oder zu untersagen, und bezieht sich dabei auf § 88 Abs. 1 der StVO, um dahin wieder zurückzukommen, dass wir das in der Stadt selber in der Hand haben, um Skaten unter gewissen zeitlichen Einschränkungen, nicht um 23.00 Uhr am Abend, nicht am Sonntagvormittag, möglich zu machen auf ein paar Plätzen. Das ist Ziel dieses Antrages und dieser Antrag soll nicht nur das Straßenamt, das dafür zuständig ist, und die Frau Elke Kahr dementsprechend damit beauftragen, er soll auch den Beteiligungsprozess, der abgebrochen worden ist, weiterführen, weil das wichtig ist, dass wir auf eine Einigung mit möglichst fast allen kommen, und vor allem auch mit den Skatern, vor allem mit den Anrainern. Und es soll natürlich auch vom Herrn Sportstadtrat Kurt Hohensinner weitere Bemühungen geben, dass man nicht nur heute und im Sportjahr 2021, sondern grundsätzlich weitere Anlagen, vielleicht auch mit weniger Nachbarn und weniger anderem Leben verortete Anlagen dementsprechend in Graz finden kann, aufbauen kann und betreiben kann. Trotzdem, es ist ein urbaner Sport, eine urbane, eher jugendliche Kultur, und ich denke, in einer Stadt müssen wir alle miteinander versuchen, gemeinsam Platz zu finden, das gut auszuverhandeln und Möglichkeiten zu schaffen, statt Möglichkeiten zu nehmen, vulgo verbieten. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im letzten Jahr ist es gelungen, für das Skaten im Bereich der FußgängerInnen-Zone am Lendplatz eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten – also für AnwohnerInnen, Gastronomie- und Handelsbetriebe und für die SkaterInnen selbst – zu finden. In diesem Jahr starteten Sportstadtrat Hohensinner und seine ExpertInnen aus dem Sportamt und dem Jugendamt gemeinsam mit dem Friedensbüro und dem Bezirksrat in St. Leonhard dann einen Prozess, um auch für den FußgängerInnenbereich am Kaiser-Josef-Platz eine ähnlich zufriedenstellende Lösung zu erarbeiten und der heuer erstmals olympischen Sportart Skaten somit im innerstädtischen Bereich Möglichkeiten und auch Bühne zu bieten.

Der breit aufgestellte Beteiligungs- und Mediationsprozess, der sowohl die Bedürfnisse vieler AnwohnerInnen und Wirtschaftstreibenden als auch jene der SkateboarderInnen einbeziehen und zu einem guten Kompromiss führen sollte, wurde jedoch durch eine Anzeige beim städtischen Strafamt von einem Tag auf den anderen ad absurdum geführt. Die Anzeige und das in ihrer Folge erstellte Rechtsgutachten der Polizei führte dazu, dass das sportliche Skaten – insbesondere das Ausführen von Sprüngen und Tricks – nun in ganz Graz und in der Folge in der gesamten Steiermark unter Androhung einer Organstrafe im Sinne der StVO als rechtswidrig untersagt wurde. In den ersten Tagen wurde bei Verstößen noch abgemahnt, später dann auch Organstrafmandate ausgestellt.

Der Anzeige war selbstverständlich nachzugehen und die Rechtsmeinung der steirischen Exekutive kann natürlich nicht negiert werden. Festzuhalten ist jedoch, dass in keinem anderen Bundesland außer in der Steiermark die Straßenverkehrsordnung so auslegt und gehandhabt wird. Mittlerweile haben jedoch sowohl die steirische Exekutive – ein entsprechendes Schreiben erging an die Grazer Stadtregierung – als auch das Verkehrsministerium Folgendes klargestellt:

„Die Städte und Gemeinden haben darüber hinaus auch je nach Erfordernis die Möglichkeit, auf bestimmten Straßen oder Plätzen das Fahren mit Skateboards oder Rollschuhen gezielt zu erlauben oder zu untersagen“ (Verkehrsministerium, zitiert in Die Presse, 14. Mai 2021).

Inhaltlich deckungsgleich liest sich die Rechtsauskunft der Landespolizeidirektion Steiermark. Zwar hält diese fest, dass sportliches Skaten in FußgängerInnenzonen nicht per se erlaubt ist, führt jedoch im gegenständlichen Schreiben weiter aus: „Eine an sportlichen oder künstlerischen Zwecken orientierte Verwendung von Skateboards auf den im Schreiben vom 2.4.2021 bezeichneten Verkehrsflächen kann unserer Auffassung nach nur durch eine entsprechende Verordnung der Straßenbehörde ermöglicht werden.“

Das bedeutet, dass wir als Stadt Graz die Möglichkeit haben, das Skaten inklusive der Ausübung von Sprüngen und Tricks sowohl im Bereich der FUZO Lendplatz als auch in der FUZO am Kaiser-Josef-Platz wieder zu ermöglichen. Selbstverständlich soll sich die konkrete Ausgestaltung an den Ergebnissen des Mediationsprozesses orientieren und klar definierte örtliche und zeitliche Beschränkungen festlegen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit, der Urbanität und Vielfalt und auch angesichts des gerade stattfindenden Sportjahres 2021 sind wir als Stadt, als Gemeinderat jedenfalls aufgerufen, diese Möglichkeit zu ergreifen. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Beteiligungs- und Mediationsprozess zum Thema Skaten am Kaiser-Josef-Platz ist umgehend wiederaufzunehmen. Ziel soll es sein, eine Vereinbarung für die Ausübung des sportlichen Skatens entlang verbindlicher Zeiten und örtlicher Begrenzung auszuhandeln und mit den Beteiligten zu vereinbaren. Als Rahmen*

für den Kaiser-Josef-Platz könnte die Vereinbarung, die für den Lendplatz getroffen wurde, herangezogen werden.

2. *Verkehrstadträtin Elke Kahr wird ersucht, von der Landespolizeidirektion Steiermark und vom Verkehrsministerium angeführten Verordnungsmöglichkeit nach StVO 88 (1) Gebrauch zu machen und eine entsprechende Verordnung für den Lendplatz und den Kaiser-Josef-Platz zu erlassen. Diese Verordnung soll das sportliche Skaten an den genannten Plätzen in einem entsprechenden Rahmen, der in dem unter Pt. 1 beschriebenen Beteiligungs- und Mediationsprozess ausgearbeitet wurde, ermöglichen.*
3. *Der Gemeinderat begrüßt und unterstützt darüber hinaus die Bemühungen von Sport- und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner, zusätzliche Angebote für SkaterInnen in verkehrsberuhigten und verkehrsfreien urbanen Räumen sowie im Bereich modernisierter und ausgebauter Skaterparks zu schaffen.*

8.7 Runder Tisch zum Trickverbot (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuseherInnen im Livestream, liebe Skaterinnen und Skater. Das umstrittene Trickverbot hat ja in den letzten Wochen sehr viel Aufmerksamkeit und sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit auf Graz gelenkt, weit über die Landesgrenzen und auch unsere nationalen Grenzen hinweg. Mich persönlich haben auch nach dem Bekanntwerden Nachrichten sogar aus Deutschland erreicht, die auch sehr bedauern, welche Entwicklungen hier in Graz, in der zweitgrößten Stadt, quasi ihren Lauf nehmen, und wie auch mit einer Grazer Skater-Community umgegangen wird. Und mir ist immer wieder bewusst geworden, dass in Graz nicht

lange verhandelt wird, sondern dass auch sehr schnell Verbote ausgesprochen werden, und dass dieses Verbot wieder einmal dazu geführt hat, dass ein konsumfreier und ein Sport im öffentlichen Raum somit unmöglich gemacht worden ist. Das betrifft natürlich vor allem Jugendliche in Graz. Und besonders nach mehr als einem Jahr Pandemie finde ich persönlich es sehr, sehr schwierig zu sagen, Jugendliche, die vermehrt unter psychischer Belastung leiden, Jugendliche, die ein Jahr lang eingesperrt waren, dürfen jetzt nicht mehr quasi in den öffentlichen Raum gehen und ihren Sport ausüben. Ein Sport, der nicht nur gut für mentale und körperliche Gesundheit ist, sondern der auch eine erholende Ablenkung von den Belastungen im Alltag sein kann. Und mittlerweile haben das auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Institutes für Bewegungswissenschaften, Sport und Gesundheit der Karl-Franzens-Universität erkannt und haben im offenen Brief an die Stadt Graz ihre Bedenken im Vorgehen beim Trickverbot geäußert. Und uns muss auch bewusst sein, vor allem im Sportjahr 2021 ist diese Nachricht fatal, einfach einen Sport, der vorrangig Jugendliche betrifft, einfach so zu verbieten. Und wir wissen auch, dass wir mit den klassischen Sportvereinsangeboten nicht alle Jugendlichen abholen werden können. Es gibt einfach Jugendliche, die sich nicht einem Verein anschließen wollen, die Sport in anderer Form ausüben wollen, und diesen Jugendlichen ist vor allem im Bereich vom Skaten diese Möglichkeit genommen worden. Wie ich Medienberichten entnehmen konnte, und der Karl hat ja heute die Analogie sehr gut dargestellt, wie die Auslegungsfrage der StVO, die ja ein Bundesgesetz ist, aber scheinbar ist dieses Bundesgesetz nur in der Steiermark anders ausgelegt worden. Diese Frage wird sich wahrscheinlich auf juristischem Weg klären und durch alle Instanzen in den Gerichten geklärt werden. Aber uns als Stadt Graz muss es doch wirklich ein Anliegen sein, unabhängig von dieser Frage, vor allem, bis es diese Klarheit gibt, eine Lösung zu finden für das Problem und nicht einfach nur zuzuschauen und Verbote auszusprechen. Alle Jugendlichen und alle SkaterInnen und alle Menschen in Graz haben ein Anrecht auf den öffentlichen Raum. Man darf sich nicht über andere hinwegsetzen, das ist klar, man darf nicht andere einschränken, das ist klar, man darf andere nicht gefährden, das ist auch klar, aber es ist möglich, in Graz zu skaten, ohne

all diese Dinge zu tun, und das wurde aber mit diesem Verbot unmöglich gemacht. Eine Stadt wie Graz, als zweitgrößte Stadt Österreichs und mit all ihren urbanen Facetten, ist so einem Verbot einfach nicht würdig. Und mein Antrag geht mehr in die Richtung, nicht darüber zu diskutieren, wo und wie, und wo darf man und wo darf man nicht, sondern eigentlich das zu tun, was man von vorneherein tun hätte sollen, nämlich einen Runden Tisch zu machen mit allen Betroffenen, nicht nur mit den Skaterinnen und Skatern, sondern auch mit den AnrainerInnen, um diesen Prozess mit allen VertreterInnen von allen Parteien wirklich offen und transparent zu führen und dort dann auszumachen, was eine Lösung für alle bedeuten kann. Das ist nicht passiert, das wurde in Graz abgedreht und das möchte ich mit meinem Antrag heute erreichen, damit es eine Lösung gibt, anstatt einfach nur ein Verbot auszusprechen. Deshalb stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Stadt Graz möge durch die sofortige Errichtung eines Runden Tisches zum Thema „Skaten in Graz“, zu welchem betroffene SkaterInnen, AnrainerInnen und Vereine sowie VertreterInnen aller Parteien eingeladen werden, an Lösungen für die Community sowie für BewohnerInnen in Bezug auf die Ausübung des Sportes in Graz zu arbeiten. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das umstrittene Trickverbot für SkaterInnen in Graz hat in den letzten Wochen viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Die Entscheidung ist ein Paradebeispiel dafür, wie konsumfreie und sportliche Freizeitgestaltung in Graz immer schwieriger gemacht wird. Anstatt das Gespräch mit den Grazer SkaterInnen zu suchen und Lösungen zu finden, wird hier Verbotspolitik betrieben.

Besonders jetzt ist es wichtig, Jugendlichen Möglichkeiten zur Bewegung zu bieten. Jugendliche haben es in Zeiten der Pandemie nicht einfach, viele leiden unter

verstärkter psychischer Belastung. Sport ist nicht nur gut für die mentale und körperliche Gesundheit von jungen Menschen, sondern eine erholende Ablenkung von den Belastungen im Alltag. Mittlerweile haben dies auch WissenschaftlerInnen des Institutes für Bewegungswissenschaften, Sport und Gesundheit der Karl-Franzens-Universität Graz in einem offenen Brief zum Ausdruck gebracht und ihre Bedenken zum Vorgehen beim Umgang mit der Grazer Skate-Community geäußert.

Dabei ist es auch im Sportjahr 2021 wichtig zu erkennen, dass wir nicht alle Jugendlichen mit klassischen Sport-Vereins-Angeboten abholen können, umso wichtiger ist es, den öffentlichen Raum entsprechend zu gestalten. Graz aber nimmt mit dem Trickverbot SkaterInnen die Möglichkeit, ihren Sport auszuüben und zeigt somit eine klare Abwertung des so beliebten Jugendsportes.

Wie aus Medienberichten zu entnehmen ist, wird die Auslegungsfrage der StVO vermutlich auf juristischem Wege durch alle Instanzen geklärt werden, doch uns als Stadt Graz muss es ein Anliegen sein, ungeachtet dieses langwierigen Prozesses an echten Lösungen für alle Betroffenen und vor allem für die SkaterInnen in Graz zu arbeiten.

Denn auch Jugendliche und SkaterInnen haben ein Recht, den öffentlichen Raum mitzubeneutzen! Sport und Freizeit dürfen keine Frage der Geldbörse sein, konsumfreie Räume und Aktivitäten müssen gefördert, nicht verboten werden! Eine Stadt für alle GrazerInnen bedeutet, Dialog zu suchen und mit allen Beteiligten Lösungen zu finden.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge durch die sofortige Errichtung eines Runden Tisches zum Thema „Skaten in Graz“, zu welchem betroffene SkaterInnen, AnrainerInnen und Vereine sowie VertreterInnen aller Parteien eingeladen werden, an Lösungen für die Community sowie für BewohnerInnen in Bezug auf die Ausübung des Sportes in Graz arbeiten.

KO GR Mag. **Sippel**:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat, werte Damen und Herren, geschätzte Anrainer, geschätzte Skater. Ich möchte als Erstes mich einmal wirklich bedanken, bedanken bei unserem Bürgermeister-Stellvertreter und auch in seiner Funktion als Marktreferent, dass er diesen Kaiser-Josef-Platz und auch den Lendplatz, wie wir ihn heute kennen und schätzen und lieben, weil er unglaublich aufgewertet wurde, dass er sich hier so eingesetzt hat, sich durchgesetzt hat und das erst möglich gemacht hat, dass wir überhaupt heute über dieses Thema sprechen können.

Herzlichen Dank, Herr Vizebürgermeister (*Appl.*).

Ich kann mich noch erinnern an die Debatte Ausweichflächen usw., damit der überhaupt gebaut werden kann, und dass die neue Adaption stattfinden kann, haben wir ja ausweichen müssen. Und das war ein Theater der Sonderklasse, aber ich glaube, es hat sich ausgezahlt, sich auch hier durchzusetzen und diese Lebensqualität in unsere Stadt zu bringen. Jetzt erleben wir leider allerdings eine politisch aufgeladene Debatte, mit viel Emotion, auch mit der einen oder anderen verbalen Entgleisung, und das ist halt zur Kenntnis zu nehmen. Aus unserer Sicht, das möchte gleich einmal auch hier klarlegen, freut es natürlich immer, wenn Jugendliche Sport betreiben. Wir haben ja jetzt gerade das Sportjahr. Wenn hier Bewegung ist, wenn hier Sport betrieben wird, dann ist das zu begrüßen, selbstverständlich auch mit Skateboards. Was wir hier auch erleben, ist ein klassischer Nutzungskonflikt im und um den öffentlichen Raum, und wir haben hier mehrere Seiten. Die eine Seite sind die Anrainer, die dort seit oft Jahrzehnten leben und nachvollziehbarerweise auch irgendwann einmal ihre Ruhe haben wollen, vor allem in den Abend- und Nachtstunden, da braucht man einfach Ruhe, um auch Lebensqualität haben zu können. Auf der anderen Seite, und um die geht es ja, sind jetzt da auch die Skater, die diesen von Mario Eustacchio umgestalteten Platz auch nutzen wollen für ihre Tricks, für ihre Flips, für ihr sportliches Skaten. Das ist grundsätzlich ja auch nachvollziehbar, da geht es natürlich klarerweise um cool Sein, um sehen und gesehen zu werden; weil man könnte ja sagen, warum ausgerechnet da, es gibt ja genug andere Flächen auch in Graz, wo man das gleichwertig auch durchführen könnte. Aber nein, da muss man natürlich auch sehen

und gesehen werden, ist auch verständlich, aber das ist die zweite Nutzergruppe, über die wir reden. Und dann darf man auch nicht vergessen, es gibt dort auch noch Marktbeschicker und Infrastruktur, die ja auch nicht unbedingt geschont wird. Und dann, und das ist das, über das wir reden sollten, gibt es eine rechtliche Komponente. Es gibt die Straßenverkehrsordnung, und die besagt, dass sportliches Skaten, Tricks und Flips und wie das alles heißt, in Fußgängerzonen, und wir reden vom Kaiser-Josef-Platz und vom Lendplatz, den Fußgängerzonen, die das untersagt, und das ist auch oberstgerichtlich in einer Erkenntnis so festgelegt. 2014, 2020, Erkenntnis des OGH, in Fußgängerzonen ist sportliches Skaten nicht erlaubt, und das ist die Rechtslage, und als freiheitliche Partei sind wir am Boden des Rechtsstaates, wir haben Gesamtverantwortung in dieser Stadt, deshalb halten wir uns auch an die geltenden Regeln. Und ins Rollen, das passt vielleicht ganz gut dazu, ins Rollen gekommen ist die Sache durch eine Anzeige eines Anrainers, der hat die Schnauze voll gehabt und hat nachvollziehbar dann einmal eine Anzeige erstattet. Dann ist die Exekutive hergekommen und hat das Ganze einmal betrachtet und schreitet seitdem auch ein. Das ist Faktum, und ich glaube, das ist auch zu akzeptieren, dass hier auch rechtsstaatlich gehandelt wird. Und jetzt vor der Wahl kommen plötzlich einzelne Parteien her und wollen hier, na was denn sonst, politisches Kleingeld wechseln; und ich kann diese These, die ich jetzt aufgestellt habe, dass es hier um die politische Kleingeldwechslerei geht, auch belegen. Ich erinnere, letzten Sommer, Summer in the City am Karmeliterplatz, da wollten wir die Nachtgastronomie, die quasi in der Luft gehangen ist, unterstützen, hier ein Konzept auch durchführen, um ein bisschen was in die Kassen dieser gebeutelten Nachtgastronomie hineinzubringen, da waren die Grünen auf einmal auf der Seite der Anrainer, da ist die Frau Möchtegern-Bürgermeisterin vor dem Brunnen gestanden, hat in die Kamera geweint und gesagt: Mah, die armen Anrainer, bis 9.00 Uhr am Abend müssen sie eine Lautstärke von 60 Dezibel, also ich rede jetzt ungefähr in 75 Dezibel, die müssen eine Lautstärke von 60 Dezibel aushalten, die armen Anrainer, das müssen wir hier sofort absagen und das darf nicht sein auf einem öffentlichen Platz. Da wart ihr auf der Seite der Anrainer, jetzt sind euch die Anrainer völlig egal, und das zeigt, und der Heinrich Sickl hat es

vorher gesagt, das zeigt ein bisschen die Heuchelei auch auf, die hier mitschwingt. Und auch die Sorge von der Kollegin Ussner, wenn sie sich um die Anrainer auch einmal Sorgen macht, wenn es um die Unterführung Josef-Huber-Gasse geht, auch da sind auf einmal die Anrainer ins Treffen geführt. Die sind euch jetzt auf einmal wurscht, also das zeigt nicht unbedingt Glaubwürdigkeit auf. Und schade, dass ihr euch hier auch an so einem Verein, der nämlich auch einen Großteil der Skater vereinnahmt, anhängt. Ich meine, das sind ein paar Autonome, denen wird man es nie recht machen können, denen sind die Regeln egal. Das sind 20 bis 30 Leute, die sich hier als große Skater ausgeben, denen ist das wurscht, die ihre Interessen durchsetzen, die werden auch nicht kompromissbereit in irgendeiner Weise, und das ist schade, dass ihr euch nur quasi nur auf die verlasst. Und abschließend, weil jetzt ist ja, glaube ich, doppelte Redezeit. Jetzt kommen wir noch einmal auf das Rechtliche zu sprechen, lieber Karl Dreisiebner, weil Arbeitskreis, da hat es ja eh schon genug gegeben, auf das gehe ich gar nicht ein. Aber was du hier auch rechtlich einforderst, du willst also, dass die Stadt eine Umgehungskonstruktion schafft, um Skaten möglich zu machen. Was würde das bedeuten? Das ist möglich, die Frau Stadträtin Kahr könnte das auch tun, aber wir müssten eine Konstruktion wählen, die bedeuten würde, dass wir den Kaiser-Josef-Platz und den Lendplatz zu einer Wohnstraße machen, zu einer Spielstraße. Dann wäre dort alles erlaubt auf einmal, man könnte dort Tennis spielen, man könnte Fußball spielen, man könnte Beachvolleyball spielen, die kleinen Kinder würden mit ihren Bällen herumrennen und vielleicht auf die Straße hinausrennen, auch eine Haftungsfrage hängt hier dran. Das wollt ihr also machen? Ich frage euch, ihr wollt eine Spiel- und Wohnstraße aus dem Kaiser-Josef-Platz machen? Wenn das eurer Ansatz ist, um das zu lösen, dann muss ich sagen, das ist absurd, das ist hanebüchen und höchstgradig unseriös, aus diesem Grund lehnen wir sowohl den Antrag von Karl Dreisiebner als auch den Arbeitskreisantrag der Kollegin Robosch mit gutem Gewissen ab. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, als Jugendsportstadtrat, aber auch als ehemaliger Skater ist es mir wichtig, dass wir diese Debatte sachlich und lösungsorientiert führen. Deshalb ist es mir wichtig, dass ich noch einmal beschreibe, wie der Hergang war, warum wir jetzt in dieser Situation sind. Es gibt am Kaiser-Josef-Platz einen Nutzerkonflikt zwischen Anrainern und Skatern. Der Platz, das wurde jetzt auch schon mehrmals beschrieben, ist ein junger pulsierender Platz, das ist sehr erfreulich. Es gibt viele Lärmquellen und eine Lärmquelle ist das Skaten. Ich möchte auch sagen, jetzt irgendwie die Hauptverantwortung den Skatern umzuhängen, sie wären die einzigen, die Lärm verursachen, das ist auf jeden Fall falsch. Wir brauchen nur warten, wenn jetzt der Lockdown voll weg ist, es wird sich dort das Nachtleben auch breitmachen und es wird sicher nicht viel ruhiger werden. Wie hat sich jetzt die Thematik weiterentwickeln? Ich möchte die Lärmproblematik nicht kleinreden. Aber was war der Fall? Wir sind schon sehr früh auf dieses Thema gestoßen, deswegen haben wir mit dem Friedenbüro, mit dem Sportamt versucht, auch alle Gruppen zu erreichen, dass wir zu einem Kompromiss kommen, wie wir ihn auch schon am Lendplatz zusammengebracht haben, eben, dass die Skater und Skaterinnen sich eine Selbsteinschränkung auferlegen, dass sie eben auf die Anliegen der Anrainer auch eingehen, dass sie sich zeitlich beschränken, nicht in den späten Abendstunden skaten, dass auf das Skaten am Sonntag verzichtet wird, dass die Marktmöbel nicht mehr beskatet werden. Im Gegenzug hätten wir dann auch einige Obstacles bereitgestellt. Aus meiner Sicht wäre das der beste Weg gewesen, der wirklich in einer Stadt zu einer Lösung geführt hätte. Weil in einer Stadt gibt es immer Nutzungskonflikte, und eine junge Stadt zeichnet aus, wenn man auch Kompromisse schließen kann, deswegen haben wir uns bemüht, am Lendplatz haben wir gezeigt, dass das geht, leider haben wir diesen Kompromiss dann letztendlich am Kaiser-Josef-Platz nicht mehr erproben können, weil es wäre ja mit den Skatern ausgemacht gewesen, das zwei Monate zu erproben. Wenn wir das zusammengebracht hätten, dann wäre es für alle das Beste gewesen, wenn nicht, hätten wir dann weitere Schritte setzen müssen. Es ist deshalb nicht dazu gekommen, weil, und das ist auch schon richtig angesprochen worden,

Anrainer eine Anzeige gemacht haben, und Anrainer selbst in Wien, im Verkehrsministerium eine Rechtsauslegung der StVO, was das Skaten betrifft, eingefordert haben, schriftlich, ich habe dieses Schriftstück auch bekommen. Liebe Judith, liebe Stadträtin, ich habe dir dieses Schriftstück auch gezeigt. Es ist nicht so, dass aufgrund einer Anzeige die Stadt ein Verbot verhängt hat, sondern die Anrainer haben dieses Schriftstück der Polizei weitergeleitet und haben von der Polizei eingefordert, dass diese Rechtsauslegung auch vollzogen wird. Die Rechtsauslegung ist, dass zwar das Skaten erlaubt ist, aber das Tricksen nicht. Und die Polizei hat dann eben auch über eine Verordnung, über ein Schriftstück alle Polizeiwachstellen informiert, dass die StVO diesbezüglich so auszulegen ist. Also wer jetzt behauptet, die Stadt Graz hat das Skaten verboten, sagt bewusst was Falsches, ist scheinbar gar nicht interessiert, zu einer Lösung zu kommen und trägt dazu bei, dass ein politischer Konflikt am Rücken der Skaterinnen und Skater ausgetragen wird (*Appl.*).

Warum ist aus meiner Sicht der Antrag nicht dringlich? Die StVO wird hier vom Verkehrsministerium, von der Verkehrsministerin Gewessler interpretiert. Falls es da eine Änderung gibt, bitte, liebe grüne Fraktion, fahrt nach Wien, falls eine neue Rechtsauslegung kommt, können wir weiterreden, dass wäre auch die Grundvoraussetzung, dass wir diesen Runden Tisch stattfinden lassen, weil dann könnten wir an einem Kompromiss weiterarbeiten. Und, liebe Frau Gemeinderätin, was die Uni betrifft, ich bin sehr froh, wenn die Professoren sagen, für die Bewegung ist das wichtig, weil ich habe den Thomas Rajakovics schon beauftragt, mit der Uni zu telefonieren, genau mit diesen Professoren, damit wir auf der Uni auch einen Skaterpark einrichten können. Wenn die Professoren das Skaten eben so schätzen als Bewegung, dann werden wir sie beim Wort nehmen und wir werden auch versuchen, dort einen Skaterplatz umzusetzen. Was die Spielstraße nach dem § 88 anbelangt, das ist auch schon gefallen, hier braucht die Verkehrsstadträtin keine Einladung per dringlichem Antrag, das steht ihr frei, bitte, Frau Stadträtin Kahr, mit der Verkehrsabteilung kann man das erörtern, inwieweit das umsetzbar ist. Ich weiß, dass in einem Arbeitskreis der Thomas Fischer, der Abteilungsvorstand, gleich einmal gesagt hat, das ist so auf dem Platz nicht möglich, aber das, bitte, Frau Stadträtin, mit dem

Abteilungsvorstand ausdiskutieren. Aus sportlicher Sicht können wir etwas machen, und das ist mir jetzt so wichtig, dass wir jetzt Tatsachen schaffen, dass das Skaten auch eine Perspektive in Graz bekommt. Wir haben ja sieben Plätze. Wir haben eine Indoor-Skater-Möglichkeit und mein Ziel ist es, bis Ende Juli ein großes Skaterpaket in den Gemeinderat einzubringen, damit wir den Grünanger, das ist ja ein super Skaterpark komplett rundumerneuern. Morgen ist der Thomas Rajakovics mit der GRÄB-Obfrau Lisa Veith vor Ort, mit einem Architekten, da wird schon besprochen, wie man das umgestalten kann. Das ist das eine, das ist vor allem sportlich wichtig, und auf der anderen Seite bin ich auch der Meinung, wir brauchen in der Innenstadt auch Möglichkeiten, und da sind wir gerade auf der Suche. Der Stadtpark ist nur schwer möglich wegen dem Grünraum, aber wir haben zwei Flächen jetzt definitiv gefunden, eine auf der Messe Seite der Halle A, zwischen der Halle A und dem McDonald's, da haben wir eine schöne, große Fläche gefunden, da werden wir jetzt wirklich Nägel mit Köpfen machen. Und eine besonders attraktive Fläche ist auch vor dem Gigasporthaus/Kastner und Öhler, aber Richtung Norden gerichtet, also eine große Fläche, und da werden wir bemüht sein, gemeinsam mit dem Verein GRÄB Obstacles bzw. Quarter- und Halfpipes aufzustellen. Das heißt abschließend, Anraineranliegen und Skaten sind nicht unbedingt ein Widerspruch, wir schauen, dass wir für beide Gruppen ein gutes Leben in Graz nebeneinander zusammenbringen und klares Bekenntnis zum Skaten in Graz. Gott sei Dank ist diese Sportart erstmals olympisch, und wir werden uns bemühen, dass wir das Skaten in Graz nach vorne bringen (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben von Beginn an gesagt, das zieht sich ja jetzt schon lange hin, und vom ersten Tag an waren Bewohner rund um den Kaiser-Josef-Platz, die selbstverständlich auch unsere Gemeinderatsfraktion angeschrieben haben und gesagt haben, dass der Lärm nicht erträglich ist. Um es aber abzukürzen, von Anfang an haben wir gesagt, dass es wünschenswert wäre, alternative Standorte zu finden. In dem Sinne unterstützen wir alle Bemühungen von Stadtrat

Hohensinner und haben auch ganz konkret selbst Standorte alternative genannt, die man sich anschauen sollte. Noch einmal, alle diese Bemühungen wären äußerst wünschenswert, weil die Skaterinnen und Skater Platz brauchen und den auch vorfinden und haben sollen. Was gleichzeitig nicht einfach ist, und da haben einige Vorredner durchaus nichts Unrichtiges angesprochen, seit der Kaiser-Josef-Platz Fußgängerzone ist nach der Marktzeit, ist es selbstverständlich auch möglich und richtig, dass das Straßenamt, wie der Karl das angesprochen hat, eine Verordnung zur Spielstraße erlassen könnte. Kann ich aber alleine nicht, sondern müsste mit diesem Stück in den Stadtsenat und auf die entsprechende Mehrheit hoffen, und das nur, damit jeder das Prozedere weiß und kennt. Und zweitens, muss ich aber auch ganz fairerweise sagen, weil natürlich alle Punkte bei allem Wunsch, dass die SkaterInnen dort skaten können, muss man aber auch sagen, es kann einem einfach nicht egal sein, wie es Bewohnerinnen und Bewohnern geht. Und da kann man jetzt nicht die Kappe einmal dort so aufsetzen und an einem anderen Ort, weil es halt jetzt Leute sind, die dort lärmern, die einen vielleicht nicht so recht sein, das muss irgendwie unisono gelten. Lärm ist Lärm, und wenn er in den späten Nachtstunden erfolgt, dann ist er nicht erträglich. Deshalb würde ich mir sehr, sehr wünschen, und ich habe diese Woche nicht nur mit den Skatern, sondern auch nächste Woche mit Bewohnern Kontakt, und ich werde mir auch die Ergebnisse der Mediation anschauen. Diese Mediation wäre sehr, sehr wünschenswert. Und da bin ich bei den Antragstellern und hoffe, dass es vielleicht möglich ist, einen Kompromiss, einen zeitlichen, zu erwirken, weil wenn es das gäbe, dann würde ich hier darüber auch gerne einen Erlass für eine Spielstraße am Kaiser-Josef-Platz und Lendplatz ermöglichen (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dankeschön, an und für sich ist die Zeit aufgebraucht von seitens des Herrn Klubobmannes Dreisiebner, aber Frau Schwentner hat sich zu Wort gemeldet, drei Minuten bitte.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Dankeschön, ja, ich mache es ganz kurz, es ist ja schon vieles gesagt worden. Es gibt das Friedensbüro und quasi den Bericht darüber und die beschreiben das sehr schön, dass der Kaiser-Josef-Platz ein bunter Platz im Wandel ist. Seit dem letzten Jahr sind die Autos weg, die Leute haben den Platz entdeckt, dann kam Corona, und natürlich war die einzige Möglichkeit, sich irgendwie im Freien aufzuhalten, Leute noch irgendwie zu treffen und sich auch zu bewegen, war auf den Plätzen, auf den viel zu wenig vorhandenen Plätzen. Ich bin sehr oft am Platz, ich führe sehr viele Gespräche mit den Standlerinnen und Standlern in der Früh. Ich weiß, dass dort Müll, und dass es aussieht, und dass das ein Problem ist. Ich führe Gespräche mit den AnrainerInnen und weiß um die Lärmbelästigung Bescheid, auch als Umweltstadträtin, nicht zuletzt weil es ja eine Lärmmessung gab. Ich bin mit den SkaterInnen im Gespräch, die, wie ich auch, schätzen, was du an Engagement gemacht hast, Kurt, dass du andere Lösungen angeboten hast. Und trotzdem geht es um die öffentlichen Plätze und wie wir das Zusammenleben in der Stadt gestalten. Ich bin mit Gästen in Kontakt, bin selber gerne Gast am Kaiser-Josef-Platz und sitze dort und genieße es jetzt, dass der Platz so schön ist und wir den neu entdecken durften. Ich bin mit der Polizei in Kontakt und ich kenne das Polizeigutachten, das das bestätigt, was die Elke gerade gesagt hat, nämlich dass es per Verordnung möglich ist, dass die Stadt ermöglicht eine Regelung, wie wir sie hatten. Also es ist klar, dass die Exekutive durchgreifen muss, weil sie darauf gestoßen wurde durch die Anzeige, aber die Stadt kann per Verordnung eine Ausnahme machen, wie wir es hatten.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das stimmt nicht.*

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich habe das auch nie gesagt von einem Verbot. Die Exekutive muss dem nachgehen und das ist klar. Ich habe mit vielen JuristInnen über diese Geschichte geredet. Ich bin

selbst keine Juristin, wie alle meine VorrednerInnen, glaube ich. Also es ist viel möglich, und wir sollten das angehen, weil es eine grundsätzliche Frage ist, wie wir in dieser Stadt zusammenleben wollen, was möglich ist und was nicht. Und wir müssen auf die AnrainerInnen Rücksicht nehmen, das ist klar, der Lärm ist in der Nacht unerträglich. Aber wenn man den Bericht anschaut vom Friedensbüro, dann kommt da heraus, dass das größte Problem am Kaiser-Josef-Platz Müll und Verschmutzung ist, der Kreis ist riesig groß, danach kommt Lärm durch feiernde Menschen und dann kommen die Skater und Skaterinnen. Die sind ein bisschen die Spitze des Eisberges und die haben das abbekommen den ganzen Konflikt jetzt, weil der Platz war megavoll, ich habe es ja erlebt, also es war kaum zum Durchkommen, genauso wie die Parks voll waren, weil es halt keine andere Fläche gegeben hat. Die Hoffnung ist, dass sich vielleicht das auch wieder löst, wenn wir uns jetzt anders bewegen können durch die Stadt und wieder andere Räume haben und uns privat treffen dürfen. Das heißt, ich würde mir wünschen, wir gehen zurück zum Start, wir schauen uns das noch einmal gemeinsam an und versuchen, eine Lösung zu finden, so wie wir es am Lendplatz gehabt haben, wie das von den AnrainerInnen und auch von allen anderen akzeptiert war. Also bitte, gehen wir es doch an. Und ein Aspekt noch als Frauenstadträtin, der ist mir echt wichtig, weil die Mädchen haben auch den Platz entdeckt, die skaten am Rand und versuchen sich dort, die gehen nicht gleich in die Halfpipe, weil da die Profis unterwegs sind. Also es ist auch ein Mädchenraum dort entstanden, den würde ich auch den Mädchen nicht nehmen wollen, am Kaiser-Josef-Platz z.B. ...

Unverständliche Zwischenrufe aus dem Reihen des Gemeinderates.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

... nein, dort ist keine Halfpipe, weil die Mädchen dort probieren können, weil die gehen nicht dorthin, wo die Profis sind, nur so wollte ich es sagen. Das habe ich einfach selber so beobachtet.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Zeit ist vorbei.*

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke, Herr Vizebürgermeister, ich bin schon fertig.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dann darf ich etwas dazu erwähnen, bevor der Herr Klubobmann und die Frau Gemeinderätin ihr Schlusswort für die Dringlichkeit finden. Meine Damen und Herren, und da ist diese Absurdität so auch jetzt wieder durchgeklungen von der Frau Kollegin Schwentner, wenn wir das alle wollen, dann finden wir eine Lösung, wenn wir das nur wollen. Frau Kollegin, wir haben einen Rechtsstaat, der Herr Klubobmann Sippel hat es schon gesagt. Und auch am Lendplatz gibt es keine Lösung. Wenn am Lendplatz ein Anrainer eine Anzeige tätigt, muss die Polizei einschreiten und kann die Stadt Graz hundertmal sagen, nein, wir hätten es gerne anders. Die Stadt Graz hat die Kompetenz nicht, das wollen Sie nicht verstehen, aber es ist so, und das wäre auch schön, wenn man das einmal nach außen transportiert und nicht irgendwo wieder politisches Kleingeld spielt. Wir hätten es eh gemacht, aber die anderen wollten es nicht. Niemand in diesem Saal, und selbst wenn wir das einstimmig beschließen würden, hätten wir nicht die Macht und das Recht, das umzusetzen, und das gilt es, einmal zu akzeptieren. Tragt es nach außen, belügt die Leute weiter, ihr werdet das Problem nicht lösen, weil ihr belügt die Menschen. Ihr gaukelt ihnen immer etwas vor, dass ihr etwas tun könntet, was ihr nicht tun könnt. Und das nehmt ihr jetzt einmal zur Kenntnis und hört auf, den Leuten Sand in die Augen zu streuen, das ist letztklassig (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Ich höre mit Erstaunen, wenn der Herr Vizebürgermeister sagt, die Stadt Graz kann da nichts unternehmen, dafür gibt es den Rechtsstaat. Der Kollege Sippel redet von einem Höchstgerichtsurteil. Jetzt frage ich mich, wer das Polizeigutachten der Landespolizeidirektion gelesen hat, wer die jüngste Aussage aus dem Ministerium zu Fußgängerzonen und Skaten bzw. Rollschuhfahren kennt, wieso wird das noch immer hier von allen behauptet? Es ist weder notwendig, eine Spielstraße zu verordnen, es kann in der FußgängerInnenzone diese Ausnahmen erlassen werden. Das sagt der Jurist von der Landespolizeidirektion, das kommt auch vom Ministerium so. Und die Frage, ob das jetzt im Höchstgerichtsurteil, das offenbar nur in Graz gilt, aber in keiner anderen Stadtgemeinde oder Landgemeinde, also das ist jetzt wirklich sehr besonders, Herr Vizebürgermeister, und natürlich habe ich mich und haben wir uns auch sehr klar für Reglements ausgesprochen. Nein, es soll niemand um 23.00 Uhr am Abend, und es soll auch niemand am Sonntag am Vormittag um 8.30 Uhr, oder was auch immer, skaten. Und diese Vereinbarung zu treffen, das wäre das Ziel gewesen des Friedensbüros und des Mediationsprozesses, der auch angerissen und schon diskutiert worden ist. Und dieser Prozess ist ja gestartet, wurde aber dann, nachdem diese Anzeige das Skaten am Lendplatz und vor allem am Kaiser-Josef-Platz sowieso verunmöglicht hat, wurde eingestellt. Und genau diese Befragung des Friedensbüros, die Judith Schwentner hat darauf hingewiesen, sagt, es gibt dort sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von Problemen. Das eine sind die Skater, das ist überhaupt keine Frage, und natürlich wären es auch Skater, die das mitten in der Nacht machen würden, aber das wollen ja die Skater selber gar nicht. Es ist das Problem des Verkehrs, es ist das Problem von Menschenansammlungen und dem Gemurmel bzw. dem, was ja rund um die Betriebe und Gastronomielokale passiert, und das ist am Lendplatz auch nicht wirklich anders. So, das ist Urbanität, und das auszuverhandeln, das wäre ein Ziel gewesen, aber offensichtlich wird diesen Anträgen ja keine Dringlichkeit zuerkannt. Und das andere ist, dass sich die Stadtregierung damit auseinandersetzt, ob man den § 88 (1) StVO heranzieht und ob man die Notwendigkeit erkennt und daraufhin das Skaten erlaubt, aber nicht das Federballspielen und das Fußballspielen, also nicht als

Wohn- und Spielstraße. Offensichtlich ist dazu keine Bereitschaft da, das nehmen wir mit, ich würde aber trotzdem bitten, dass wir nicht darüber reden und in den Raum stellen, dass einerseits Skatervereine emotionalisieren und das Ganze hochschaukeln, oder die Grünen oder die Anna Robosch oder wer auch immer. Ich glaube, der Nachweis ist gegeben, dass es zwar die Anzeige einerseits gibt, und das ist auch ok, wenn jemand eine Anzeige macht, dem muss nachgegangen werden, aber dass es auf der anderen Seite dann die FPÖ war, die das Ganze eskaliert hat mit „Skaterlärm ade“ und mit solchen Dingen. Ihr habt euch in die Geschichte hineingehaut und habt einfach versucht, eine böse Stimmung gegenüber jungen Menschen, gegenüber Urbanität und gegenüber der Nutzung von öffentlichen Plätzen herzustellen. Alles andere lasse ich jetzt weg, weil das ist es nicht wert, beim Kollegen Sippel. Eines nur noch, die AnrainerInnen sind uns nicht völlig egal, das ist einfach nicht wahr, deswegen haben wir auch auf diese Vereinbarung und auf diese Mediation hingewiesen und auf das Regelwerk hingewiesen. Danke noch einmal an den Kurt Hohensinner, auch Kurt hat gesagt, dass es unterschiedlichste Lärmquellen wie eben Verkehr, Gastro, etc., gibt, und dass das auch so berichtet wird. Wer wirklich am Kaiser-Josef-Platz ist, weiß das so. Aber wie gesagt, hier darauf zu warten, dass es unter Umständen andere Plätze gibt, die vielleicht auch Probleme aufwerfen, das kann auch nicht die einzige Lösung sein. Ich würde dich bitten, Kurt, noch einmal darüber nachzudenken, vielleicht können wir in Graz doch etwas in die Wege bringen, um auch am Lendplatz das, was schon gut gelungen ist, am Kaiser-Josef-Platz ähnlich gut ins Gelingen zu bringen. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Noch einmal, es gibt am Lendplatz keine Übereinkunft, das gibt es nicht, das existiert nicht. Frau Gemeinderätin Robosch, bitte.

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das ist wieder einmal auch ein Paradebeispiel dafür, wie in Graz Diskussionen verlaufen. Es gibt zwei Stadträtinnen, die beide erklären, wie man etwas machen könnte, sachlich fundiert, rechtlich fundiert und dann geht die FPÖ her und sagt; nein, das stimmt alles nicht, das ist alles gelogen und wir würden die Menschen anlügen. Es tut mir wirklich leid, aber die einzigen Menschen, die hier lügen, seid ihr, und die einzigen Menschen, die dieses Thema instrumentalisieren, seid auch ihr und nicht wir (*Appl.*).

Um das noch weiter auszuführen, denke ich mir wirklich, dass man in Graz einfach glaubt, dass ein Verbot alles löst. Dass durch ein Verbot auch wirklich keine Leute mehr skaten werden, ist wirklich illusorisch. Und so sind wir bei vielen Dingen umgegangen, und wir haben viele Dinge, die wir ach so schön verboten haben, immer noch, und das Skatverbot werden wir auch weiterhin haben. Nur weil wir glauben, wir verbieten etwas, lösen sich Menschen nicht in Luft auf, und ihr Bedürfnis, in Graz Sport zu machen, wird sich auch nicht in Luft auflösen. Und deswegen denke ich mir, wäre es doch die gescheiterte Variante, in diesen Mediationsprozess zu gehen, diesen Runden Tisch zu machen und eine Lösung zu finden, die für alle passt, aber auch dafür gibt es scheinbar hier nicht den Willen dazu. Und dass es die Grundlage für diesen Runden Tisch wäre, dass sich die StVO sich ändert, stimmt einfach nicht, weil erstens haben wir ausgeführt, wie man es machen könnte, und zweitens gibt es auch einfach nur Möglichkeiten, wie man mit den Menschen, die das Problem betrifft, redet, wie man mit ihnen gemeinsam arbeitet in einer Stadt und dann sagt, nicht nur hier sich hinstellt und verkündet: Ich bin froh über jeden weiteren Platz, auf dem man zukünftig skaten kann, über jeden weiteren Skater bin ich persönlich sehr froh. Danke dafür, aber mir wäre trotzdem eine Politik auf Augenhöhe, auf einer Gesprächsbasis mit den Betroffenen lieber, wo man mit ihnen ausmacht, wo sie skaten können und wo nicht, zu welchen Uhrzeiten und zu welchen nicht, als einfach nur diese Verkündungspolitik, weil von dem haben die Leute am Ende des Tages auch nichts, wenn sich die Probleme nicht wirklich auflösen. Und eine letzte Sache zum Grünanger, ich habe in den letzten Wochen wirklich sehr viel mit Skaterinnen und Skatern über die verschiedensten Plätze

geredet, über die verschiedensten Sachen, und eines, was immer und immer wieder gekommen ist, ist, dass der Grünanger-Skatepark planungstechnisch schiefgegangen ist. Dass sehr viele, sehr langjährige Skater sagen, sie wollen dort nicht skaten gehen, weil die Pipe ist zu schwer, und dass auch viele Veranstaltungen dort, die stattfinden hätten sollen, seit dem Umbau nicht mehr stattfinden. Und das denke ich mir, wäre auch ein Thema, wo wir am Runden Tisch mit den Betroffenen darüber reden könnten, wie wir das verändern und wie wir das verbessern, aber scheinbar will man einfach nur sagen, wir lösen diese Problem irgendwie, wir verkünden irgendeine Lösung, und vielleicht ist die Lösung dann an den Betroffenen vorbei (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Ja, Frau Gemeinderätin, auch noch einmal zur Wiederholung. Der Herr Kollege Hohensinner hat es ja heute schon ausgeführt, wir sind, wir alle, das, glaube ich, kann ich für uns alles sagen, sehr bemüht, ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: Das war schon das Schlusswort!*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

... ich kann immer sprechen, Frau Kollegin, das geht, das hat der Vorsitz, das ist ein kleiner Vorteil. Wir alle sind daran interessiert, für die Skater Lösungen zu finden, das wird an diesen und diesen Orten nicht gehen und anderen schon. Der Kollege Hohensinner versucht gerade mit dem Sportamt, überall in Graz auszuloten, wo es Möglichkeiten gibt, wo wir ausbauen können, und auch am Grünanger gibt es Überlegungen auszubauen. Und wenn man dort hinschaut, ist dort sehr, sehr viel los; also zu sagen, dass die Skater dort nicht hingehen, ist, glaube ich, nicht ganz korrekt. Ich lade alle ein, einmal dort hinzugehen, dann kann man sich selbst auch ein Bild machen. Wie gesagt, wir werden Lösungen finden, aber nicht dort, wo es einfach

rechtlich nicht möglich ist und das hat auch mit Realismus in der Politik zu tun, und das sollten sich auch verschiedenen Damen und Herren hier ins Stammbuch zu schreiben. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wir stimmen über die Dringlichkeit von beiden Anträgen ab.

Die Dringlichkeit beider Anträge wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).

8.8 Ein vielfältiges Graz braucht vielfältige Spielplätze (GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die ihr noch im Livestream dabei seid. Ihr wisst es eh, ich stehe immer wieder hier draußen und setze mich für ein besonders kinderfreundliches Graz ein. Und ich denke mir, das ist auch ein Thema, das uns wirklich parteiübergreifend wichtig ist und wo wir ganz oft gemeinsam auch Beschlüsse fällen. Kinderfreundlichkeit ist eine Querschnittsmaterie, betrifft unzählige Bereiche in unserer Stadt, aber etwas ganz Naheliegendes, was Graz den Kindern und Familien hier anbietet, sind natürlich Spielplätze, und wir haben in Graz wirklich ein tolles Angebot an Spielplätzen, das schicke ich gleich vorweg. Es gibt sehr viel, aber eben in der letzten Zeit habe ich dann doch einige Anregungen gesammelt, die ich hier und heute präsentieren möchte und einfach ein paar Punkte, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Das eine ist das Thema Barrierefreiheit, wo es in Graz einfach schon auch Nachholbedarf gibt, weil gerade an den zentralen innerstädtischen Spielplätzen, also ich denke jetzt an den Volksgarten, Augarten, Stadtpark, gibt es eigentlich wenige oder keine Spielgeräte, die auch für Kinder mit Einschränkungen gut

nutzbar wären. Jetzt ist es so, am Schloßberg gibt es ja einen neuen Spielplatz, da gibt es barrierefreie Elemente, das ist super, aber es ist halt nicht so der optimale Ort für einen barrierefreien Spielplatz, weil man halt erst einmal irgendwie auf den Schloßberg hinaufkommen muss, und es gäbe naheliegendere Orte, sagen wir es einmal so. Dann eine Rückmeldung, die ich auch von vielen Eltern bekomme, ist, dass es halt auch an Spielgeräten für größere Kinder fehlt. Jetzt ist im Augarten ein Teil weggefallen, der sich gerade an größere Kinder gerichtet hat, und man sieht es auch ganz gut bei dem Areal am Grünanger unten, über das wir heute schon einmal geredet haben, dass das halt unglaublich stark auch genutzt wird von größeren Kindern. Und ich habe den Eindruck, der Bedarf hier ist einfach riesengroß und auch noch einmal gestiegen, weil jetzt seit der Corona-Krise gerade auch Mittelschulen verstärkt im Turnunterricht nach draußen gehen und einfach die Parks und Spielplätze auch nutzen, und einfach auch mit wirklich älteren SchülerInnen auch viel auf den Spielplätzen unterwegs sind. Ein weiterer Aspekt, der einfach spannend und wichtig ist, das hört sich jetzt so hochgestochen an, gendersensible Spielplatzgestaltung, aber es meint etwas ganz, ganz Grundlegendes, nämlich: Wer nimmt sich wie viel Raum auf einem Spielplatz? Ab einem bestimmten Alter geht das halt einfach auseinander, weil Buben halt oft die sind, die mehr toben, mit dem Fußballspielen sozusagen die ganze Wiese in Beschlag nehmen, und die Mädels dann oft irgendwie am Rand sitzen und sich nicht so viel Raum auf einem Spielplatz nehmen. Und einige Städte haben vorgezeigt, also in Wien gibt es das, in München wurde es auch verstärkt vorangetrieben, dass man mit der Gestaltung des Spielplatzes dem auch entgegenwirken kann, also indem man eben spezielle Orte schafft, wo sich Mädchen gerne aufhalten und dann finden die dort einfach auch mehr Platz. Dann etwas scheinbar Banales, was wir auch letztes Mal, von Michi Ehmman eingebracht, hatte, es haben einfach nach wie vor nicht alle Spielplätze öffentliche Toiletten und auch nicht alle einen Trinkbrunnen, also das würde sowieso zur Mindestausstattung gehören und wäre sehr wichtig, dass man hier an den Randbezirken noch einmal nachrüstet. Und viele Kinder wünschen sich auch naturnahe Spielplätze, also dass man ein bisschen weggeht von der klassischen Schaukel und Rutsche und eben stärker in Richtung Wasserelemente oder etwas mit Ästen und

einfach so naturnahes Spielen ermöglicht. Jetzt ist mir klar, wir werden jetzt nicht unsere bestehenden Spielplätze abreißen und komplett neue sozusagen bauen, aber es gibt einige Orte, die sowieso dringend sanierungsbedürftig wären. Also es gibt beispielsweise den Josef-Huber-Park, den Fröbelpark, den Metahofpark, da sind wenig Spielgeräte, veraltete, in die Jahre gekommene Spielgeräte, also ich glaube, alle die schon einmal dort waren, wissen, dass diese Orte jetzt nicht wirklich optimal gestaltet sind und dass man hier dringend nachrüsten könnte und einfach was Neues anbieten könnte. Dann gibt es z.B. die Dornschneiderwiese im südlichen Gries, wo auch gar nichts ist, wo die AnrainerInnen schon lange sagen, wir hätten gerne einen Spielplatz da. Und an all diesen Standorten könnte man eben barrierefreie Spielgeräte und all die Punkte, die ich gerade genannt habe, eigentlich ganz gut umsetzen. Und dann wird es eben auch Orte geben wie den Reininghauspark, wo ja ein ganz neuer Spielplatz gestaltet wird, wo ich eben jetzt auch gehört habe, dass diese Vorschläge eh teilweise umgesetzt werden sollen. Wir können ja noch darüber diskutieren. Als letzten Punkt wollte ich noch sagen, also ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich finde, es gibt einfach so unglaublich viel Erfahrungswissen innerhalb der Bevölkerung zum Thema Spielplätze, weil natürlich Eltern und Kinder wahnsinnig viel Zeit auf bestimmten Spielplätzen verbringen, die halt in der Nähe ihres Wohnortes sind, und man ist da zu unterschiedlichsten Tageszeiten und hat dann oft Wahrnehmungen, z.B. um die Tageszeit ist halt überhaupt kein Schatten, oder das und das fehlt einfach völlig, und ich glaube, man müsste diese Anregungen viel mehr abholen, weil da können die zuständigen Abteilungen gar nicht selbst alles herausfinden, was die Leute, die da quasi täglich sind, eh schon wahrnehmen und an guten Ideen haben, und das fände ich eben super, das auch stärker abzuholen. Deswegen stelle ich den dringlichen Antrag. Ich lese jetzt nicht jeden Punkt im Detail vor, weil wir eh schon recht weit fortgeschritten sind in der Zeit. Ich würde mich über eure Annahme freuen. Grundsätzlich geht es eben darum, eine Spielplatz-App zu machen, wo es einen Überblick über die verschiedenen Spielplätze in Graz gibt und die Ausstattung, und wo eben auch die Menschen Möglichkeiten haben, Anregungen ganz unbürokratisch sozusagen hineinzuschreiben. Dann wäre eben der Wunsch, dass es barrierefreie

Spielplätze oder zumindest Spielgeräte in jedem Bezirk gibt, und dass eben gerade bei neuen Parks auch diese Vorschläge Barrierefreiheit, Mädchensensible Planung usw. bessere Berücksichtigung finden. Und dann eben als letzten Punkt, dass wirklich ein Zeitplan erarbeitet wird für die Neugestaltung von Fröbelpark, Metahofpark und Josef-Huber-Park, und ich hoffe auf eure Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Anliegen, Graz zu einer besonders kinderfreundlichen Stadt zu machen, eint uns über alle Parteigrenzen hinaus. So wurde vor kurzem auch die Zielvereinbarung des Audit-Prozesses für die Zertifizierung als kinder- und familienfreundliche Gemeinde einstimmig beschlossen. Kinderfreundlichkeit ist eine Querschnittsmaterie und betrifft unzählige politische Themenfelder. Ein zentrales städtisches Angebot an Kinder und Familien sind aber natürlich unsere Spielplätze.

Graz hat grundsätzlich ein großes, breit gefächertes Angebot an Spielplätzen, in manchen Bereichen gibt es aber noch Verbesserungsbedarf. So ist es zwar löblich, dass der neue Spielplatz am Schloßberg teilweise barrierefrei gestaltet wurde, wie Kurt Hohensinner aber selbst sagt, „gibt es für barrierefreie Spielplätze bessere Orte“. Auf den zentralen, großen Spielplätzen wie jenen im Augarten, im Volksgarten oder im Stadtpark gibt es hingegen wenige oder gar keine inklusiven Spielgeräte. Inklusive Spielgeräte sind beispielsweise erhöhte Sandkisten oder Wasserspiele, es gibt aber auch spezielle inklusive Karusselle.

Von vielen Eltern bekomme ich die Rückmeldung, dass wenige Spielgeräte für ältere Kinder (spätes Volksschulalter oder Mittelschule) vorhanden sind. Der recht neue Spielplatz am Grünanger mit dem großzügigen Skaterbereich ist beispielsweise oft hoffnungslos überfüllt, weil es über die gesamte Stadt verteilt nicht ausreichend Spielangebote für größere Kinder gibt. Mit der Umgestaltung des Augartens fiel leider auch der dortige Spielbereich für größere Kinder weg. Durch die Corona-Krise verbringen viele Schulklassen den Sportunterricht im Freien in Parks und auf

Spielplätzen. Auch deswegen wäre es wichtig, mehr Angebote für diese Gruppe zu schaffen.

Auch die Frage, wer sich auf einem Spielplatz wieviel Raum nimmt, ist wichtig. Ab einem bestimmten Alter gehen die Spielinteressen von Buben und Mädchen auseinander. Vielfach nehmen Buben mit Fußballspielen etc. viel Raum ein, während Mädchen nicht nur im übertragenen Sinn „an den Rand gedrängt werden“. Dem kann durch eine gendersensible Spielraumgestaltung entgegengewirkt werden, Wien und München sind dafür Vorreiter und haben bereits einige spannende Projekte erarbeitet. Zur Grundausstattung jedes Spielplatzes sollte eine öffentliche Toilette und ein Trinkbrunnen gehören, an einzelnen Spiel-Standorten in den Randbezirken müsste da noch nachgerüstet werden. Viele Kinder wünschen sich auch naturnahe Spielplätze, die nicht nach dem klassischen Schaukel-Rutsche-Sandkiste-Schema aufgebaut sind. Vor allem der Zugang zum Wasser, die Möglichkeit, mit Erde zu matschen und aus Ästen kleine Unterschlupfe zu bauen, ermöglichen naturnahen Spielerlebnisse.

Wo können all diese Anregungen umgesetzt werden? Natürlich sollen bestehende, gut funktionierende Spielplätze nicht komplett neugestaltet werden. Es gibt aber einige in die Jahre gekommene Orte wie den Fröbelpark, den Metahofpark oder den Josef-Huber-Park, die ohnehin dringend neugestaltet werden müssen. (Im Josef-Huber-Park wurde nach meinem Antrag erfreulicherweise ein tolles Klettergerüst errichtet.) Bei der Gestaltung neuer Spielplätze wie im Reininghauspark könnten diese Vorschläge ebenfalls verstärkt Berücksichtigung finden. Auch auf der „Dornschniederwiese“ wünschen sich AnrainerInnen schon lange einen Spielplatz.

Für die Gestaltung von Spielplätzen gibt es innerhalb der Grazer Bevölkerung unglaublich viel Erfahrungswissen, Vorschläge und Ideen, wie mir nicht zuletzt eine ausgiebige Diskussion auf Facebook unlängst vor Augen führte. Eltern kleiner Kindern wissen, dass sie vermutlich Jahre ihres Lebens auf diversen Spielplätzen verbringen. Nichts wäre daher naheliegender, als dieses Erfahrungswissen und die Vorschläge von Eltern und natürlich auch von Kindern und Jugendlichen selbst niederschwellig abzuholen.

Ich stelle daher namens der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) *Stadtrat Kurt Hohensinner als für Familie und Jugend zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, in Kooperation mit der Holding Graz ein Konzept für eine Grazer „Spielplatz-App“ zu entwickeln. Über diese sollen Grazerinnen und Grazer unkompliziert die Ausstattung von Spielplatz-Standorten abgerufen können. Die App soll aber auch ermöglichen, unbürokratisch Ideen und Verbesserungsvorschläge für Spielplätze einzubringen.*
- 2.) *Stadtrat Kurt Hohensinner wird weiters ersucht zu prüfen, wo weitere barrierefreie Spielplätze bzw. einzelne barrierefreie Spielgeräte in jedem Grazer Bezirk angeboten werden können.*
- 3.) *Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als für Grünraum und Gewässer zuständiges Stadtsenatsmitglied wird in Kooperation mit der Holding ersucht, die genannten Vorschläge (Barrierefreiheit, Spielgeräte für ältere Kinder, naturnahe Spielplätze und gendersensible Planung) in die Neugestaltung von Parks wie dem Reininghauspark verstärkt einfließen zu lassen.*
- 4.) *Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, ein Konzept und einen Zeitplan für die Neugestaltung der Spielplätze im Fröbelpark, Metahofpark und Josef-Huber-Park auf Grundlage eines Kinder-Beteiligungsprozess erarbeiten zu lassen und dem zuständigen Ausschuss bis Juli vorzulegen.*

StR Hohensinner:

An dieser Stelle möchte ich mich bei der GBG bedanken, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reinigen immer das Rednerpult, danke dafür (Appl.).

GRⁱⁿ **Potzinger**:

Sehr geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren an den Bildschirmen, die unsere Debatte verfolgen, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Frau Kollegin Manuela. Ich freue mich, dass du dich auch immer wieder so intensiv mit dem Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit auseinandersetzt, uns verbindet da sehr viel. Du bist junge Mutter, hast da viele Erfahrungen. Schön, dass du hier vieles zusammengefasst hast, was die Ausstattung von Spielplätzen betrifft, ich darf dir sagen, vor allem dank Stadtrat Kurt Hohensinner und Bürgermeister Nagl ist da in den letzten Monaten und Jahren unglaublich viel passiert, dafür sind wir wirklich sehr dankbar. Herr Stadtrat, selber junger Vater, hat natürlich auch ein besonderes Herz für dieses Thema. Nur eines, liebe Manuela, wundert mich sehr, du hast sicher so ein Ding (*hält ihr Smartphone hoch*) schon länger als ich, und kennst dich besser aus als ich, als junge Mutter, und jetzt wundere ich mich sehr, dass ich als fünffache Oma dich informieren muss, was man hier wunderbar findet. Unter [graz.at/freizeit-map](https://www.graz.at/freizeit-map) findest du eine wunderbare Aufstellung aller kinder- und familienfreundlichen Freizeitangebote, Baden und Wellness, unsere sieben Bäder, Bezirkssportplätze, 34 an der Zahl, Biken und Wandern, Grünanlagen, Jugendzentren, Laufstrecken, und siehe da, auch Kinderspielplätze. Wir haben 70 Kinderspielplätze, die Liste findest du hier auch ganz leicht, und auf dieser Freizeitmap ist jeder einzelne Spielplatz beschrieben, ist ein schönes Foto dabei, wo man sieht, wie der Spielplatz ausgestattet ist, für welche Altersgruppe er geeignet ist, Kleinkinder, Kinder, Jugendliche, da kann man das Wesentliche finden. Die Holding ist ständig bemüht, vor allem auch, was die Barrierefreiheit betrifft; das Ziel ist, tatsächlich alle unsere 70 Kinderspielplätze auszustatten auch mit barrierefreien Elementen. Auch das Thema Mädchen haben wir ja schon mehrfach angesprochen, nur das ist alles Work-in-Progress, ist alles auf Schiene, deshalb die Anliegen sind unsere gemeinsamen, aber der Antrag ist für uns nicht dringlich, weil wir sehr daran arbeiten, dass die Dinge erfüllt werden bzw. sind in hohem Maße schon erfüllt. Und bitte, schau einmal auf dein Handy (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuseherInnen im Livestream, falls Sie noch da sind, liebe Manuela. Ich finde oder wir finden durchaus, dass dein Antrag dringlich ist, vielleicht nicht jeder Punkt davon, aber im Verbesserungsbedarf der Spielplätze, ich sage einmal, da ist sicher noch Luft nach oben und vor allen Dingen, was das Thema eben Barrierefreiheit angeht, auch das Thema eben Toiletten. Ich habe jetzt gerade wieder einen Antrag gestellt, dass zumindest auf allen öffentlichen Sportplätzen Toiletten eingerichtet werden sollen, weil das gerade für Mädchen und junge Frauen, aber natürlich auch für Kinder ganz wichtig ist, weil das nicht unbedingt Sinn der Sache ist, dass man mit denen dann, und Kinder müssen halt oftmals sehr schnell, sehr dringend aufs Klo, irgendwie in die Büsche gehen muss. Aber natürlich auch das Thema Gendersensibilität, und da bin ich bei einem Punkt aber anderer Meinung als du; du hast nämlich geschrieben, ab einem bestimmten Alter gehen die Spielinteressen von Buben und Mädchen auseinander, und die Buben nehmen sich den Raum durch das Fußballspielen. Es ist nicht so, dass die Spielinteressen auseinandergehen, also Frauen und Mädchen spielen auch sehr gerne Fußball, die Sportinteressierten hier werden das wissen, die österreichischen Fußballfrauen sind besser als die Männer. Aber es ist eine sozial geprägte Thematik, dass die Buben lernen, das starke Geschlecht zu sein und die Mädchen verdrängen, und deswegen ist nicht nur ein gestalterischer Ansatz dafür nötig, dass man hier etwas tut, sondern die Mädchen sollen auch die gleichen Flächen nutzen können wie die Buben, sie sollen auch genauso Fußball spielen können wie die Buben, und deswegen möchte ich gerne einen Zusatzantrag stellen. Der lautet, also dieser Zusatzantrag hat zwei Punkte, den ersten möchte jetzt verlesen:

- 5) Nach dem Vorbild der Fair Play Teams Wien soll überprüft werden, ob gemischtgeschlechtliche Zweierteams in der Jugendsozialarbeit und/oder dem Jugendstreetwork eingerichtet werden können, die sich der Betreuung der Parks und Bezirkssportplätze und hier besonders der Mädchenarbeit widmen.

Das ist etwas, das sich im Zuge dieser geschlechtersensiblen Behandlung der Spielplätze in Wien sehr bewährt hat, und was auch der Leiter des Jugendstreetwork in Graz als bestes geeignetes Mittel empfiehlt, dass man wirklich mehr Mädchen bzw. überhaupt ab einer bestimmten Altersgruppe Mädchen auf die Spielplätze, in die Parks bringt. Mein Zusatzantrag hat allerdings noch einen zweiten Punkt, der bezieht sich darauf, dass ja nicht nur Kinder sich gerne bewegen, sondern dass gerade ältere Menschen, die jetzt nicht mehr unbedingt eben ins Fitnessstudio gehen oder joggen gehen, dass die aber durchaus noch ein Bewegungsbedürfnis haben bzw. zu deren Gesunderhaltung es sehr gut sein könnte, wenn sie sich mehr bewegen würden. Und wo wäre das besser als eben auch gekoppelt mit Spielplätzen. Es sind viele Großeltern, die mit ihren Kindern auf Spielplätze gehen, und daher der zweite Punkt meines Zusatzantrages:

- 6) Um auch der älteren Generation mehr Möglichkeiten für Bewegung und Kommunikation zu bieten, soll überprüft werden, ob in Grazer Parks auch generationsübergreifende Spiel- und Sportgeräte installiert werden können.

Und dann kannst ja vielleicht, auch du, Sissi, dort einmal ein bisschen turnen, während du mit deinen Enkeln auf dem Spielplatz bist, das macht sicher Spaß (*Gelächter, Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Zusatzantrag:

- 5) *Nach dem Vorbild der Fair Play Teams Wien soll überprüft werden, ob gemischtgeschlechtliche Zweierteams in der Jugendsozialarbeit und/oder dem Jugendstreetwork eingerichtet werden können, die sich der Betreuung der Parks und Bezirkssportplätze und hier besonders der Mädchenarbeit widmen.*

- 6) *Um auch der älteren Generation mehr Möglichkeiten für Bewegung und Kommunikation zu bieten, soll überprüft werden, ob in Grazer Parks auch generationsübergreifende Spiel- und Sportgeräte installiert werden können.*

KO GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren im Livestream, liebe Antragstellerin, liebe Manuela. Ich finde das gut, dass du einen derartigen Antrag gestellt hast, dass ja nicht alles, also es gibt gute Infrastruktur in Graz, Gott sei Dank, also sowohl die Spielplätze als auch Sportplätze usw. Wir haben auch ein großes Angebot, das wurde schon angesprochen, wo es auch abgebildet ist auf der Homepage. Da muss ich dazusagen, ok, das ist Geschmacksache, ob ich das jetzt auf der Homepage suchen will unter unterschiedlichen Reitern, oder ob ich das über eine App, was heute vielleicht einfacher oft zu gestalten ist oder ein bisschen hipper ist, das ist eine Geschmacksache. Aber ich denke, das eine schließt das andere nicht aus, also das würde ich einmal so sehen, aber grundsätzlich natürlich die Problematik schon, dass es auch natürlich zu Recht Kritik in vielen Bereichen der Spielplätze gibt. Denken wir nur jetzt an die Grazer Mamas, diese Gruppe, die es hier gibt beispielsweise auf Facebook, mit 12.800 Mitgliedern, die hier durchaus das kritisch gesehen haben, als hier eine Umfrage oder Befragung stattgefunden hat, und da war ja damals, wenn ihr euch erinnern könnt, beim letzten Mal schon der Dringliche, der eh angenommen wurde gemeinsam mit der netten Toilette, also quasi die Problematik mit den Toiletten, also auch das wurde ja auch schon angesprochen. Also es ist natürlich einiges an Verbesserungsbedarf da und deshalb finde ich den Antrag durchaus unterstützenswert, und gerade wir als kinderfreundliche und familienfreundliche Stadt sollten uns hier auf jeden Fall weiterentwickeln und dazu beitragen, dass es noch verbessert wird, was eh schon recht gut ist, aber natürlich kann man es noch verbessern, und daher werden wir der Dringlichkeit als auch im Inhalt dem Antrag zustimmen und dem Zusatzantrag auch (Appl.).

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Ich begrüße auch alle sehr herzlich und mich freut das, dass genau das Thema Kinderfreundlichkeit und Familienfreundlichkeit ein Thema für uns alle ist. Gerade für uns ist das Fundament der Gesellschaft ja die Familie und deswegen sind für uns genau diese Anliegen immer besonders wichtig. Meinen Bezirksratskollegen ist vor einiger Zeit schon aufgefallen, dass es Mängel bei dem einen oder anderen Spielplatz gibt, das ist aber ganz klar, weil das eine oder andere wird vielleicht kaputt oder auch verschmutzt, Verschmutzung haben wir heute ja gehabt, das ist sehr oft der Fall. Da möchte ich jetzt ganz kurz eine Werbung machen für die App „Schau auf Graz“, ich nutze die wirklich sehr viel, weil in letzter Zeit immer mehr Verschmutzung stattfindet und immer mehr Vermüllung überall ist, und da gibt es auch die Rubrik Spielplätze, da kann man melden, wenn etwas defekt ist oder wenn etwas verschmutzt ist, da wird sehr schnell abgeholfen. Also aus eigener Erfahrung muss ich sagen, das funktioniert wirklich bestens. Wie gesagt, unsere Bezirksräte haben sich da schon Gedanken gemacht und wir wollten nicht nur Anträge einbringen, ohne die Betroffenen selbst zu fragen, eben die Mütter, Väter, Kinder, Jugendlichen, die diese Plätze nutzen, und haben eben eine Bekannte, die in dieser Facebookgruppe Mitglied ist, einmal die Frage in den Raum stellen lassen, was macht einen guten Spielplatz eigentlich aus? Weil vielleicht haben wir ja eine ganz andere Vorstellung davon, was ein guter Spielplatz ist, als jetzt eine Mutter mit einem kleinen Kind oder Mutter mit einem größeren Kind oder auch eine Oma z.B. Und das war sehr interessant, was da alles gekommen ist. Also sehr viel, was du, Manuela, schon erwähnt hast, ist das gekommen auch von eben Spielgeräten für kleine Kinder und größere Kinder, weil was macht man, wenn man mit einem Einjährigen zum Spielplatz geht, und der 7-Jährige möchte auch gerne spielen? Wo setzt man sich hin? Am besten an einen Schattenplatz, wo man alles überblicken kann, also es sind sehr viele Punkte heute schon gefallen, Sissi hat auch sehr viele Punkte schon ergänzt, und das ist schön. Wie gesagt, wir sind mitten in diesem Prozess drinnen, wir haben auch schon Bezirksratsanträge gestellt diesbezüglich. Wir sind der Meinung, dass es eben gerade dadurch, dass Graz eine wachsende Stadt ist, einfach ein laufender Prozess ist, dass man Dinge erneuert, dass man neuen Wünschen

nachkommt, dass man Neuerungen aufstellt, andere veraltete Dinge wieder abbaut; unserer Meinung nach, wie gesagt, ist das ein laufender Prozess, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu, obwohl uns der Antrag sehr gut gefällt und wir auch weiter dranbleiben werden (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es ein bisschen schade, dass der Antrag jetzt keine Dringlichkeit findet, weil ja doch irgendwie alle der Meinung waren, dass da sinnvolle Punkte drinnen sind und einige haben sich ja jetzt auf diese Facebookgruppe „Grazer Mamas“ eben bezogen, wo ich glaube, ihr alle diese lange, wirklich sehr, sehr lange Diskussion um Spielplätze gesehen habt, und was ja auch ein Teil der Inspiration für diesen Antrag war, auch diese Ideen ein Stück weit abzuholen. Ja, und Sissi, keine Sorgen, ich kenne die von dir angesprochene Karte, ist zu mir durchgedrungen. Mir war es nur tatsächlich auch ein Anliegen, dass man die Leute auch dazu einlädt, wirklich Gestaltungsideen für Spielplätze abzugeben an die Stadt, und das gibt es derzeit wirklich noch nicht. Also es gibt natürlich die Möglichkeit, eben Verschmutzungen oder Beschädigungen zu melden, aber die Leute haben wirklich so klasse Ideen, was auf einem Spielplatz an einem Spielgerät fehlt, oder wo es eine Bank bräuchte und dies und das, und ich glaube, dafür bräuchte es tatsächlich eine niederschwelligere Möglichkeit für die Menschen, also so war das gedacht. Grundsätzlich natürlich super, wenn diese Dinge eh alle in Ausarbeitung sind und Work in Progress sind, ich werde das aufmerksam begleiten und gerade eben die konkreten Spielplätze, die ich angesprochen habe, wo ich mir eben auch gewünscht habe, dass es einen Zeitplan für die Neugestaltung geben wird, da werde ich auf jeden Fall hinschauen, ob da jetzt bald was passiert und das einfach mitverfolgen. An die Kollegin Braunersreuther, natürlich, ganz klar, wir sind da, glaube ich, komplett einer Meinung, natürlich ist da in keinster Weise etwas Naturgegebenes, wie Mädchen spielen und wie Buben spielen, und natürlich ist sozusagen die eine Seite der Medaille, den Park so zu gestalten, dass er allen Spielbedürfnissen gerecht wird, und die andere Seite der

Medaille eben, auch über Sozialarbeit und Angebote auch eben zu ermutigen, dass man sich Raum nimmt und Dinge ausprobiert, die man vielleicht sonst nicht ausprobieren würde. Also da sind wir eh voll und ganz auf einer Linie und gut, dass du das auch so ergänzt hast, und vom dem her würden wir den Zusatzantrag natürlich auch gerne annehmen, wenn es soweit kommen würde. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Danke, bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich nur noch einmal unterstreichen, dass sowohl der Bürgermeister als auch ich bemüht sind, dieses Thema voranzutreiben. Es ist deshalb aus unserer Sicht nicht dringlich, weil wir schon eben Konzepte haben und jeden Spielplatz, der erneuert wird, mit zumindest einem barrierefreien Spielgerät ausstatten, das ist das eine. Das andere, das möchte ich schon zurückweisen, was die Mitbestimmung und die Mitsprache der neu zu entwickelnden Spielplätze betrifft. Wir sind in ganz enger Abstimmung mit dem Kinderparlament und mit den Kinderbürgermeistern, und wenn wir jetzt einen neuen Kinderspielplatz machen, wie z.B. jenen am Schloßberg, ist da eine ganz enge Abstimmung vorhanden, und eben in diesem Beteiligungsprozess haben wir halt beim Schloßberg gesagt, da sollte jedenfalls ein barrierefreies Spielgerät vorgesehen werden, also da gibt es die Beteiligung, auch wenn es von Familien Ideen gibt, da ist auch der Grünraum und ist auch das Jugendamt sehr offen, dass wir diese Ideen prüfen und wenn sie gute Ideen sind, dass die einarbeiten. Ein zweiter Punkt, den möchte ich hier anführen, was generationenübergreifende Projekte anbelangt. Die Bezirkssportplätze sind ja oft am Vormittag verwaist, leider, weil die Jugend ist in der Schule, und auf der anderen Seite, die Senioren glauben oft, dass die Bezirkssportplätze den jungen Menschen vorbehalten sind. Aber weil sie eben am Vormittag gut besportelbar sind, die Bezirkssportplätze, haben wir jetzt im Zuge des Sportjahres ein Projekt gestartet mit dem ASVÖ, wo wir alle Bezirkssportplätze in Graz mit Trainerinnen und Trainern bespielen, das heißt, Senioren sind hier eingeladen, vorbeizukommen und mitzutrainieren auf den Bezirkssportplätzen. Sie werden dort

angeleitet. Ich finde, das ist ein wunderbares Projekt, ich werde das den Klubs auch weiterleiten, weil jede Fraktion hat ja auch eine Seniorenabteilung. Dass ihr diese Information bitte auch weitergibt (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.9 Finanzbildung – Kein Kind zurücklassen (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe KollegInnen aus dem Gemeinderat, liebe Zuschauer zuhause am Livestream. Ich möchte den dringlichen Antrag heute einbringen, der sich um ein ganz wichtiges Thema dreht, nämlich um die Finanzbildung für unsere Kinder, und wir denken, dass man auch in diesem Sinne kein Kind zurücklassen darf. Alarmiert haben die Schuldnerberatung oder Schuldnerberatungseinrichtungen darüber, dass bereits jeder vierte Klient unter 30 Jahre alt ist. Alleine im vergangenen Jahr nahmen in der Steiermark über 5.000 junge Menschen die Unterstützung einer Schuldnerberatung in Anspruch. Viele junge Menschen haben vielleicht Schwierigkeiten, mit dem Geld richtig umzugehen, zahlen gerne mit Plastikgeld und natürlich, wie wir wissen, hat das schon so seine Tücken das Zahlen mit Plastikgeld, denn man hat den tatsächlichen Kontostand nicht immer im Auge. Derzeit wird an den österreichischen Schulen keine adäquate Finanzbildung angeboten. Dabei sollte man doch annehmen, dass jeder Schüler und jede Schülerin mit dem Schulabschluss auch eine angemessene Finanzbildung bekommen hat, denn das ist schließlich die Grundlage für ein eigenständiges und finanziell unabhängiges Leben. Auf Bundesebene werden bekanntlich gerade die Lehrpläne überarbeitet und da sieht man auch, dass das Thema Wirtschafts- und VerbraucherInnenbildung in Zukunft verstärkt in die neuen Lehrpläne eingebunden werden soll. Ist super, freut uns sehr, allerdings soll mit

der Umsetzung erst 2023 oder sogar erst 2024 begonnen werden. Das hieße, wir haben für die Jugend drei bis vier verlorenen Jahre damit, und ich denke, das ist viel zu spät, und da muss es einfach schneller gehen. Denn wie wichtig finanzielle Bildung ist, zeigt ja auch eine Studie, die bereits zum zweiten Mal durchgeführt wurde und die den Österreichern zwar im Vergleich zum Jahr 2014 ein verbessertes Finanzwissen ausweist. Die Studie belegt aber bitte auch, dass gerade unter den Jungen, also das sind die 15- bis 38-Jährigen, ein vergleichsweise niedriges Finanzbildungsniveau vorherrscht. Aufgabe der Schule ist ja schließlich, unsere Kinder auf ihren künftigen Alltag bestens vorzubereiten und sie zu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und vorrausschauend wirtschaften zu können und funktioniert alles viel besser ohne Schuldenlast, die am Anfang des Lebens gleich blockierend wirkt. Es fehlt also ein flächendeckendes Angebot in finanzieller Wissensvermittlung, das alle Schulformen umfasst. Die Stadt Graz sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen, denken wir, das ist ein schönes Thema, das ist ein tolles und auch ein sehr wichtiges Thema. Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat trete auf dem Petitionsweg an die Landesregierung heran, diese möge den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen für eine flächendeckende Finanzbildung an den Grazer Schulen erheben.

Basierend auf dem Ergebnis der Bedarfsermittlung möge sich Graz bald als eine Modellregion der Finanzbildung präsentieren. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Schuldnerberatungseinrichtungen alarmieren: „Jeder 4. unserer Klienten ist unter 30 Jahre alt¹. Allein im vergangenen Jahr nahmen in der Steiermark über 5.000 junge Menschen die Unterstützung einer Schuldnerberatung in Anspruch².

Viele junge Menschen haben offensichtlich beim „richtigen Umgang mit Geld“ Schwierigkeiten und das Zahlungsmittel Plastikgeld lässt naturgemäß den Blick auf den tatsächlichen Kontostand etwas in die Ferne rücken.

An den österreichischen Schulen wird derzeit keine adäquate Finanzbildung angeboten. Dabei sollte jeder Schülerin und jedem Schüler bei Schulabschluss eine angemessene Finanzbildung vermittelt worden sein, die die Grundlage für ein eigenständiges und finanziell unabhängiges Leben bietet.

Auf Bundesebene werden bekanntlich gerade die Lehrpläne überarbeitet, und dabei soll auch das Thema der Wirtschafts- und VerbraucherInnenbildung in Zukunft verstärkt in die neuen Lehrpläne eingebunden werden. Die Umsetzung soll allerdings erst 2023 bis 2024 stattfinden. Für unsere Jugend sind das aber 3-4 verlorene Jahre.

Das ist natürlich zu spät, wir müssen unseren SchülerInnen heute eine umfassende Bildung ermöglichen, und eine solche nicht erst in Zukunft in Aussicht stellen.

Wie wichtig finanzielle Bildung ist und weshalb sie in unseren Schulen unterrichtet werden muss, zeigt auch die 2019 bereits zum 2. Mal durchgeführte Studie „Austrian Survey of Financial Literacy – ASFL“. Sie weist den ÖsterreicherInnen zwar gegenüber den Ergebnissen aus 2014 ein verbessertes Finanzwissen aus, belegt aber auch, dass gerade unter den Jungen (15-38 Jahre) ein vergleichsweise niedrigeres Finanzbildungsniveau vorherrscht.

¹ <https://steiermark.orf.at/stories/3103235/>

² <https://www.schuldenberatung.at/finanzbildung/bundeslaender.php>

Erfreulicherweise existieren bereits mehrere, teilweise ehrenamtliche Projekte, wo man Jugendliche die Grundlagen des Finanzwesens lehrt. Dazu zählen die Projekte „GeldWerkstatt“ in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark sowie das Projekt „Moneytalks“.

Aufgabe der Schule ist es schließlich, unsere Kinder auf ihren künftigen Alltag bestens vorzubereiten, sie zu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben führen und vorausschauend wirtschaften zu können.

All das funktioniert ohne Schuldenlast einfach viel besser!

Dazu fehlt jedoch noch ein flächendeckendes Angebot an finanzieller Wissensvermittlung, das alle Schulformen umfasst.

Eine Investition in die wirtschaftliche Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist zweifelsohne eine sinnvolle. Daher sollte jede/r einzelne Schüler/in die Grundlagen der Finanzbildung vermittelt bekommen.

Die Stadt Graz sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat trete auf dem Petitionsweg an die Landesregierung heran, diese möge den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen für eine flächendeckende Finanzbildung an den Grazer Schulen erheben.

Basierend auf dem Ergebnis der Bedarfsermittlung möge sich Graz bald als eine Modellregion der Finanzbildung präsentieren.

GRⁱⁿ **Hopper:**

Liebe Frau Kollegin Reininghaus, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch jene, die noch ausharren mit uns hier. Das Ziel ist, glaube ich nicht, die gleiche Uhrzeit wie das letzte Mal, deswegen werde ich versuchen, mich kurz zu halten, aber es ist ein irrsinnig wichtiger Antrag, und ich möchte mich vorab einmal auch bedanken, dass wir das auch hier im Gemeinderat thematisieren. Es ist wichtig und wesentlich, wieso, hast du eh auch schon ausgeführt, vielen Dank dafür. Ein paar Aspekte würde ich gerne noch ergänzen. Auf der einen Seite hast du auch die Studie angeführt, die 2019 zum zweiten Mal erstellt wurde, und es gibt auch noch ein paar noch aktuellere Infos dazu. Du hast auch angesprochen, dass ja gerade die Lehrpläne auch überarbeitet werden. Das ist auch richtig, es hat auch dieses Jahr im März eine Pressekonferenz gegeben, wo ein Ergebnis von einem sehr, sehr umfangreichen Finanzbildungsstrategieprojekt seitens des Finanzministeriums auch vorgestellt wurde, wo auch ein Bericht vorliegt, ganz konkret die Finanzbildung in österreichrelevante Erkenntnisse und nationale Initiationen. Und dort, das unterstreicht eigentlich nur diesen Antrag, unterstreicht, dass es sehr, sehr viele Angebote österreichweit gibt, aber auch bei uns in Graz. Ich spare mir jetzt die Auflistung, die allerdings nicht so koordiniert sind, dass es wirklich auch bei allen jungen Menschen bei uns in Graz oder auch in Österreich ankommt, und aus dem Grund braucht es eben, so wie es das Finanzministerium auch schon seit zwei Jahren plant, die Überarbeitung und die Integration in diesen Lehrplan. Was vorgesehen ist eigentlich, und das gibt es in den verschiedensten Lehrplänen auch nachzulesen, dass es ja eigentlich behandelt werden sollte, ist tatsächlich nicht ausreichend, und auch die Vielzahl an Vereinen, wie gerade vorher gesagt, und die Initiativen, die es gibt, sind etwas unkoordiniert, sodass es nicht wirklich bei den Leuten ankommt. Dennoch, genauso wie ich das Gefühl habe, dass du diese Initiative aus dem März vielleicht auch noch einmal hergenommen hast und noch einmal kurz überarbeitet, hatten wir das Gleiche auf eine eher charmantere Weise auch mit einem Dringlichen vor, weil wir schon glauben, dass es derart wichtig ist, dass es auch richtig formuliert gehört und auch tatsächlich zu einem Resultat führt. Du trittst in deinem dringlichen Antrag an den Grazer Gemeinderat natürlich heran, der

auf Petitionsweg an die Landesregierung herantreten muss. Ich glaube, das haben wir eh schon ein paar Mal diskutiert, die Landesregierung ist für den Lehrplan und für die Implementierung von neuen Unterrichtsfächern nicht zuständig, das ist einmal der Punkt eins. Der Punkt zwei ist, dass wir, glaube ich, schon auch tatsächlich dort, wo es hingehört, nämlich in unserem Bildungsressort in der Stadt Graz, jemanden haben, der auch zu 100 % hinter dieser Initiative steht, hinter der Erweiterung, weshalb wir gerne gemeinsam mit der freiheitlichen Fraktion, und ich gemeinsam mit der Astrid Schleicher, einen Abänderungsantrag auch einbringen würde, der das ein bisschen konkretisiert und so, glauben wir, auch zu einem klareren und sichereren Ziel führt. Und der erste Abänderungspunkt hier wäre, dass der zuständige Stadtrat damit beauftragt wird, an die Bildungsdirektion auf der einen Seite heranzutreten, sodass die steirische Seite abgedeckt ist, aber auch an das Bundesministerium, also dort, wo tatsächlich die Lehrpläne gemacht werden, mit dem Ziel heranzutreten, die Wirtschafts- und VerbraucherInnenbildung stärker in den schulischen Plänen zu verankern, also genau das, was du auch beschreibst. Dass sich Graz hier als Modellregion eigenen würde, haben wir ja in verschiedenen anderen Aspekten schon immer miteingebracht und können uns da, glaube ich, auch sehr glücklich schätzen, dass wir mit dem Kurt jemanden haben, der dem auch ganz bestimmt nachgeht. Als zweiter Punkt war uns auch noch wichtig, dass wir zu dem, was du bereits in deinem Motiventext erwähnt hast, zum Plastikgeld, auch das Bargeld mithineinnehmen, und hoffen, dass wir auch bei diesem Abänderungsantrag auf Zustimmung stoßen, weil wir tatsächlich glauben, dass die Finanzbildung und die Fähigkeit, gebildete und informierte Entscheidungen im Bereich des finanziellen und persönlichen Lebens treffen zu können, ganz essenziell ist (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Fraktionen ÖVP und FPÖ stellen dazu folgenden

Abänderungsantrag:

- *Der zuständige Stadtrat wird beauftragt, an die Bildungsdirektion und das Bundesministerium mit dem Ziel heranzutreten, die Wirtschafts- und VerbraucherInnenbildung stärker in den schulischen Plänen zu verankern. Graz würde sich hierfür als Modellregion anbieten.*
- *Auf die Wichtigkeit des Bargeldes soll in diesen Unterrichtsfächern Bedacht genommen werden.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Sehr geehrte Antragstellerin, auch von unserer Seite ein Dankeschön für diesen Antrag, ein ganz wichtiges Thema. Auch in unseren Augen soll die finanzielle Bildung mehr Raum in der Schule bekommen und in den Wirtschaftsfächern und sozialnahen Fächern wieder vertieft behandelt werden. Ein ganz wichtiger Punkt ist für uns die Wichtigkeit des Bargeldes, dass das im Unterricht betont werden soll. Einmal, wie schon erwähnt, weil wenn man ausschließlich mit Karte, also Bankomatkarten oder Kreditkarten oder auch nur, was jetzt besonders modern ist, online zahlt, wo man einfach den Überblick verliert über sein Konto und den Bezug zum Geld verliert. Und ein anderer und sehr wichtiger Punkt ist, dass Bargeld einfach Freiheit bedeutet, Unabhängigkeit bedeutet, und wir möchten auch nicht zu einem gläsernen Menschen kommen, wo jeder weiß, wer wann wo was gekauft hat und wie viel für etwas ausgegeben hat, und deshalb von unserer Seite eben dieser Abänderungsantrag mit der Bitte um Annahme (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Wünscht noch jemand das Wort zur Dringlichkeit? Frau Gemeinderätin Susanne Bauer, bitte. Sie hat ja auch das passende T-Shirt heute zum Antrag: „Kein Kind zurücklassen“.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

(trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „Kein Kind zurücklassen“)

Ja, genau, das T-Shirt, das ist das Original, ich habe mich gefreut, dass du es kopierst.

Liebe Antragstellerin, Finanzbildung ist etwas Wichtiges. Unsere damalige

Bildungsministerin Heinisch-Hosek hat die Wirtschafts- und Verbraucherbildung in den Schulen eingeführt, ich glaube, es war 2015/2016. Das war ein erster wichtiger Schritt,

um ein fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip hier zu verankern, und darauf dürfen wir durchaus stolz sein. Es hat sich die Welt weitergedreht, ja, das ist richtig. Ich habe

dann ein bisschen recherchiert, was auch so von anderen kam. Die Kollegin Hopper hat schon die Finanzbildungsstrategie angesprochen. Ich glaube, wir sind alle für die

verbesserte Finanzbildung, aber wir sind uns, glaube ich, nicht immer einig: Was ist das, die bessere Finanzbildung? Heißt das, einfach darauf zu schauen, ich kann nicht

mehr ausgeben als ich habe? Heißt das auch zu interpretieren, was heißt es, einen Vertrag abzuschließen und welche Verpflichtungen hängen da dran? Oder lernt man

auch, darauf zu achten, was ist Abzocke, wo sind Fallen? Und wo wird man schlicht und einfach übers Ohr gehauen? Oder was tut man dann, wenn man irgendwo in der

Bredouille sitzt, in der finanziellen. Oder, und da fürchte ich nämlich, dass unsere Einstellungen noch weiter auseinandergehen, der Herr Treichel hat gesagt: Das

mangelnde Wissen ist dafür zuständig, dass Arm und Reich noch immer weiter auseinanderfällt. Dann denke ich mir, ja, das mag schon sein, aber das nur da, wo Geld

ist, wenn Geld im ausreichenden Ausmaß vorhanden ist, und das sind höhere Beträge. Die Umsetzung, die angesprochen wurde, ja, die Umsetzung ist in den Schulen

verankert. Ich habe da auch nachrecherchiert, es ist in den Lehrplänen vorgesehen, in der Volksschule und in der Sekundarstufe 1 vorgesehen, das 2023/2024 umzusetzen;

das heißt, irgendwo sind wir uns hier wahrscheinlich auch noch nicht ganz klar, in welchem Alter ist welche Finanzbildung oder welches Wirtschaftswissen relevant. Das

alles klingt gut, im Detail liegt aber dann wahrscheinlich die Problematik.

Nichtsdestotrotz, wir halten es für wichtig, dass wir auch in dem Sinne uns weiter

damit auseinandersetzen. Zum einen nehmen wir es dringlich und zum Zweiten

unterstützen wir den Abänderungsantrag, weil er konkreter ist hinsichtlich der

Wirtschafts- und Verbraucherbildung, das, was auch mir und unserer Fraktion wichtig ist. Ich würde nur eine Bitte äußern an die regierenden Parteien, an die ÖVP und an die FPÖ, Graz würde sich hier als Modellregion anbieten, vielleicht können wir uns zu einem Brainstorming zusammensetzen oder auch Wünsche einfordern, was eine Modellregion damit oder darunter zu verstehen ist bzw. was auch hier geleistet werden kann. Wir haben exzellentes Wissen auch hier in Graz in Finanzbildung, in Verbraucherbildung, Institutionen, die sich gut einbringen können, und ich glaube, da können wir gemeinsam etwas Gutes zustande bringen. In dem Sinne Zustimmung zur Dringlichkeit und dann zum abgeänderten Antrag. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Vielen Dank an dich für diesen Antrag. Wir glauben auch, dass er sehr wichtig ist und wir glauben auch, dass er dringlich ist. Der Standard hat vor Kurzem einen Artikel getitelt: „Jung, arbeitslos, überschuldet“. Und das ist herausgekommen, dass diese Schuldenspirale, von der immer mehr Menschen betroffen sind, nicht nur durch Corona jetzt bedingt ist, sondern dass das an sich steigt, mittlerweile ist es so, dass jeder vierte Klient der SchuldnerInnenberatung höchstens 30 Jahre alt ist. Wir finden, dass das wirklich extrem alarmierend ist. Das kommt, und das steht auch so in dem Artikel, sicher zum Teil auch von bargeldlosen Zahlungen. Wir kennen das, Streaming-Dienste, ins Kino gehen, im Fitnesscenter, das geht dann alles relativ schnell und man nimmt das sicher weniger wahr, daher werden wir deinem Antrag gerne zustimmen und wir würden auch dem Abänderungsantrag zustimmen, hätten aber gerne eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2, einfach weil wir glauben, dass der Punkt Bargeld von Natur aus natürlich vorkommen sollte, wenn man sich mit dem Thema Finanzbildung auseinandersetzt, das muss man nicht extra betonen. Ich muss ehrlich sagen, wir haben da ein bisschen schmunzeln müssen, weil bei der Betonung des Themas Bargeld ist uns eingefallen: Bargeld, Gold und Ost-Tirol,

und in dem Sinn würden wir gerne getrennt abstimmen, was den Abänderungsantrag betrifft. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.40 Uhr).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner, Gold ist kein Bargeld als Währung, aber ist in Ordnung, nur so als Ex-Banker zur Klarstellung.

Zwischenruf GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner unverständlich.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Ja, ich habe schon verstanden, ist schon angekommen.

GR Dr. **Meister**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen und Mitglieder der Stadtregierung. Ich wollte zuerst einmal sagen, dass wir den Abänderungsantrag unterstützen und die Dringlichkeit ebenso, aber ich möchte ganz kurz sagen, was mir in meinen über 30 Jahren Berufserfahrung als praktischer Arzt immer wieder begegnet ist, und das nicht zu selten. Und zwar, es sind nicht nur Schulden, die gemacht werden, es sind auch solche Sachen wie, dass ich mich oft gefragt habe, bin ich als Hausarzt dazu da, dass ich die Leute aufkläre darüber, dass es Interessensvertretungen gibt, an die sie sich wenden können? Bin ich dazu da, dass ich ihnen erkläre, wenn sie scheinselbstständig sind und mehrere Berufe machen, wo sie ganz wenig verdienen, dass ich ihnen erkläre, dass sie da eine Steuererklärung machen müssen, und dass sie sparen müssen, dass sie nicht

gleich nach dem ersten Jahr, wenn die erste Steuervorschreibung dann kommt, bankrott sind? Es ist so, dass die Jugendlichen offenbar in Schule, sowohl in der Mittelschule wie auch im Gymnasium, sehr wenig mitbekommen über die Struktur unseres Sozialstaates. Das mit den Schulden ist sehr wichtig, aber das andere ist nicht minder wichtig. Und es kommt daher, dass sehr viele Leute dann auf einmal nicht mehr wissen, warum sie ihre Pensions- und ihre Sozialversicherungsbeiträge abführen können, und warum sie nicht wissen, dass, wenn sie mehr verdienen, dass sie dann wahrscheinlich auch eine höhere Pension bekommen werden, weil so ist das in unserem Umlagesystem geregelt. Dieses Wissen wird nicht vermittelt. Wir könnten jetzt sagen, im Abänderungsantrag ist das so drinnen, dass Kompetenzen hinsichtlich des Sozial- und Wirtschaftssystems gefördert werden sollten, aber ich befürchte, dass das Schulsystem eher nicht dazu in der Lage sein wird, das zu vermitteln, und das müsste aber wahrscheinlich auf Bundesebene durch eine Wiederaufwertung der politischen Bildung oder Wiedereinführung der politischen Bildung geregelt werden, aber das ist wirklich die Kenntnislosigkeit der Menschen in Sachen, die ihren Alltag betrifft. Das habe ich sehr schmerzhaft erlebt, und das kann man sich, glaube ich, oft gar nicht vorstellen, wie wenig die wissen und wie verzweifelt sie dann sind, weil sie keinen Zugang finden, ohne dass ihnen jemand rät (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag (Punkt 1) wurde einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos) angenommen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Damit haben wir die dringlichen Anträge erledigt, damit ist der öffentliche Teil der Sitzung vorbei. Ich darf mich ganz herzlich bedanken bei allen Damen und Herren, die heute zugesehen haben, darf mich von ihnen verabschieden, darf mich auch von jenen Damen und Herren verabschieden, die im nicht öffentlichen Teil nicht dabei sind und wünsche ihnen allen einen schönen Abend (*Appl.*).